

Ihre persönliche Stimme g e g e n die drohende Gefahr eines 3. Weltkrieges!

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel,

der seit über einem Jahrzehnt instabile internationale Finanz- und Wirtschaftssektor, das weiterhin rasant expandierende globale Offshore System (trotz der Enthüllung der Panama-Papers), die exorbitante Verschuldung einer Vielzahl von Industriestaaten der westlichen Hemisphäre, der astronomisch aufgeblähte globale Handel mit OTC und weiteren hochspekulativen Finanzkonstrukten, der permanente Kampf um die verbliebenden natürlichen Ressourcen und die hiermit verbundene Zunahme regionaler, kontinentaler, globaler Konflikte, die asymmetrische Kriegsführung in einer Vielzahl von Krisengebieten - nunmehr auch in Europa - sowie die parallel verlaufenden, tendenziell sich verstärkenden globalen Ungleichgewichte auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Seins lassen in allen Bevölkerungsschichten der Bundesrepublik die Sorge vor einer Kernschmelze des Finanz- und Wirtschaftssystems und sozialer Unruhen aufkommen, parallel einhergehend mit der Befürchtung/Angst vor einem globalen militärischen Konflikt, einem

3. Weltkrieg.

Sind diese Befürchtungen in immer breiteren Bevölkerungsschichten unserer Republik/global real oder resultieren sie aus der Unkenntnis über nationale/internationale und geschichtliche Zusammenhänge in Politik, Wirtschaft und dem Finanzwesen?

Die Beantwortung dieser Frage und die sich hieraus ergebenden Schlussfolgerungen sind für unsere Zivilisation jedoch existenziell.

Tatsächlich gibt es fast täglich und dies seit über einem Jahrzehnt oder präziser seit 9/11 stets neue alarmierende, sich verdichtende Informationen/Hinweise, dass die ohnehin schon in vielen Krisengebieten auf unserem Planeten teilweise verdeckt und offen geführten Kriege um die Ressourcen/ Einflusssphären und Märkte der Zukunft und des hierfür notwendigen hochqualifizierten „Humankapitals“ in einen globalen, unverzeihbaren militärischen Konflikt münden können/werden.

Sowohl die Urheber und Hardliner, die einen heißen/thermonuklearen Dritten Weltkrieg zur Umsetzung ihrer Finanz- und Wirtschaftspolitik in ihre Planung kalkulatorisch einbeziehen, gilt es zu entlarven, um die Voraussetzungen zu schaffen, öffentlich und ohne Zögern ihrem Handeln/Treiben Einhalt zu gebieten zur Vermeidung einer apokalyptischen Katastrophe, die unsere Zivilisation bisher, u. a. auch durch den Mut und die Entschlossenheit US-amerikanischer Militärs/Friedensaktivisten, erspart blieb.

Es ist im Rahmen dieses Anschreibens nicht möglich, alle primären und sekundären Ursachen und geschichtlichen, wirtschaftlichen, politischen Hintergründe für diese Feststellung, aufzuzeigen, dass es kurz vor 12:00 Uhr ist und die drohende Gefahr eines globalen Finanzcrashs, bürgerkriegsähnlicher Zustände oder gar eines Dritten Weltkrieges fast täglich zunimmt. Daher beschränke ich mich auf meines Erachtens wesentliche aktuelle Ursachen/Entwicklungstendenzen.

Zur Beantwortung der eingangs gestellten Frage kommt man nicht umhin, sich tiefgründiger mit dem aktuellen Geschehen unserer Tage auseinander zu setzen und daher sind aus den ursprünglich maximal 10 Seiten an Sie einige mehr geworden. Dies sollte kein Hindernis sein, sich mit den Darlegungen/Sichtweisen des Unterzeichnenden auseinander zu setzen, da es um nichts Geringeres als der Erhaltung des Weltfriedens geht. Alle anderen drängenden Fragen unserer Zeit erblassen förmlich und relativieren sich bezogen auf die alles entscheidende Zielsetzung der Verhinderung eines Dritten Weltkrieges. Erforderlich ist hierfür, den Fokus auf die tatsächlichen Ursachen zu richten.

I.

Die NATO als ein von den USA dominiertes global agierendes Militärbündnis (siehe die personelle Besetzung der militärischen Führungsebenen dieser Organisation aller Waffengattungen) verfolgt u.a. aktuell das Ziel, eine Vielzahl weiterer Staaten in das Militärbündnis aufzunehmen, zur globalen Entfaltung ihrer Militärdoktrin. Zu den Aufnahmekandidaten gehören z.Z. Finnland, Schweden, die Ukraine, Georgien, Moldawien, Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina.

28 Mitgliedstaaten (ohne Montenegro) zählt aktuell das Militärbündnis von ursprünglich 12 per 04. April 1949 und 16 Mitgliedstaaten per 03.10.1990.

Am 07. April 2016 hat auch das französische Parlament der Errichtung von NATO-Basen und Gefechtsständen trotz bisheriger Vorbehalte auf seinem Territorium zugestimmt. Eine enge politische und militärische Zusammenarbeit pflegt die NATO mit einer Vielzahl von Staaten im Nahen und Mittleren Osten, im Pazifischen Raum und neuerdings auch mit Kolumbien.

Ein Blick auf die Militärstützpunkte der USA und der NATO-Mitgliedstaaten außerhalb ihrer territorialen Hoheit, im globalen Maßstab (über 800 an der Zahl) offenbart unmissverständlich deren Zielrichtung. Zu Land, zur/zum Luft/Weltraum und zu Wasser ist die militärische Einkreisung Russlands, Chinas, des Irans sowie deren Bündnispartner bereits auf den ersten Blick mehr als offenkundig. Vorrangig werden auch die wichtigsten internationalen Schifffahrt-/Handelsrouten in die militärische Strategieplanung im Rahmen der Errichtung von weiteren Militärstützpunkten einbezogen. Jeder regionale völkerrechtswidrige Krieg der USA und seiner Verbündeten/NATO hatte in der Vergangenheit u.a. die dauerhafte militärische Präsenz der USA in den Kriegs-/Nachkriegsregionen zur Folge. Seit 9/11 hat sich diese Entwicklung beschleunigt und ist Teil der erklärten außenpolitischen und militärischen Doktrin der USA. Insgesamt neun Militärstützpunkte unterhalten die Vereinigten Staaten, u.a. in Afghanistan (dem ersten Opfer des „Krieges gegen den Terror“), die trotz des

medienwirksamen Truppenabzugs jederzeit reaktiviert werden können. Hinzuzurechnen sind jene Stützpunkte, die auf der Grundlage der Lily-Pad-Strategie errichtet werden, die völlig unauffällig/anonym und nur mit dem nötigsten ausgestattet global nach Bedarf zum Einsatz kommen.

Die Ausdehnung des Hoheitsgebietes der NATO erhöht zwangsläufig die Konfliktgefahr/den Bündnisfall, wie die aktuellen Entwicklungen in der Türkei und anderen Orts aufzeigen.

Zwischenzeitlich ist das Verhältnis zwischen den USA/der NATO und Russland auf das Äußerste angespannt. Ursächlich hierfür ist u.a. der Wortbruch der westlichen NATO-Mitgliedstaaten gegenüber M. Gorbatschow – dem ehemaligen Präsidenten der Sowjetunion im Jahr 1990 - zur zukünftigen Rolle und Ausdehnung des NATO-Hoheitsgebietes. Die nunmehrige massive Aufstockung von Militärgerät aller Waffengattungen und dem hierfür notwendigen Personal sowie das umstrittene „Raketenabwehrschild“ in Europa in unmittelbarer Nähe der russischen Staatsgrenze haben die Situation planmäßig angeheizt und einen erneuten kalten Krieg provoziert zu Lasten der Steuerzahler. Waffenstarrende Grenzen mitten in Europa sind auf eine völlig verfehlte Sicherheits- und Außenpolitik – auch der Bundesrepublik Deutschland – (siehe z.B. die völkerrechtliche Bewertung der Ereignisse und Entwicklung in der Ukraine) zurückzuführen.

Der europäische Kontinent wurde u.a. auch durch die Verfassung der EU defakto gespalten und gleichzeitig die Militarisierung der EU unvermindert vorangetrieben. Ein Verfassungsziel ist, dass alle Mitgliedstaaten sich verpflichten, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern. Eine Verteidigungsagentur koordiniert die stetige Aufrüstung aller EU-Mitgliedstaaten und gleichzeitig wurden die Rahmenbedingungen dafür geschaffen, dass Kriegseinsätze auch ohne UN-Mandant weltweit ermöglicht werden. Die militärische Beistandspflicht innerhalb der EU erlangte oberste Priorität. Angestrebt wird eine Machtparität gegenüber den USA. Dies wird jedoch auf absehbare Zeit eine Illusion bleiben.

Eine ähnlich alarmierende Entwicklung verzeichnen wir aktuell im Südchinesischen Meer und auf der koreanischen Halbinsel. Diese Entwicklung steht für die aktuelle Militärdoktrin der USA im pazifischen Raum, mit der Hauptstoßrichtung, die Souveränität und nationale Integrität Chinas in einer gefährlichen abenteuerlichen Weise in Frage zu stellen. 2011 hat der designierte US-Präsident Obama eine „Neuorientierung auf Asien verkündet und angekündigt, dass bis 2020 ca. 2/3 der US-Seestreitkräfte im pazifischen Raum stationiert werden. Zur Umsetzung seiner militärischen Ziele beansprucht Washington/das Pentagon eine schlagkräftige Alternative/NATO in Europa (die auch mit Unterstützung der Bundesregierung zielgerichtet forciert modernisiert/weiter aufgebaut wird). Aktuell ist China mit mehr als 400 US-Militärbasen und deren Bündnispartner konfrontiert. Nach Lagebeurteilung des US-Militärs wurde China eine „perfekte“ Schlinge gelegt, die vom Norden Australiens über den Pazifik nach Japan, Südkorea, Afghanistan und Eurasien reicht. Im Visier amerikanischer Militärplanungen sind sowohl Vietnam, Myanmar und weitere asiatische Staaten, zu denen intensive – primär auch militärische Beziehungen/Bündnisse aufgebaut/erweitert werden, um China im Falle eines Krieges auch zu Lande massiv militärisch zu schwächen und dem US-amerikanischen Einfluss zu unterstellen.

Im September 2016 wurde von Admiral Harry Harris – dem Kommandeur des PACOM - in Los Angeles u.a. erklärt, dass er bereit sei „..... eine Konfrontation mit dem revanchistischen Russland und dem überheblichen China zu riskieren.“ Sollte es zum Kampf kommen, würde es nach seiner Darstellung kein fairer Kampf sein. Gegen Messer würde Harris „..... mit Gewehren und gegen Gewehre mit Kanonen kämpfen, und die Bündnispartner der USA würden das auch tun....“ Deutlicher kann die antichinesische/antirussische Haltung

hochrangiger US-Militärs in selbstüberschätzender Weise nicht zum Ausdruck gebracht werden.

Daher ist die Reaktion Chinas auf das erste Telefonat des US-amerikanischen Präsidenten D. Trump mit der taiwanesischen Präsidentin Tsai Ing-wen auch unter Beachtung der völkerrechtlich umstrittenen Fragen zwischen China und Taiwan nachvollziehbar. Obama äußerte sich am Ende seiner Amtsperiode erneut zu der globalen Stellung der USA und führte u.a. aus: „*Ich glaube mit jeder Faser meines Wesens an den Amerikanischen Exzeptionalismus*“ (Sonderstellung der USA innerhalb der entwickelten Industriestaaten). Den Glauben an die Sonderstellung der Vereinigten Staaten haben fast alle US-Präsidenten gelebt, einschließlich der Mehrzahl aller Kongressmitglieder und Senatoren und erklärt ihre ohnmächtige Wut auf all jene, die diesen vermeintlichen Sonderstatus politisch/ideologisch, ökonomisch und militärisch in Frage stellen.

2015 haben die USA unter strengster Geheimhaltung ihre größte Militärübung im Pazifik seit dem Ende des Kalten Krieges, das Manöver „Talisman Sabre“ im Verbund mit Australien, Neuseeland und Japan abgehalten. Ziel war es mit einer überdurchschnittlich großen Flotte von Kriegsschiffen und Langstreckenbomben zur See und zur Luft eine militärische Auseinandersetzung mit China zu simulieren. Im Mittelpunkt stand u.a. die Blockade von Seewegen, wie z.B. die Straße von Malakka, um die Rohstofflieferungen, primär an Gas und Öl aus dem Mittleren Osten und Afrika, zu Lasten von China zu unterbrechen, für den Fall einer militärischen Auseinandersetzung.

Parallel zu dem in unmittelbarer Grenznähe des europäischen Territoriums Russlands installierte Raketenabwehrsystem/Raketenangriffssystem wurde nunmehr ein zweites System dieser Art in Südkorea stationiert. Als Begründung hierfür wird auf die wachsende Bedrohung seitens Nordkoreas verwiesen. Offiziell dient das Raketenabwehrschild (THAAD) dem Schutz Südkoreas und Japans. Bekannt ist, dass sowohl das Raketenabwehrsystem in Europa, zukünftig nunmehr auch auf der koreanischen Halbinsel, in Alaska und an der Ostküste der USA, keine reinen Verteidigungssysteme darstellen, da sie auch für Offensivschläge mit Nuklearwaffen jederzeit eingesetzt werden können. Folgerichtig sehen sich Russland als auch China und eine Vielzahl weiterer Staaten aufgrund beider außerhalb der USA stationierten Raketenabwehrschilder und diverser anderer offensiver Waffensysteme (auch seegestützt), die Teil des strategischen Nuklearpotenzials der USA sind, an ihren äußersten Peripherien massiv militärisch bedroht. Unkontrollierbar für den vermeintlichen Gegner der USA sind bei diesen Raketenabwehrsystemen die fehlende Kontrollmöglichkeit der Umrüstung auf Mittel- oder Kurzstreckenwaffen mit Nuklearsprengköpfen. Diese Tatsache ist den politisch und militärisch Verantwortlichen Chinas, Russlands, Irans und ihren Verbündeten bekannt und der Hauptgrund für ihr militärisches Engagement, da das Kräftegleichgewicht in unmittelbarer Nähe ihrer Grenzen/Einflusssphären erheblich zugunsten der USA zielstrebig/planmäßig verschoben wird. Primär für Russland, China und Nordkorea ist die Stationierung von THAAD mit einer erheblichen Reduzierung der Vorwarnzeit für einen militärischen Gegenschlag verbunden und daher existenzbedrohend. Im Gegenzug erzwingt die Stationierung des Raketenabwehrsystems THAAD militärische Gegenmaßnahmen, verbunden mit massiven finanziellen Aufwendungen zu Lasten der betroffenen Staaten.

Anhand einiger weniger aktueller Beispiele sei diese verhängnisvolle Tendenz/Spirale der militärischen Konfrontation, die nicht der Sicherung ökonomischer und militärischer Interessen der USA im ureigensten Sinne dienen, aufgezeigt. Als einer der engsten Verbündeten der USA ist die Bundesrepublik Deutschland von dieser Entwicklung, wie alle

übrigen NATO-Mitgliedsstaaten, gleichfalls massiv betroffen. Einer Fügung gleich hat die THAAD-Stationierung die südkoreanischen Präsidentschaftswahlen erheblich beeinflusst und zur Wahl des gemäßigten links gerichteten Moon Jae-in geführt, der eine Versöhnung mit Nordkorea anstrebt (der wahrhaftige Weg). Tief im Bewusstsein des gesamten koreanischen Volkes sind die schmerzlichen Erfahrungen/Konsequenzen des Krieges in den 50iger Jahren verwurzelt.

II.

a)

An den Anfang der nunmehrigen Ausführungen seien einige Kernaussagen aus der Rede des ehemaligen US-Präsidenten George W. Bush im September 2001 gestellt, die meines Erachtens den erneuten Rüstungswettlauf/die Agenda der Errichtung einer neuen Weltordnung nach seinen Vorstellungen und den mit ihm liierten und global agierenden Finanz- und Wirtschafts-„Eliten“ und Kriegsvasallen auf den Punkt bringen. Als symbolträchtige Kulisse/Ereignis wählte Bush medial wirksam 9/11. Wortwörtlich führte der designierte US-Präsident Bush u.a. aus:

*„Am 11. September haben Feinde der Freiheit eine kriegerische Handlung gegen unser Land begangen ... Unser Krieg gegen den Terrorismus beginnt mit der Al- Qaida, aber er wird dort nicht enden... Unsere Antwort umfasst weit mehr als unmittelbare Vergeltung und einzelne militärische Schläge. **Die Amerikaner sollten sich nicht auf eine Schlacht, sondern auf einen lang andauernden Feldzug einstellen, wie wir ihn bislang noch nicht erlebt haben. Dazu können bedeutende militärische Schläge gehören, die im Fernsehen zu sehen sein werden, und verdeckte Operationen, die selbst bei Erfolg geheim bleiben werden.** Wir werden die Finanzquellen der Terroristen austrocknen, sie gegeneinander ausspielen, sie von Ort zu Ort jagen, bis es keinen Ort der Zuflucht oder der Ruhe mehr für sie gibt. Und wir werden Staaten verfolgen, die ihnen Hilfe oder Unterschlupf gewähren. **Jede Nation in jeder Region muss nun eine Entscheidung treffen. Entweder sind sie auf unserer Seite oder auf der Seite der Terroristen...**“*

Es ist kein Zufall, dass am 11. September 1990 der Vater von George W. Bush in einem freimaurischen Kontext - als ehemaliges „Skull and Bones“-Mitglied - vor beiden Kammern des Kongresses taggenau bereits 11 Jahre vor 9/11 von einer „New World Order“ sprach und in diesem Zusammenhang u.a. ausführte:

*„Wir erleben heute einen einzigartigen und außergewöhnlichen Moment. So ernst die Krise am Persischen Golf ist, so bietet sie zugleich die Gelegenheit, zu einer Periode der Zusammenarbeit zu gelangen. **Aus diesen schwierigen Zeiten kann unser fünftes Ziel – eine neue Weltordnung – hervorgehen: eine neue Ära – freier von der Bedrohung durch Terror, stärker im Streben nach Gerechtigkeit und sicherer in der Suche nach Frieden. Eine Ära, in der die Völker der Welt, Ost und West, Nord und Süd, prosperieren und in Harmonie leben können. Hunderte Generationen haben nach diesem schwer zu fassenden Weg zum Frieden gesucht, während tausende Kriege in der Zeitspanne menschlichen Bemühens wüteten. Heute ringt diese neue Welt um ihre Geburt, eine Welt, die anders ist als die, die wir bisher kannten. Eine Welt in der die Herrschaft des Rechts die Herrschaft des Dschungels ersetzt. Eine Welt, in der die Völker die gemeinsame Verantwortung für Freiheit und Gerechtigkeit erkennen. Eine Welt, in der der Starke die Rechte des Schwachen respektiert. Das ist die Vision, die ich mit Präsident Gorbatschow in Helsinki geteilt habe. Er und andere Führer***

Europas, am Golf und auf der ganzen Welt verstehen, dass die Art und Weise, wie wir heute die Krise lösen, der Zukunft kommender Generationen ihre Gestalt geben könnte.“

Am 29. Januar 2002 im Rahmen seiner Rede zur Lage der Nation diskreditierte der damalige US-Präsident George W. Bush sodann die Staaten Nordkorea, Iran und den Irak als die Achse des Bösen. Wörtlich führt er hierzu aus

*„Our second goal is to prevent **regimes that sponsor terror** from threatening America or our friends and allies with weapons of mass destruction. Some of these regimes have been pretty quiet since September the 11th. But we know their true nature.*

***North Korea** is a regime arming with missiles and weapons of mass destruction, while starving its citizens.*

***Iran** aggressively pursues these weapons and exports terror, while an unelected few repress the Iranian people's hope for freedom.*

***Iraq** continues to flaunt its hostility toward America and to support terror. The Iraqi regime has plotted to develop anthrax, and nerve gas, and nuclear weapons for over a decade. This is a regime that has already used poison gas to murder thousands of its own citizens – leaving the bodies of mothers huddled over their dead children. This is a regime that agreed to international inspections – then kicked out the inspectors. This is a regime that has something to hide from the civilized world.*

*States like these, and their terrorist allies, constitute an **axis of evil**, arming to threaten the peace of the world.“*

Nach Aussagen hochrangiger US-Militärs stand die “Achse des Bösen“ bereits im Weißen Haus und im Pentagon vor 9/11 fest. Fünf Staaten sollten nach dem Willen des Pentagon/ Weißen Hauses nach 9/11 zeitversetzt der Krieg erklärt werden.

Den präsidentialen Ausführungen beider Bushs folgte eine verheerende Außenpolitik, die bis zum heutigen Tag, d.h. seit über 25 Jahren, andauert, mit bereits mehreren Millionen zivilen Opfern und permanent global ansteigenden Rüstungsausgaben und einer globalen perfektionierten Überwachung/Ausspähung auch zu Lasten des amerikanischen Volkes. Die souveränen Staaten, die der US-Präsident als die Achse des Bösen charakterisierte, sind einige der wenigen Staaten auf unseren Planeten, die sich noch außerhalb der Kontrolle/ Einflussnahme des global agierenden angelsächsischen Finanzsystems ganz oder teilweise selbständig behaupten.

Der 44. US-Präsident hat noch kurz vor dem Ausscheiden aus seinem Amt den seit 9/11 bestehenden Ausnahmezustand in den Vereinigten Staaten um ein weiteres Jahr aufgrund der desolaten (selbstverursachten) Sicherheitslage verlängert.

b)

Seit über einem Jahrhundert sind der Nahe und Mittlere Osten und Nordafrika ein Spielball der imperialistischen Außenpolitik, primär der ehemaligen Kolonialmächte und nunmehr auch der USA. Mit Füßen wird die Wiege unserer Zivilisation getreten, aufgrund ihrer enormen Ressourcen an Erdöl und Erdgas. Hierfür stehen stellvertretend für eine Vielzahl von Kriegen und Namen in diesen Regionen Mohammad Mossadegh (1. demokratisch gewählter Präsident Irans, verantwortlich für die Verstaatlichung des einheimischen Erdölsektors), Gamal Abdel Nasser (Präsident Ägyptens/Verstaatlichung des Suezkanals).

Für Henry Kissinger und somit für die US-amerikanischen Eliten ist das Öl zu wichtig, um es - nach seinen Worten - den Arabern zu überlassen.

„The Region of the Persian Gulf will remain the gas station of the world economy“. Die Begehrlichkeit um das in hoher Qualität leicht zu fördernde Erdöl und Erdgas sind hauptsächlich für die vergangenen und aktuellen Aggressionskriege/Regierungschange und die hiermit einhergehenden verheerenden Sanktionen in diesen Regionen. Primär die USA beabsichtigen die Tankstelle der Welt als Hebel ihrer hegemonialen Weltherrschaft auch für den an Wert verlierenden Petrodollar zu nutzen und haben daher jeglichen Widersachern ihrer imperialen Politik den Krieg erklärt. Aleppo, Mossul, Rakka, Palmyra, das iranische Embargo, alle Invasionskriege, die Entstehung des IS und vieler weiterer Terrororganisationen stehen exemplarisch für eine Außenpolitik der USA und ihrer engsten Verbündeten, primär Israels, in dieser Region. Die verbrecherischen Stellvertreterkriege in Syrien und Irak haben bereits über eine Million Menschenopfer gefordert. Auch für Russland und China haben der Nahe und Mittlere Osten und Nordafrika eine äußerst wichtige geostrategische ökonomische Bedeutung und dies erklärt u. a. ihr militärisches/offensives politisches Engagement in der Region.

c)

An einigen wenigen Beispielen sei aufgezeigt, wie die eskalierende Konfrontation ausgehend von den NATO Staaten und ihren Verbündeten auf der einen Seite und Russland und China und ihren Verbündeten auf der anderen Seite den Weltfrieden auf das Äußerste aktuell stärker denn je bedrohen.

Exemplarisch sei auf nachfolgende militärische Entwicklungen/Vorfälle verwiesen.

- Kampffjets (F16) und Soldaten der 510. Fighter Squadron trainierten 2015/2016 gemeinsam mit estnischen, schwedischen und finnischen Soldaten ca. 60 Meilen vor der russischen Grenze und wären in der Lage gewesen, in wenigen Minuten St. Petersburg zu erreichen. Es besteht auf der russischen Seite daher zu Recht die Befürchtung, dass die häufige/zunehmende Anwesenheit von US-Kampffjets, die in der Lage sind, Atomwaffen zu transportieren und einzusetzen im Baltikum zur Stationierung von Atomwaffen in der Nähe der russischen Grenze führen wird. Die dauerhafte Präsenz von hunderten US-amerikanischen Schützenpanzern, Kampfpanzern und Hubschraubern und anderer NATO-Mitgliedstaaten auf dem Territorium der Baltischen Staaten ist zu einer unwiderlegbaren Tatsache geworden.
- Der US-amerikanische Zerstörer „USS Lassen“ nebst Begleitschiffen fuhr provokativ in das Südchinesische Meer ein. Der bereits erwähnte Oberbefehlshaber der US-Pazifikflotte Admiral Harry Harris erklärte hierzu, dass die USA ihre Einsätze **„überall und zu jeder beliebigen Zeit durchführen“**.
- US-Bomber des Typs B52 ignorierten die Aufforderung chinesischer Militärs, den Luftraum um die umstrittenen Spratly-Inseln im Südchinesischen Meer zu verlassen.
- Die NATO-Militärkontingents in den baltischen Staaten, Polen und Rumänien wurden innerhalb eines Jahres um das 8-fache vergrößert und die Mannstärke auf das 13-fache; Tendenz stetig steigend. Planmäßig werden in unmittelbarer Nähe der russischen Grenze zusätzliche hunderte Panzer, Schützenpanzer und Flugzeuge stationiert. Gleichzeitig wurde das US-Superradar GBR-P in Norwegen/Finnmark in Betrieb genommen. Unaufhörlich werden Rüstungsgüter der NATO-Mitgliedsstaaten zu Lande, zu Wasser und zur Luft in unmittelbarer Grenznähe zu Russland verlegt. Als Transitstrecken dienen hierfür primär die Schweiz, Österreich und Deutschland.

- Vorrangig auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland werden die Militärkontingente der US-Armee und weiterer NATO-Mitgliedstaaten kontinuierlich verstärkt/aufgerüstet. Im nordrhein-westfälischen Dülmen, dem ursprünglich größten Militärdepot der British Army in Europa, in dem auch Atomsprengköpfe, Kurzstreckenraketen und Artilleriegranaten gelagert wurden, wird in aller Eile aufgrund der strategischen Lage und idealen Anbindung an das örtliche Verkehrsnetz dieser Standort von der US-Army umfassend als integraler Bestandteil der NATO-Speerspitze gegen Russland ausgebaut/modernisiert. Im großen Umfang wird Militärgerät über den Hamburger und Bremer Hafen aus den USA nach Europa verschifft. Ab dem 06. Januar 2017 wurden aus den vor Anker liegenden US-Frachter „Resolve“, „Freedom“ und „Endure“ u.a. 87 Kampfpanzer, 144 „Bradley“ Schützenpanzer, 18 Panzerhaubitzen M109A6 „Paladin“, 419 „Humvees“ (Geländefahrzeuge), 446 Kampffahrzeuge, 650 Anhänger und Auflieger und 907 Radfahrzeuge entladen. Am 29. Oktober 2016 trafen bereits im Hafen von Nordenham 600 US-Container mit Munition ein, die für die US-Army und für die US Air Force bestimmt und bei Miesau im Kreis Kaiserslautern zwischengelagert und von hieraus verteilt werden. Ben Hodges – Kommandeur der US-Army Europa in Wiesbaden - erklärte bei Ankunft des ersten Munitionszuges in Miesau, dass die reibungslose Abwicklung des Transports nur mit deutscher Unterstützung möglich war. Wortwörtlich führte er aus: *„Der Transport von Munition vom Hafen Nordenham per Bahn den weiten Weg nach Miesau konnte nur mit Erlaubnis unserer deutschen Verbündeten durchgeführt werden“* **„Deutschland trägt auch damit zur Abschreckung bei, dass es der US-Army erlaubt, Munition und Ausrüstung innerhalb Deutschlands zu befördern.“**
- Im Rahmen des Eintreffens von Militärkriegsgerät der USA in Deutschland und dessen Überführung u. a. in die baltischen Staaten und Polen berichtete die Regionalzeitung „Lausitzer Rundschau“, dass ab dem 08. Januar 2017 US-Panzer durch die Lausitz rollen.
- Zur Sicherung des Transports/der Logistik der eintreffenden US-Militärtechnik von Deutschland nach Osteuropa haben sich die Chefs der DB und der DB Cargo Dr. Grube und Dr. Wilder im Oktober 2016 bereit erklärt, sich zu einem strategischen Dialog in Wiesbaden mit den US-Militärs zu treffen. Hochrangige US-Militärs (Hodges und Laubenthal) betonten, dass es im Krisenfall notwendig ist, schnell und ausreichend genügend Flachbett-Güterwagen zum Transport von Panzerbrigaden in Richtung Osten zur Verfügung zu stellen. Für 2017 wurde seitens der US-Militärs ein erhöhter Bedarf angemeldet und von Seiten der DB erklärt, *„Wir freuen uns darauf, unsere Beziehungen noch zu vertiefen, und verpflichten uns dazu, was wir versprechen, auch einzuhalten. Details würden wir gern in einem speziell eingerichteten Workshop klären.“* Dies in Kenntnis der aktuellen politischen Weltlage.
- Im US-Camp Fort Steward ist aktuell (März 2017) eine gigantische Mobilmachung einer Vielzahl schwerer Kampfpanzer und anderer Kriegstechnik und Fahrzeugen verschiedenster Bauart zu verzeichnen. Nach unbestätigten Meldungen soll dieses Kriegsgerät an die Ost- und Westküste der USA verlegt werden, mit Zielorten in Kuwait, Südkorea und im Baltikum. Vergleichbares wurde seit dem Ende des 2. Weltkrieges nicht mehr registriert. Nach Augenzeugenberichten sind zeitgleich an mehreren Orten entlang der Route 90 US-Bahnstrecke überdurchschnittlich lange Züge, beladen mit schweren Kampfpanzern gesichtet, fotografiert und gefilmt worden.

- Sowohl im Schwarzen Meer als auch in der Ostsee werden NATO-Schiffsverbände immer häufiger gesichtet und planmäßig militärische Manöver abgehalten, um die Einkreisung und offenkundigen Provokationen gegenüber Russlands voranzutreiben, mit dem Ziel einer Verschiebung des Kräftegleichgewichts zu ihren Gunsten. Parallel wird ein monströses Feindbild Russlands und im pazifischen Raum die militärische Gefahr ausgehend von China, Russland und Nordkorea medienwirksam heraufbeschworen.
- Der „German Marshall Fund“ beinhaltet einen Maßnahmenkatalog einer 360°-NATO, d.h. eine strategische Ausrichtung in alle Richtungen, um vermeintlichen Bedrohungen mit geballter Kraft entgegenzutreten. Hierbei spielen die „ultraschnelle Eingreiftruppe“ sowie die stetige Rotation von Armeeeinheiten aller Waffengattungen – auch in unmittelbarer Grenznähe zu Russland - eine entscheidende Rolle. Die militärische Ausrichtung der NATO konzentriert sich verstärkt auch auf die Nord- und Südflanke in Europa und den Nahen Osten, zum Zwecke der Abschreckung bis hin zu einer äußerst gefährlichen Vorwärtsbewegung und einer durchgängigen Kampfbereitschaft zusätzlich stationierter Bataillone von NATO-Truppen im Baltikum, Polen usw.
- Von erstrangiger militärischer/ökonomischer Bedeutung für die USA/NATO ist sowohl der hohe Norden/Arktis als auch die Antarktis, das World-Wide-Web/Cyberspace, die Intensivierung der strategischen Kommunikation, der Ausbau/Modernisierung des Atomwaffenarsenals, die Unterwanderung/die Abwendung einer Rückkehr Russlands und seiner Verbündeten als Sicherheitsgarant im Mittelmeerraum/Nahen Osten und die Untergrabung einer militärischen/ökonomischen Zusammenarbeit Syriens, des Irans, Chinas und Russland in diesen Regionen als auch global.

Die aktuelle Weltlage ist darüber hinaus gekennzeichnet durch wechselnde Allianzen, primär im Nahen und Mittleren Osten und sehr unscharfer Konturen unter den innerstaatlichen teilweise widerstreitenden Kriegsparteien in Syrien und im Irak.

- 250 Delegierte der NATO-Mitgliedsstaaten verabschiedeten 2016 einstimmig eine Erklärung, dass sie „*Russlands Gewaltanwendung gegen seine Nachbarn und seiner Versuche der Einschüchterung der (NATO-) Verbündeten*“ in keinster Weise dulden werden. **Alle NATO-Mitgliedsstaaten wurden aufgefordert, aufgrund der „potentiellen Bedrohung“ seitens Russlands in jeglicher Hinsicht auf einen Krieg vorbereitet zu sein.** Als Ursache für diese Lageeinschätzung dienen den NATO-Mitgliedsstaaten die von ihnen selbst – direkt oder indirekt - hervorgerufene/provozierte Ukrainekrise und die vermeintlich völkerrechtswidrige Annexion der Halbinsel Krim im Frühjahr 2014 seitens Russlands. Bisher liegt keine offizielle, unabhängige Bewertung der Ereignisse um die Ukraine/Krim seitens einer Expertenkommission für Völkerrecht vor (Victoria Jane Nuland; als Assistant Secretary of State im Dienst des US-Außenministeriums und als solche zuständig für Europa und Eurasien, verkündete öffentlich, am 28. Januar 2014 in einem Gespräch in Kiew, dass die USA 5 Milliarden US-Dollar in die Ukraine investiert haben, die sich nunmehr auszahlen müssen).
- Im Rahmen einer Anhörung vor dem Verteidigungsausschuss des Repräsentantenhauses der USA zur Sicherheitslage in Europa sprach der bis Mai 2016 amtierende Oberbefehlshaber der Streitkräfte der USA in Europa (United States European

Command) Breedlove über „die Aggressivität und des wiedererstarkten Russlands“ und deren Ursächlichkeit für die Massenemigration nach Europa und der Bedrohung seitens der Terroristen des Islamischen Staates im Irak und in der Levante/ ISIL. Nach seinen Worten müssen die USA und die NATO ihre Sicherheit rundum verteidigen und hierfür alle verfügbaren militärischen Kräfte mobilisieren. Er betonte wider besseren Wissens wie alle Kriegstreiber, dass Russland und das „Assad-Regime“ ursächlich für die Fluchtwelle aus Syrien/den gesamten Nahen Osten sind, mit dem Ziel Europa zu spalten und zu destabilisieren.

- Der amtierende US-Verteidigungsminister James Mattis erläuterte kürzlich seinen 27 Amtskollegen, dass die NATO die fundamentale Basis für die USA und für die transatlantische Gemeinschaft - der sie angehören – bleibt. Gleichzeitig wurde seinerseits nachgerückt folgende Forderung gegenüber den NATO-Bündnispartnern unmissverständlich gestellt.

„Wenn ihre Länder nicht erleben wollen, dass die USA ihr Engagement für dieses Bündnis verringern, muss jede Ihrer Hauptstädte Unterstützung für unserer gemeinsame Verteidigung demonstrieren.“

Dieser unmissverständlichen Erklärung folgte die Forderung nach konkreten Plänen, wie die NATO-Mitgliedstaaten ihre Militärausgaben zukünftig erhöhen werden. Er erinnerte die Bündnispartner daran, dass die Militärausgaben entsprechend des jeweiligen BIP auf 2 Prozent aufzustocken sind. Das selbstgesteckte Ziel aller NATO-Mitgliedstaaten erfüllen bisher lediglich das hochverschuldete Griechenland mit 2,4 %, Estland und Großbritannien mit 2,2 % und Polen mit 2%.

- Die militärischen Ambitionen der USA und der anderen NATO-Mitgliedstaaten kostete ihren Steuerzahlern allein 2015 905 Mrd. US-Dollar (mit diesem Betrag könnten alle sozialen Probleme auf unserem Planeten gelöst werden) und dies trotz einer Nettoverschuldung Deutschlands von ca. 2.294.000.000.000 Euro und der USA von offiziell über 20.000.000.000.000 US-Dollar. Unter US-Präsident Obama (Friedensnobelpreisträger) wurde am 19. Dezember 2009 der bis dahin größte Verteidigungsetat der US-Geschichte in Höhe von 720 Mrd. Dollar beschlossen und nur geringfügig in den Folgejahren modifiziert.

d)

In diesem Kontext und den aktuellen Rahmenbedingungen erklärte sich die Bundesregierung bereit und willens, ihrer Bündnisverpflichtung aktiv, auch militärisch und dies in unmittelbarer Nähe der russischen Staatsgrenzen und seit dem 04. Dezember 2015 in Syrien/Nahen Osten und Mittleren Osten und zukünftig auf dem rohstoffreichen afrikanischen Kontinent, u.a. in Mali, verstärkt militärisch nachzukommen.

Im aktuellen Weißbuch der Bundeswehr (2016) wurde die neue Militär-Doktrin Deutschlands definiert. Russland ist demnach nunmehr kein Partner der Bundesrepublik mehr, sondern gilt als „Rivale“. Erneut stellt sich die Bundesregierung mit ihrer Lageeinschätzung unmissverständlich auf die Seite der neokonservativsten Kräfte der USA, Großbritanniens und weiterer Verbündeter, um ihren ausdrücklich hervorgehobenen Beitrag „bei der Gestaltung der Neuen Weltordnung“ zu leisten. Hierfür stehen u.a. erst jüngst durch den Bundestag beschlossene Militäreinsätze in Litauen, Mali, die Aufstockung des Militäretats, die Neuanschaffung an Militärgerät, z. B. an Panzern des Typs Leopard 2 von 250 auf 328 und eine Vielzahl weiterer militärischer Modernisierungsmaßnahmen. Zur Vermeidung von unbequemen Fragen/Antworten zur aktuellen Außen- und Innenpolitik, meint die

Verteidigungsministerin den Bundeswehrangehörigen einen Verhaltenskodex mit restriktiven Regeln im Umgang mit Parlamenten und Medien vorschreiben zu müssen und die ideologische Ausrichtung von innen, wie auch von außen maßgeblich im Sinne der herrschenden Miltiärdoktrin voranzutreiben.

Altkanzler Schröder empfahl trotz seiner verheerenden und eingestandenen Fehleinschätzung im Jugoslawienkrieg mit tausenden ziviler Opfer und seiner uneingeschränkten Solidarität im Kampf gegen den internationalen Terrorismus auch am Hindukusch, dass Deutschland und Frankreich ihre Ressourcen auch auf militärischen Gebiet vereinen/abstimmen sollten.

Die sich verschärfende militärische Ausrichtung der NATO primär gegenüber Russland widerspiegelt sich auch in der exponentiellen Zunahme von Militärmanövern in unmittelbarer Grenznähe zu Russland. Allein im April 2016 bis einschließlich Juli 2016 fanden nachgerückt folgende NATO-Militärmanöver mit konkreter Zielausrichtung – gegen Russland und seinen Verbündeten - statt.

Es handelt sich hierbei um die in kurzen Zeitabständen, teilweise parallel ablaufenden Militärmanöver Cold Response im April 2016 mit 15.000 Soldaten; Spring Storm 2016 im Mai 2016 mit 6.000 Soldaten; Summer Shield XIII im April 2016 mit 1.600 Soldaten; Joint Derby 16 im April 2016 mit 2.000 Soldaten; Baltops 2016 im Juni 2016 mit 6.100 Soldaten; - Dragoon Ride II im Mai/Juni 2016 mit 1.400 Soldaten; Billiant Jumps im Mai/Juni 2016 mit 2.100 Soldaten; Anakonda 2016 im Juni 2016 mit 31.000 Soldaten; Saba Strike im Mai/Juni 2016 mit 10.000 Soldaten; Agile Hunter 2016 im März 2016 mit 130 Soldaten; Dragon Pioneer im Mai 2016 mit 40 Soldaten; Noble Partners im Mai 2016 mit 1.300 Soldaten; Rapid Trident im Juni/Juli 2016 mit 1.800 Soldaten und Tormihoiatus im März 2016 mit 800 Soldaten. In lediglich 4 Monaten nahmen somit über 80.000 Militärangehörige der NATO-Mitglied- und Anwarterstaaten an den vorgenannten Manövern teil.

Im Gegenzug wurden u.a. auf russischem Territorium, in Weißrussland, der Enklave Kaliningrad und Kasachstans zeitgleich größere Manöver aller Waffengattungen angeordnet/abgehalten. Auch im pazifischen Raum kam es zu größeren militärischen Aktivitäten Russlands und Chinas zu Lande und zur See.

Zu allem Überfluss hat sich die Premierministerin Großbritanniens Theresa May (die ihre berufliche Karriere in der City of London begann) in einer Debatte im Unterhaus dahingehend erklärt, dass sie bereit und willens ist, nötigenfalls einen Atomangriff anzuordnen und den Tod einer Vielzahl unschuldiger Menschen in Kauf zu nehmen. Als reale Bedrohung sieht die Premierministerin sowohl Russland als auch Nordkorea an. Aufgrund dessen wurde die Modernisierung der strategischen Atom-U-Boot-Flotte Großbritanniens mehrheitlich beschlossen. Dem ging u.a. voraus, dass General Martin E. Dempseys Nachfolger Joseph Dunford von einer „existenziellen Bedrohung“ für die USA seitens Russlands medienwirksam sprach. An zweiter Stelle folge nach Dempsey China. Vorgenannte Staaten sind nach seiner Lagebeurteilung eine noch größere Bedrohung für die USA und seine Verbündeten als die Terrormiliz IS. Wörtlich führte er aus „...*Russland stellt die größte Bedrohung für unsere nationale Sicherheit dar.* ...“

In allen NATO-Mitgliedsstaaten hat die Kriegsrhetorik, so auch in der Bundesrepublik Deutschland, massiv an Fahrt gewonnen.

Hervorzuheben sind rückblickend auch die Lageeinschätzungen und Ankündigungen des designierten NATO-Generalsekretärs Anders Fogh Rasmussen, der die Staats- und Regierungschefs der Nato-Mitgliedsstaaten bei ihrem Gipfel im September 2014 auf eine

Dauerpräsenz der Truppen des Bündnisses in Osteuropa einstimmte. Sein Nachfolger fährt diesen Kurs der Konfrontation mit Russland und seinen Verbündeten unbeirrt fort.

e)

Unübersehbar ist die primär von neokonservativen Politikern der USA geschürte Kriegsvorbereitung und Kriegsrhetorik unter Einbindung Europas als Teil eines zukünftigen militärischen Kriegsschauplatzes mit unabsehbaren Folgen.

Die Bundesrepublik wäre in einem Militärkonflikt wie auch die USA und Großbritannien/letztendlich alle NATO-Mitgliedstaaten ein Primärziel der russischen Militärstrategie (auch für den Fall eines zu erwartenden/provozierten Präventivschlages). Sowohl der russische Präsident Putin als auch hochrangige Militärs der russischen Armee haben sich hierzu bereits mehrfach unmissverständlich erklärt und darauf hingewiesen, dass sie die Verursacher dieser Spannungen/Konflikte für den Fall einer militärischen Eskalation bekämpfen/eliminieren würden.

Deutschland wäre schon aufgrund der für die US-Army strategisch äußerst wichtigen Militärstützpunkte auf seinem Territorium, wie z. B. in Ansbach, Bamberg, Baumholder, Böblingen (Hauptquartier der United States Marine Corps Forces Europe (USMARFOREUR), das Bruchmühlbach-Miesau Army Depot, Büdingen, Darmstadt, Dexheim, Gießen-Friedberg, Grafenwöhr (Truppenübungsplatz), Germersheim (Zentrallager), Hohenfels Joint Multinational Readiness Center (JMRC), Hanau, Heidelberg, Illesheim, Kaiserslautern, Landstuhl – das Landstuhl Regional Medical Center, Mannheim – die US-Garnison Mannheim, Ramstein - Ramstein Air Base/AFRICOM, Schweinfurt, Spangdahlem - Spangdahlem Air Base, Stuttgart - United States European Command, Vilseck und Wiesbaden - Wiesbaden Army Airfield und viele weitere ebenfalls **ein Primärziel der russischen präventiven/offensiven militärischen Ausrichtung, d.h. im Visier russischer Interkontinentalraketen.**

f)

Anhand einiger Fakten zum US-Militärstützpunkt in Ramstein sei verdeutlicht, welchem Gefährdungspotenzial Deutschland aufgrund der US-Militärpräsenz zu Lasten der Zivilbevölkerung im Kriegsfall ausgesetzt wäre.

Ramstein ist das größte Luftdrehkreuz der US-Streitkräfte außerhalb der USA.

Auf dieser US-Militärbasis hat u.a. das Hauptquartier der US-Air-Force in Europa/HQUSAF seinen Sitz.

Dem Hauptquartier der US-Air-Force in Ramstein sind zugeordnet der Flugplatz vor Ort sowie die Militärflugplätze in Spangdahlem, Chièvres in Belgien, Croughton, RAF Mildenhall und RAF Lakenheath in Großbritannien, die US-Militärbasis in Lajes Air Station in Portugal (Azoren), Rota in Spanien, Aviano in Italien und Incirlik in der Türkei. Anhand dieser Fakten wird deutlich, dass die einzelnen Militärbasen in ein regionales bzw. weltweites Geflecht von militärischen Stützpunkten aller Waffengattungen der USA/NATO eingebunden sind.

Ramstein verfügt über zwei Start- und Landebahnen, auf dem die größten Transportflugzeuge der US-Air-Force starten und landen können. Stationiert sind auf dieser US-Base weiterhin das 86th Airlift Wing (Lufttransport-Geschwader), das u. a. C-130 (Hercules), C-21 (Learjet), C-20 (Gulfstream), C-37 (Gulfstream) und C-40 (Boeing) Flugzeuge im Bestand hat.

Ca. 30.000 Starts und Landungen sind auf dem Airport jährlich zu registrieren. Die Militärbasis verfügt über die größte Wartungshalle der US-Air-Force außerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika sowie über ein vollautomatisches Fracht- und Passagier-Terminal, wobei Letzteres ca. 30.000 - 35.000 Militärangehörige monatlich abwickelt. (in Umsetzung des Rotationsprinzips der US-/NATO-Streitkräfte)

Komplettiert wird die US Air-Base durch das Allied Air Component Command/CC Air HQ Ramstein der NATO, das zuständig ist u.a. für den militärischen Flugverkehr, z.B. nach und über Afghanistan, den Irak, Syrien und weiteren Konflikt-/Kriegsgebieten.

Darüber hinaus ist in Ramstein das Air Mobility Operations Control Center/AMOCC stationiert. Es ist zuständig für Lufttransport-Operationen und die Koordination aller Transporte von Soldaten, Verwundeten, Waffen, Munitionen und sonstigen Nachschübe. Die 435th Contingency Aeromedical Staging Facility/CASF ist Zwischenstation für den Lufttransport von Verwundeten. Seit 2003 wurden weit über 70.000 Militärangehörige aus Afghanistan und dem Irak über Ramstein befördert und hiervon der Großteil aller Verwundeten (mehr als 12.000).

Das ebenfalls in Ramstein stationierte Warfighting Headquarter der 3rd Air Force mit dem 603rd Air and Space Operations Center ist in der Lage, innerhalb von nur 7 Stunden Luftangriffe im gesamten Befehlsbereich des EUCOM zu koordinieren und zu führen mit dem Anspruch, die Vorgaben stetig militärisch zu optimieren (EUCOM umfasst als Operationsgebiet ganz Europa und Russland in seiner Gesamtheit, einschließlich Sachalin und Kamtschatka im Pazifik und ist eines von sechs US-Oberkommandos weltweit).

Das 19th Battlefield Coordination Detachment/ BCD ist u.a. verantwortlich für die Schlachtfeld-Koordination der US-Army, im Rahmen der Luftunterstützung u.a. für alle Truppenbewegungen in Afghanistan, dem Irak oder jedem anderen „feindlichen“ Staat, der dem jeweiligen Regionalkommando territorial zugeordnet ist und dies wiederum in Koordination mit dem USAFE und den fünf weiteren global agierenden und vernetzten Regionalkommandos der USA.

Parallel zur logistischen und militärischen Leitung von Flugeinsätzen starten und landen in Ramstein Militärflugzeuge unterschiedlichster Bauart, zur Aufnahme/Bestückung mit Munitionen (auch Uranmunitionen). Zuständig hierfür ist das 435th Muniton Squadron / MUNS. Aus den 111 Munitionsbunkern in Ramstein wurden/werden monatlich hunderte Tonnen an Bomben, Raketen und Bordwaffen-Munition und DU-Geschosse für Luftangriffe der US-Air Force ehemals in Afghanistan und im Irak an die zum Einsatz befohlenen Geschwader/Bodentruppen/Marineverbände ausgeliefert.

Ursprünglich lagerten allein in Ramstein ca. 130 Atombomben unterschiedlichster Bauart. Aktuelle Zahlen hierzu sind nicht bekannt. Es ist nicht auszuschließen, dass neben Bücheln (ca. 20) auch in Ramstein US-Atomwaffen unterschiedlichster Bauart auf deutschem Hoheitsgebiet von der US Air Force gelagert und einsatzbereit gehalten werden.

Dem 86. Lufttransport-Geschwader (86th Airlift Wing) aus Ramstein ist sowohl das 37th als auch das 38th Airlift Squadron unterstellt. Auch diese Luftkampfgeschwader kamen in Afghanistan und im Irak-Krieg zum Einsatz. Das 76th Airlift Squadron setzt sich aus mindestens 10 Flugzeugen des Typs C-21 (Learjet), einigen C-20 (Gulfstream) und mindestens einer C-40 (Boeing 737-700) für den Transport hochrangiger Militär- und

Zivilpersonen und Schwerverwundeter zusammen. Das 309th Airlft Squadron ist weiterhin ausgestattet mit einer C-37 (Gulfstream V) für den Oberbefehlshaber des EUCOM.

Die 86th Contingency Response Group / CRG kommt weltweit zum Einsatz, sofern in kürzester Zeit Notflugplätze einzurichten oder zu reaktivieren sind.

Auch das FBI unterhält auf der US-Air Base Ramstein eine Außenstelle für den Bereich des EUCOM/AFRICOM. Gleiches gilt für den CIA, der den Flugplatz u. a. für Zwischenstopps und das Umladen von Kriegsgefangenen nutzt.

Ramstein war laut einer Erklärung des ehemaligen Air Force General Charles F. Wald, Stellvertreter des ehemaligen Oberbefehlshabers Jones (EUCOM) im August 2003 **“entscheidend am Erfolg der Operation Enduring Freedom und dem Irak-Einsatz beteiligt“** und führte ergänzend aus **„Ramstein war wesentlich für den Erfolg der Operationen 'Enduring Freedom, und 'Iraqi Freedom,. Viele Versorgungsflugzeuge landeten in Ramstein, das über eine exzellente Infrastruktur verfügt, und wir haben großartige Beziehungen zu Deutschland. Es macht viel Sinn, Plätze wie Ramstein, Spangdahlem und Moron (Spanien) offen zu halten, denn sie verfügen über große Landebahnen, mit denen man eine große Zahl von Flugzeugen abfertigen kann... Was wir bei Ramstein zum Beispiel schätzen ist, dass ein strategisch wichtiger Flug möglich ist, ohne dass wir den Transporter auftanken müssen. Man kann in den Staaten starten und ohne aufzutanken in Ramstein landen.“**

Alleinig unter Zugrundelegung dieser Ausführungen/Fakten ist die Bundesrepublik Deutschland im völkerrechtlichen Sinne mitschuldig an den Kriegsverbrechen, u.a. im Irakkrieg. Hierzu an anderer Stelle noch weitere ergänzende Ausführungen.

Ramstein ist gleichzeitig eine Drehscheibe der US geführten Drohnenangriffe in einer Vielzahl von Staaten. Von dieser Militärbasis aus werden derzeit 15 verschiedene große Kampfoperationen befehligt und koordiniert.

Am 30. November 2016 fand eine Fragestunde zur Beteiligung der US-Basis in Ramstein oder Stuttgart am US-Dohnenkrieg in Ihrem Hause statt. Die Feststellungen im Rahmen dieser Anhörung sind vom Grundsatz nicht neu, unterstreichen jedoch, dass die Bundesregierung detaillierte Kenntnis darüber besitzt, dass die globalen Kommunikationswege der USA zur Unterstützung unbemannter Luftfahrzeuge Fernmeldepräsenpunkte in Deutschland einschließen, von denen aus Signale weitergeleitet werden. D.h. die SATCOM-Relaisstation auf der U.S. Air Base in Ramstein ist integraler Bestandteil der Planung, Steuerung, Überwachung und Auswertung der Drohnenangriffe der US-Army im globalen Maßstab.

Bereits in einer rechtlichen Stellungnahme an Sie im Zusammenhang mit einer Entscheidung der Bundestagsabgeordneten über die Entsendung von Bundeswehrangehörigen und Kriegsgerät nach Syrien habe ich Sie über nachgerückt folgenden Sachverhalt informiert.

„Das Oberkommando AFRICOM dient dem US-Militär auch als Relaisstation für die Funkverbindung nach Nevada, von wo aus in der Mehrzahl der Fälle, die Drohnen gesteuert/ navigiert werden. Das Starten und Landen der Drohnen wird von US-Militärs im Kriegsgebiet von einer „Ground Control Station (GCS)“ umgesetzt. Es besteht eine Funk-/

Satellitenverbindung zwischen dem Einsatzort Ramstein und Nevada. 2010/2011 hat die US – Luftwaffe eine „SATCOM Relais Station“ für Ramstein ausgeschrieben, zum Zweck der Modernisierung/Perfektionierung der Flüge ihrer Kampfdrohnen. In einem entsprechenden Dokument hierzu heißt es u.a.: *„The construction of a Satellite Antenna Relais facility and compound is required in order to support remote controlled aircraft command links, connecting CONUS – based ground control stations/ mission control elements with AUS aircraft in the AOR. Therefore completion of this project will satisfy the longterm SATCOM Relay requirements for Predator, Reaper and Global Hawk, eliminating current temporary set – ups.“*

Daher kann zweifelsfrei davon ausgegangen werden, dass Auswertungen militärischer Einsätze von Drohnen in Deutschland seitens der zuständigen US-Militärs erfolgen.“

Leider blieb dieser Hinweis über die Dauer eines Jahres völlig unbeachtet.

Dass diese militärischen Einsätze (targeted killing) nicht völkerrechtskonform sind, dürfte außer Frage stehen. Seit Jahrzehnten werden jedoch Kriegshandlungen von Ramstein aus von den jeweiligen amtierenden Bundesregierungen geduldet/unterstützt. (logistisch, finanziell, informell). Somit wurde/wird sowohl innerstaatliches Recht als auch Völkerrecht gebrochen.

Drohneneinsätze (das automatisierte Töten) verstoßen selbst gegen das US-amerikanische Recht, explizit gegen den 5. Verfassungszusatz der USA, der besagt, dass niemandem „ein angemessenes Verfahren versagt werden darf“.

Erinnert sei in diesem Zusammenhang auch an die tragischen Ereignisse am 04. September 2009 in der nordafghanischen Provinz Kundus als über 100 Menschen – hierunter auch Kinder - im Rahmen einer militärischen Operation der Bundeswehr in militärischer Zusammenarbeit mit US-Streitkräften starben. Die Hinterbliebenen der ca. 40 zivilen Opfer dieses verheerenden Militäreinsatzes haben keine finanziellen Ansprüche gegenüber der Bundesrepublik, wie der BGH in seinem Urteil vom 06.10.2016 feststellte. Auch die deutschen beteiligten Militärangehörigen, wie z.B. Oberst Georg Klein, werden Zeit ihres Lebens unter diesem traumatischen Erlebnis leiden, wie viele hunderttausende ehemalige Armeeinghörige der US-Army aufgrund ihrer Militäreinsätze im Ausland (die Anzahl der posttraumatisch erkrankten und suizidgefährdeter Armeeinghörige ist exorbitant hoch und zählt allein in den USA Hunderttausende). Jeden Tag sterben mehrere Kriegsveteranen in den USA an den Folgen der erlittenen körperlichen/psychischen Wunden. Ca. ¼ aller deutschen Soldaten, die aus dem Afghanistan-Einsatz zurückgekehrt sind, wurden mit traumatischen Erlebnissen konfrontiert. 2015 wurde bei 235 Soldaten der Bundeswehr eine posttraumatische Belastungsstörung diagnostiziert. Die Anzahl derer, die an PTBS leiden, verkrüppelt oder von Uranmunition kontaminiert sind, ist in den von Aggressionskriegen heimgesuchten Staaten, wie z. B. Irak, Syrien ungemein höher (von den Toten ganz zu schweigen).

Die Eliminierung vermeintlicher Terroristen mittels Drohnen dient als Deckmantel, eigenes Unrecht (Staatsterrorismus) zu kaschieren, d. h. die Aufklärung der wahren Hintergründe/Ursachen von Sprengstoffanschlägen, Kriegen, Massakern an Zivilisten zu verhindern (keine Angeklagten, keine Zeugen, keine Gutachten, keine rechtliche Würdigung, keine Mittäter, keine Ursachenbewältigung).

Aktuell wird weltweit eine Vielzahl von Drohnenstützpunkten neu errichtet oder erweitert (Bau einer Vielzahl von Hangars für Drohnen auch in Deutschland). Diese verheerende „Sicherheitspolitik“ hat zur Folge, dass sich seit 9/11 der global agierende, oftmals von

Geheimdiensten gesteuerte/finanzierte Terrorismus nicht eindämmen ließ, im Gegenteil sich massiv personell und territorial ausgeweitet hat, wobei nochmals ausdrücklich darauf hinzuweisen ist, dass er von einer Vielzahl von Staaten, so auch von den USA/deren Geheimdiensten, in allen Belangen seiner Existenz zur Verwirklichung der angestrebten Ziele unterstützt wird (Staatsterrorismus unter falscher Flagge). Ungeachtet dessen gilt nach dem universellen Resonanzprinzip: „*Wer Wind sät, wird Sturm ernten*“.

Für das völkerrechtswidrige US-Drohnenprogramm ist nach Aussagen von Brandon Bryant, einem ehemaligen US-Air-Force-Drohnenoperator, der persönlich über 5 Jahre in New Mexico und Nevada an Drohneneinsätzen im Irak, Afghanistan, Pakistan, Jemen und Somalia beteiligt war, die US-Basis in Ramstein unverzichtbar. Wörtlich führt er in einem Interview aus: „*Jede Information und alle Daten gehen durch Ramstein. Alles. Für die gesamte Welt. Ohne diese Basis in Deutschland würde das alles nicht funktionieren, was von den USA kriegsgerisch gesteuert wird. Es ist das Epizentrum (Ramstein) aller Informationsflüsse für die Überseeoperationen der USA.*“

Deutschen Politikern ist es dennoch strikt untersagt, die militärischen Einrichtungen der Alliierten auch nur zu inspizieren, geschweige denn, konkrete Untersuchungen zu veranlassen und dies, obwohl Millionensummen Jahr für Jahr unter Verweis auf Artikel 120 des Grundgesetzes und des Stationierungsabkommens seitens des Deutschen Steuerzahlers als Beiträge zu den Kosten der Stationierung der alliierten Truppen in der Bundesrepublik aufgebracht werden müssen. Letztendlich finanziert der deutsche Steuerzahler aufgrund dessen direkt und indirekt Aggressionskriege der USA und ihrer Verbündeten im großen Stil mit. Aktuell wird intensiv der Ausbau des US-Militärstützpunktes in Ramstein geplant/realisiert.

Im März 2017 landeten u. a. zwei Großtransporter des Typs C-5M Galaxy des Air Mobility Command um Kampfhubschrauber des Typs AH-64 Apache nach Ramstein/Europa zu überführen. Nach offizieller Darstellung dienen dieses Kriegsgerät und das bereits Angesprochene der in Vorbereitung befindlichen Operation Atlantic Resolve (Atlantische Entschlossenheit) im Laufe dieses Jahres. Hierfür wird u.a. die 10. CAB mit 85 Hubschraubern des Typs CH-47 Chinook, UH-60 Black Hawk, AH-64 Apache und MEDEVAC und weiteren 2.200 Soldaten nach Europa verlegt. Als offizieller Vorwand dient der 70. Jahrestag der Präsenz der US-Air Force in Europa. In Umsetzung der Operation Atlantic Resolve werden zehntausende NATO-Soldaten mit ihrem Kriegsgerät demnächst in unmittelbarer Grenznähe zu Russland im Rahmen einer beispiellosen Truppenrotation größere Militärmanöver abhalten. Die militärische Kommandozentrale hierfür befindet sich ebenfalls auf deutschem Territorium in Baumholder (Rheinland Pfalz). Und wiederum ist die Bundesrepublik Ausgangsort der sich permanent erweiternden unübersehbaren Bedrohungslage für Russland. (Eine Politik, die auf Entspannung, friedliche Koexistenz und auf unbedingte Verantwortung gegenüber dem legitimen Souverän ausgerichtet ist, sieht anders aus!)

Anhand der diesbezüglichen Ausführungen zur Funktion/Bedeutung des US-Militärstützpunktes in Ramstein lässt sich erahnen, welchen massiven militärischen Gegenschlägen im Falle eines Krieges mit Russland und seinen Verbündeten alleinig die Bundesrepublik ausgesetzt wäre.

III. a)

Ein objektives Bild von den tatsächlichen Ursachen der unsere Zivilisation bedrohenden Entwicklung erhalten Sie jedoch erst, sofern Sie u.a. nachgerückt folgende Dokumente/

Strategiepapiere der US-Regierung in Ihre Lageeinschätzung zur Beurteilung der eingangs gestellten Frage einbeziehen. Hierzu nur einige, wenige Ausführungen/Beispiele:

- Bereits die von US-Präsident Jimmy Carter erlassene Doktrin für den Mittleren Osten beinhaltet, **„dass jeder Versuch einer auswärtigen Macht, die Kontrolle über den Persischen Golf zu erlangen, als Angriff auf die zentralen Interessen der USA betrachtet wird und „...mit allen erforderlichen Mitteln, einschließlich militärischen, zurückgeschlagen wird.“**
- Die strategischen Absichten/Herrschaftsansprüche der USA werden besonders deutlich im sogenannten Seidenstraßen Strategiegesetz (*Silk Road Strategy Act* oder auch *New Great Game*), das „zufälliger Weise“ wenige Tage vor dem Jugoslawienkrieg, am 7. März 1999, dem US-Repräsentantenhaus zur Verabschiedung vorgelegt wurde. Ziel der USA war es bereits damals, einen militärisch abgesicherten breiten Korridor vom Mittelmeer bis nach Zentralasien zu beherrschen. Teil der Planung war und ist u.a., die ehemaligen Sowjetrepubliken, wie Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan für eine weitere Optimierung der militärischen Einkreisung Russlands, auch unter Anwendung von ökonomischen, geheimdienstlichen und militärischen Optionen für ihre antirussischen Pläne zu gewinnen/vereinnahmen.
- Explizit wurde die aktuelle Ausrichtung der hegemonialen Politik der USA in dem Dokument „Joint Vision 2020“ definiert. Inhaltlich wurde das Strategiepapier zwischen der US-Regierung und dem Verteidigungsministeriums am 30.5.2000 abgestimmt und veröffentlicht. Es ist das Fundament der US-amerikanischen Militär- und Außenpolitik für ihre zukünftigen Zielvorgaben bis 2020, sowohl materiell/waffentechnisch als auch ideologisch. Vorläufer war das Strategiepapier „Joint Vision 2010“. Beide Strategiepapiere **basieren, ihren geistigen Vätern folgend, auf grundlegenden Erfahrungen in global geführten militärischen Einsätzen und bringen unmissverständlich zum Ausdruck, dass die Streitkräfte der Vereinigten Staaten, alle Arten verdeckter und offener Einsätze beherrschen müssen, wobei dem Kampfeinsatz die absolute Priorität eingeräumt wird, um die hegemoniale Vorherrschaft der USA global zu sichern.**
- Bereits im Februar 1992 wurde u.a. von Paul D. Wolfowitz als damaligen Staatssekretärs des Pentagon für Politik und später als Vize-Verteidigungsminister und als Sicherheitsberater des ehemaligen Vizepräsidenten Dick Cheney das Papier „Defense Planning Guidance“ verfasst und veröffentlicht, in dem es u.a. heißt: **„Unser erstes Ziel ist es, das Entstehen eines neuen Rivalen, ob auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion oder anderswo, zu verhindern, der eine Bedrohung ähnlicher Ordnung, wie die frühere Sowjetunion darstellen könnte. Dieser Gedanke bestimmt grundlegend die neue regionale Verteidigungsstrategie, die erfordert, dass wir jegliche feindliche Macht daran hindern, eine Region zu beherrschen, deren Ressourcen, sofern unter ihrer korrekten Kontrolle, ausreichen würden, eine neue Großmacht zu werden.“**
Im Weiteren wird gefordert, dass hochentwickelte Industriestaaten (auch die BRD) von jedem Versuch abzuhalten sind, die amerikanische Vormachtstellung/Führungsrolle oder bestehende politische und wirtschaftliche Ordnungen in Frage zu stellen und alle Mechanismen aufrecht zu erhalten, um mögliche Konkurrenten die Hoffnung auf eine größere regionale oder globale Rolle zu nehmen. (Dieses Prinzip entsprach fast deckungsgleich dem des britischen Empires in

seinem über Jahrhunderte währenden Kampf um die globale, militärische und ökonomische Vorherrschaft.)

- Das am 4. Dezember 2014 erlassene Gesetz H. Res. 758 (im Zusammenhang mit der Entwicklung in der Ukraine/Krim) wurde vom amerikanischen Kongress mit überwältigender Mehrheit verabschiedet. Es fordert den US-Präsidenten auf, eine Überprüfung der Wehrfassung, Bereitschaft und der Kompetenzen der Streitkräfte der USA und der anderen NATO-Mitgliedstaaten durchzuführen, um jederzeit entscheiden zu können, ob die Beiträge und das Vorgehen jedes einzelnen Landes ausreichend sind, um den Verpflichtungen der kollektiven Selbstverteidigung nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrags nachzukommen und gegebenenfalls Maßnahmen zu ergreifen, um alle Defizite zu beseitigen. (In diesem Kontext erklärt sich auch die aktuelle militärische Aufrüstung der Bundeswehr und die diffusen Erklärungen zu ihrer Wehrhaftigkeit und die aktuell erklärte Aufstockung des Militäretats der Bundeswehr um weitere 20 Milliarden Euro).

b)

Zur Umsetzung der sich aus den vorgenannten Dokumenten ergebenden US-dominierten Zielen würden im Kriegsfall auch deutsche Tornado-Piloten im Rahmen der NATO-Strategie der sogenannten „Nuklearen Teilhabe“ Angriffe mit US-Atombomben gegen den Kriegsgegner/Russland fliegen. Das US-Militär befindet sich bereits in einer umfassenden, seit mehreren Jahren geplanten Modernisierung – auch ihres Atomwaffenarsenals. *„Mit den neuen Bomben verwischen die Grenzen zwischen taktischen und strategischen Atomwaffen“*, kritisiert u. a. der Atomwissenschaftler Hans Kristensen vom *Nuclear Information Projects* in Washington diese aktuelle Entwicklung. Von der Modernisierung sind auch die auf deutschem Territorium gelagerten US-Atomsprengköpfe betroffen, ohne dass hierauf adäquat seitens der Bundesregierung reagiert wird.

Dies obwohl der Bundestag bereits im März 2010 mit großer Mehrheit beschlossen hat, dass die Bundesregierung sich „gegenüber den amerikanischen Verbündeten mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einsetzt“. Im Koalitionsvertrag von Union und FDP hatte die Bundesregierung 2009 den Abzug der Atomwaffen aus Büchel zum erklärten Ziel ihrer Koalition erklärt. Die Ergebnisse hierzu sind Ihnen bekannt („0“). Die außenpolitische Agenda unter dem 45. US-Präsidenten lässt vermehrt Stimmen aufkommen, die eine atomare Bewaffnung der EU-Staaten und somit auch Deutschlands einfordern und letztendlich den bereits bestehenden Status Quo in dieser Frage zementieren. Die bisher geleugneten militärischen Ambitionen nach Atomwaffen erhalten auf wundersame Weise nunmehr eine vermeintliche Legitimation/Notwendigkeit. Es ist absehbar, dass die Außenpolitik des 45. US-Präsidenten und seine Erklärung eines stärkeren militärischen Engagements aller NATO-Mitgliedstaaten zu einer erheblichen finanziellen Aufstockung der Militäretats auch in Deutschland letztlich mit einer weiter rasant steigenden Tendenz führen wird bzw. bereits geführt hat.

In einem geheimen Strategiepapier des Verteidigungsministeriums der BRD wird unter Zugrundelegung der „neuen Bedrohungslage“ die personelle und materielle Aufstockung/Aufrüstung gefordert.

In der ZDF-Sendung „Frontal 21“ – ausgestrahlt am 15. Mai 2017 – wurde unter Zugrundelegung des aktuellen Strategiepapiers des Verteidigungsministeriums nachgewiesen, dass die Bundesregierung darauf setzt, mehr Verantwortung für internationale Lufteinsätze unter deutscher Führung zu übernehmen.

Geplant/Vorgesehen ist eine Verdoppelung der Panzereinheiten, die Bereitstellung von 15 schwimmenden Plattformen für die Seestreitkräfte, um sich für einen dreidimensionalen Krieg zu wappnen.

Zusätzlich sollen 2 neue U-Boote, 3 neue Flottendienstboote, 4 Mehrzweckkampfschiffe und 5 Korvetten für die Seestreitkräfte der Bundesrepublik Deutschland angeschafft werden.

In Planung befindet sich ein Next Generation Weapon System, um die Fähigkeiten für Luftangriffe zu erhöhen.

Eurofighter sollen durch neue Kampfjets ersetzt werden. Begründet wird die Aufrüstung in der BRD und letztendlich in allen NATO-Mitgliedstaaten mit der veränderten Bedrohungslage – ausgehend von Russland, dem Ukraine-Konflikt usw.

Unter dem Deckmantel der kollektiven Abschreckung der NATO-Mitgliedstaaten werden die aktuellen Rüstungspläne in allen NATO-Mitgliedstaaten – einschließlich der USA – begründet.

Massiv wird um Rekruten für die Bundeswehr geworben, um personelle Engpässe auszugleichen.

Es ist bezeichnend, dass diese Pläne nicht offen diskutiert werden, sondern dem Souverän/Steuerzahler vorenthalten werden, obwohl es um seine ureigensten Sicherheitsinteressen geht. Diese Ausführungen zeigen auf, mit welcher Zielstrebigkeit/Akribie die weitere Militarisierung - nicht nur in der BRD, sondern in Abstimmung mit allen NATO-Mitgliedsstaaten - vorangetrieben wird. Dieses Geheimpapier wird nicht das Einzigste sein, dass in diesem Kontext existiert und sich in Planung/Umsetzung befindet.

28 NATO-Mitgliedsstaaten rüsten ihr Militär seit Jahren massiv auf, um der vermeintlichen militärischen Bedrohung ausgehend von Russland und China entgegen zu wirken. Stellt man jedoch die Rüstungsausgaben Russlands und Chinas denen aller NATO-Mitgliedsstaaten gegenüber, so wird ein unübersehbares militärisches Ungleichgewicht zu Gunsten der NATO offenkundig.

Der militärisch-industrielle Komplex in den NATO-Mitgliedsstaaten hat Hochkonjunktur und lässt die eigenen Aktienkurse vehement in die Höhe schnellen zu Lasten aller Steuerzahler.

Vor 9/11 befand sich die NATO aufgrund des Wegfalls des Feindbildes „Warschauer Vertragsstaaten“ in einer Sinnkrise und es wurde öffentlich über die neue Rolle der NATO in der Welt, bis hin zu deren Auflösung diskutiert. Mit 9/11 änderte sich die Diskussion grundlegend und es begann eine Phase völkerrechtlicher Verbrechen auf breiter Front, die bis zum heutigen Tage anhält.

IV.

Das Selbstverständnis der neokonservativen Akteure der US-Außenpolitik – primär gegenüber Deutschland und Russland – fasste der Ihnen bekannte George Friedmann – Chef des US-Thinks-Tanks Stratfor – u.a. wie folgt zusammen.

Zitat:

„Das Hauptinteresse der US – Außenpolitik, während des letzten Jahrhunderts, im ersten und zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland. Vereint sind sie die einzige Macht die uns bedrohen kann [...]

Letzte Woche oder vor 10 Tagen war der Oberbefehlshaber der US- Armee im Europe General Ben Hodges zu Besuch in der Ukraine. Er kündigte dort an, dass die US Ausbilder in die Ukraine demnächst offiziell kommen werden und nicht nur inoffiziell. Er hat dort tatsächlich Orden an die ukrainischen Kämpfer verteilt, obwohl es gegen das militärische Protokoll ist, das Soldaten Orden von fremden Armeen annehmen. Doch er tat das, weil er damit zeigen wollte, dass die ukrainische Armee seine Armee ist.

Dann ging er weg und verkündete in den Baltischen Staaten, dass die Vereinigten Staaten Panzer, Artillerie und andere militärische Ausrüstung in die Baltischen Staaten, Rumänien, Polen und Bulgarien in Stellung bringen würden. Das ist ein sehr interessanter Punkt und gestern haben die Vereinigten Staaten angekündigt, dass sie vorhaben Waffen in die Ukraine zu liefern. Das wurde in der Nacht dementiert, aber sie tun das, die Waffen werden geliefert.

Und bei all diesen Handlungen agieren die Vereinigten Staaten außerhalb des Rahmens der NATO. Weil NATO-Entscheidungen von allen NATO-Mitgliedern einstimmig getroffen werden müssen und jedes Land ein Veto einlegen kann. Die Türken machen das jetzt schon aus Jux.

Der Punkt bei der ganzen Sache ist, dass die USA einen Cordon Sanitaire, einen Sicherheitsgürtel um Russland herum aufbauen. Und Russland weiß das. Russland glaubt die USA beabsichtigen die russische Förderration zu zerschlagen. Ich denke wir wollen sie nicht töten, sondern Ihnen nur ein wenig wehtun. [...]

Die Aufrechterhaltung der Kontrolle über die Ozeane und des Weltalls ist die Grundlage unserer Macht. Der beste Weg eine feindliche Flotte zu besiegen, ist zu verhindern, dass diese gebaut wird. Der Weg den die Britten gegangen sind, um sicherzustellen, dass keine europäische Macht die Flotte bauen konnte, ist, dass die Europäer einander bekämpften.

[...]

Wir sind noch nicht einmal bereit für das 3. Kapitel des Buches. Die Frage die sich jetzt für die Russen stellt , werden sie die Ukraine wenigstens als eine neutrale Pufferzone erhalten oder wird der Rest des Westens soweit in die Ukraine vordringen, das er nur noch 100 km von Stalingrad und 500km von Moskau entfernt ist. Für Russland ist der Status der Ukraine eine existenzielle Bedrohung und die Russen können das nicht ignorieren. Wie weit werden die USA gehen, falls Russland sich weiterhin an die Ukraine klammert. Es ist kein Zufall, dass der General Hodges, der ernannt wurde um für all dies gerade zu stehen davon spricht Truppen in Rumänien, Bulgarien, Polen und den Baltischen Staaten in Stellung zu bringen [...]

George Friedmans Erklärungen und die einer Vielzahl seiner Kollegen in gleichen/ähnlichen Kontext bestätigen erneut die Notwendigkeit, die geschichtlichen Ereignisse – insbesondere des 1. und 2. Weltkrieges einer wissenschaftlich unabhängigen Analyse zu den Ursachen dieser Heimsuchungen zu unterziehen, wobei der Stellung Großbritanniens und der USA sowie dem globalen Finanz- und Großkapital eine besondere Aufmerksamkeit zukommen muss.

V.

Nummehr noch einige wenige Ausführungen zur Strategie Russlands als Antwort auf eine sich verdichtende militärische Konfrontation zwischen der NATO/Ukraine und Russland und seinen Verbündeten.

Am 26. April 2017 hat Generalleutnant Viktor Poznihir auf der internationalen Sicherheitskonferenz in Moskau als stellvertretender Chef der Hauptoperationsabteilung der russischen Streitkräfte mitgeteilt, dass das Operationskommando des russischen Generalstabes zu der Feststellung gekommen ist, dass die USA/Washington einen atomaren Erstschlag gegen Russland vorbereitet.

a)

Hochrangige russische Politiker, Militärs und Militäranalysten gehen nach genauer Analyse der sich verändernden militärischen globalen Gesamtsituation davon aus, dass es in Washington, Brüssel und Anderorts einflussreiche Gruppierungen gibt, die aktuell für einen Atomschlag primär gegen Russland plädieren. Aufgrund dessen liegen bereits aktualisierte Pläne für einen präventiven Nuklearschlag gegen Russland nach neuesten Erkenntnissen vor. **Aufgrund dessen ließ das Ministerium der Russischen Föderation für Zivilschutz (EMERCOM) verlautbaren, dass alle Luftschutzkeller und Untergrundschutzeinrichtungen Moskaus für die Evakuierung der Bevölkerung im Falle eines nuklearen Angriffs vorbereitet sind und in der Lage, die gesamte Bevölkerung der Hauptstadt aufzunehmen. Weiterhin wurde mitgeteilt, dass das Ministerium die gesetzlichen Rahmenbedingungen überarbeitet und auf dem neuesten Stand gebracht hat sowie alle verfügbaren Alarmsysteme.** (Vergleichbare offizielle Verlautbarungen zum Schutz der deutschen Bevölkerung im Falle eines Krieges mit Russland gibt es bisher nicht).

Des Weiteren wurde

1. das 2000 zwischen Russland und den USA geschlossene bilaterale Abkommen über die Wiederaufbereitung waffenfähigen Plutoniums zur Stromgewinnung in Atomkraftwerken ausgesetzt.
2. Raketen der Typen S-300 und S-400 wurden nach Syrien überführt und in Stellung gebracht.
3. In der Exklave Kaliningrad wurden Boden-Boden-Raketen des Typs Iskander mit einer Reichweite von 500 km in Stellung gebracht und der Großteil des gesamten strategischen Raketenabwehrsystems in höchste Alarmbereitschaft versetzt. Auf die Rede des designierten russischen Präsidenten Medwedew am 23. November 2011, die in unserem Mainstream keine Beachtung fand, wird ausdrücklich verwiesen. Mahnender und eindringlicher kann der Wunsch nach Entspannung und Kooperation an die Völker der Welt zur Vermeidung eines Wettrüstens und der hiermit einhergehenden Gefahr eines Dritten Weltkrieges nicht formuliert werden. Auch Gorbatschow hat sich bereits mehrmals diesbezüglich mahnend/beschwörend, primär auch an die deutsche Bundesregierung und an die der USA gewandt.

Über den Sender "*Vesti Nedeli*" wurde durch dessen Moderator Dmitri Kisseljow, zur besten Sendezeit folgende Stellungnahme (im Rahmen dieses Anschreibens gekürzt) abgegeben.

"In der letzten Woche haben sich die Beziehungen zwischen den USA und Russland, wie zu erwarten war, dramatisch verändert. Es macht nämlich wenig Sinn, sich angesichts der Verlogenheit und Unzuverlässigkeit der US-Amerikaner weiterhin ein Bein auszureißen, es kann uns nur schaden. Mit den USA kann man offensichtlich keine diplomatischen Kompromisse aushandeln. Wir haben bis zum Schluss gehofft, dass es den US-Amerikanern gelingen werde, die Terroristen und die Assad-Gegner in Syrien voneinander zu trennen. Darauf haben wir über ein Jahr gewartet. Jetzt ist uns klar, dass sie das überhaupt nicht wollen. Sie haben uns die ganze Zeit zum Narren gehalten. Die USA sind mit Al-Nusra, dem syrischen Ableger der Al-Qaida, verbündet und gewähren den

Terroristen nicht nur diplomatischen Schutz; sie versorgen sie auch mit modernen Waffen und unterstützen sie im Kampf gegen die syrische Armee. Die antirussischen Berichte in den Mainstream-Medien der USA zeigen doch, dass es nichts bringt, wenn wir weiterhin versuchen, in Syrien mit den US-Amerikanern zu kooperieren. Nur in Zusammenarbeit mit der legalen syrischen Regierung können wir dieses Land von Terroristen befreien und längerfristig etwas für die Sicherheit des Mittleren Ostens, Russlands und ganz Europas tun."

In diesem Kontext führte Kisseljow u.a. auch aus, dass die Russen "von jetzt an nicht mehr auf die Bremse, sondern auf das Gaspedal treten". Es seien auch drei russische Lenkwaffen-Kriegsschiffe der Schwarzmeer-Flotte ins östliche Mittelmeer verlegt worden für den Fall, dass die USA ihren Plan B umsetzen. Ausgestattet sind diese Kriegsschiffe mit Kalibr-Marschflugkörpern, die atomar bestückt werden können mit einer Reichweite von 2.600 km, sowie mit Onyx-Raketen zur Bekämpfung feindlicher Schiffe.

Diese undiplomatische Lageeinschätzung Kisseljow widerspiegelt die Sicht Russlands auf die aktuelle Entwicklung ihrer Beziehung zu den USA/NATO-Mitgliedstaaten. Präsident Putin hat diese Sichtweise auf die aktuellen Ereignisse im Rahmen seiner letzten Rede auf der Konferenz von Valdai indirekt bestätigt. Dass die Regierung der USA und u. a. die Bundesregierung dennoch auf die Karte einer weiteren Sanktions- und Militärpolitik gegenüber Russland und seinen Verbündeten setzen, ist schlichtweg fatal. Ob US-Präsident Donald Trump entsprechend seiner Verlautbarungen im Wahlkampf hieran Grundsätzliches ändern wird, gilt es abzuwarten, ist jedoch aufgrund des überdurchschnittlichen politischen Einflusses der neokonservativen Kräfte im Senat/Kongress und den wirtschaftlichen Schaltstellen der USA äußerst unwahrscheinlich. Es gab in der jüngeren Geschichte der USA nicht einen Präsidenten, der von Anbeginn seiner Amtszeit medial/politisch derart „unterirdisch“ angegriffen wurde, wie D. Trump. Die Zukunft wird zeigen, ob diese Verfahrensweise Teil einer verheerenden Schmierkomödie ist oder – wie zu vermuten – eine ausgeklügelte Strategie die Weichen für eine globale Neuausrichtung – auch mittels militärischer Gewalt - herbeizuführen. Nach Aussagen von Obama ist der Präsident der USA lediglich ein kleines Rad im großen Getriebe, d.h. in den Machtstrukturen innerhalb der USA.

Russland hat zur Verbesserung der Beziehung zu den USA/NATO-Mitgliedstaaten und des erneuten Inkrafttretens des Plutonium-Abkommens nachgerückt folgende Bedingungen gestellt:

- 1) Die militärische Infrastruktur und die Truppen, welche die USA auf den Territorien von NATO-Staaten stationiert haben, die dem Bündnis erst nach dem 1. September 2000 beigetreten sind, müssen auf das Niveau reduziert werden, auf dem sie sich am Tag des Inkrafttretens des Plutonium-Abkommens befanden.
- 2) Die USA stellen ihre feindliche Politik gegenüber der Russischen Föderation ein, indem sie
 - a) das Sergei-Magnitsky-Gesetz aus dem Jahr 2012 und das gegen Russland gerichtete US-Gesetz zum Schutz der Freiheit der Ukraine aus dem Jahr 2014 aufheben,
 - b) die verhängten Sanktionen gegen die Russische Föderation und gegen einzelne russische Staatsbürger und Einrichtungen annullieren.
 - c) Entschädigungszahlungen leisten für alle unter b) fallende Schäden, die der Russischen Föderation aufgrund der Sanktionen bisher entstanden sind, einschließlich

der Verluste durch Gegenmaßnahmen, die von der Russischen Föderation infolge der Sanktionen getroffen werden mussten.

- d) den USA nachweisen, wie sie die vertraglich eingegangene Verpflichtung zur Wiederaufbereitung ihres Plutoniums erfüllen wollen.

Auch hat der stellvertretende russische Verteidigungsminister bereits verlauten lassen, dass sein Ministerium aktuell prüfe, ob die Möglichkeit der Reaktivierung der Militärbasen in Kuba und in Vietnam in Frage kommt. Die Anzahl der diplomatischen und militärischen Aktivitäten Russlands zur Vermeidung eines Krieges gewinnen in den letzten Wochen an Dynamik und lassen auf ein entschlossenes – jedoch nicht unumkehrbares – politisches Handeln schließen. Dies bestätigen interne geheimdienstliche Lageeinschätzungen der militärischen Geheimdienste der USA und ihrer Verbündeten.

Die lediglich beispielhaft aufgelisteten Maßnahmen – auch unter militärischen Gesichtspunkten - sind eine Reaktion auf die sich verändernde militärische Gesamtkonstellation primär an der unmittelbaren Grenze und den Einflussphären Russlands. Statt mit Zurückhaltung und Augenmaß zu reagieren, forderte die NATO jüngst einen sogenannten Schengen-Raum zum ungehinderten Transit des tsunamiartig in Richtung Osten anschwellenden Militärgeräts und –personals für das gesamte Gebiet der NATO-Mitgliedstaaten. Ziel ist auch eine verstärkte Militärpräsenz im Mittel- und im Schwarzen Meer und einem mehr an Militärgerät im Baltikum, Polen, Rumänien usw. Strategisches Etappenziel ist das Intermarium (Zwischenmeerland), das vom Schwarzen Meer bis zur Ostsee in unmittelbarer Grenznahe zu Russland reicht (Einkreisungspolitik). Eine neutrale Ukraine und eine Pufferzone zwischen Russland und der NATO wie zum Zeitpunkt 1990 wäre eine notwendige Option zur Vermeidung einer verheerenden militärischen Konfrontation.

Russland und seine Verbündeten werden regelrecht gezwungen, dieser bedrohlichen/existenzgefährdenden Entwicklung unter Aufbietung umfangreicher nationaler Ressourcen (die wiederum in anderen Bereichen fehlen) dieser sich verstärkenden Bedrohungslage entgegenzuwirken. Bereits mehrmals wurde in der jüngsten Geschichte der vermeintliche militärische Gegner regelrecht Tod gerüstet.

- b) Anhand der ausgewählten Beispiele eines sich verdichtenden militärischen globalen Konfliktpotenzials wird deutlich, dass auch die Sicherheits- und Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland sie zu einem Komplizen der verheerenden US-Politik und ihrer Verbündeten im Rahmen ihrer selbstdefinierten globalen Ansprüche/Absichten macht und sie somit in das Visier russischer taktischer Waffen/Interkontinentalraketen geraten lässt mit Konsequenzen, die alle Bereiche des gesellschaftlichen Seins betreffen (sehr hohe zivile Opferzahlen, die wesentlich höher wären als die des ersten und zweiten Weltkrieges zusammen, Zerstörung großer Landstriche und für den Fall des Einsatzes von Nuklearwaffen unbewohnbare Landstriche, Vernichtung/Zerstörung von unwiederbringlichen Kulturgütern und Biosphärengebieten usw.).

VI.

Die aktuellen Stellvertreterkriege im Nahen Osten/in Europa und - wie drohend – auf der koreanischen Halbinsel als auch die Destabilisierung vieler Staaten in Afrika und Lateinamerika könnten der Beginn einer Tragödie epischen Ausmaßes 2017 (5777) – 2019

werden, sofern kein politischer und militärischer Kurswechsel der NATO-Mitgliedstaaten zeitnah erfolgt. Im Fokus sollte der Monat August 2017 stehen, aufgrund der unübersehbaren Zuspitzung der militärischen Situation im Nahen und Mittleren Osten und der bereits laufenden größeren Militärmanöver, primär in Grenznähe zu Russland. Bereits mehrfach standen wir an der Schwelle eines Dritten Weltkrieges. An die Ereignisse im Zusammenhang mit dem G-20-Treffen in St. Petersburg 2013 und den von den USA vorgeschlagenen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Syrien sei ausdrücklich erinnert.

Daher hat jeder einzelne Entscheidungsträger/Parlamentarier/Militär/Mitarbeiter der Nachrichtendienste und Medienvertreter, (die maßgeblich die öffentliche Meinung im Volk mitbestimmen) etc. im Rahmen seiner höchst persönlichen Entscheidungsfindung über den Einsatz des Militärs im In- und Ausland und der Unterstützung Dritter, die an kriegerischen Handlungen egal wo auf unserem Planeten, direkt oder indirekt teilnehmen, zwingend die Normen des Völkerrechts und der umfassenden Rechtsprechung hierzu zu kennen und zur obersten Maxime seines Handelns/seiner Entscheidungsfindung zu erheben.

Mehrfach hat die Rechtsprechung des Internationalen Gerichtshofes darauf verwiesen, dass jeder Staat, der ohne einen völkerrechtlichen Rechtfertigungsgrund sich über das normierte Gewaltverbot der UN- Charta hinwegsetzt und zu militärischer Gewalt allein oder im Verbund greift, völkerrechtswidrig handelt und eine militärische Aggression begeht/unterstützt.

Einer besonderen rechtlichen Bedeutung kommt in diesem Kontext den Militäreinsätzen, auch der Bundeswehr in Jugoslawien 1999, Afghanistan und den Militäreinsätzen der USA und ihrer Verbündeten nach 9/11 in Afghanistan, dem Irak, Libyen und Somalia zu und den seitens ihrer militärischen Vasallen im Nahen Osten geführten Kriege, z.B. in Jemen. Privilegierte Partner der USA und auch der Bundesrepublik, wie die jüngsten Staatsbesuche der Bundeskanzlerin und ihre gemeinsamen Erklärungen unter Beweis stellen, sind im Nahen Osten neben Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Katar, Kuwait, Bahrain, Jordanien, Oman und primär Israel, die auch zukünftig militärisch mit deutschen Waffen aufgerüstet und ausgebildet werden.

Es sei daran erinnert, dass u. a. Israel, dessen Atomwaffenarsenal erst unter Obama kleinlaut öffentlich bestätigt und zuvor über Jahrzehnte vehement als Verschwörungstheorie gebrandmarkt wurde, neben Indien und Pakistan Atommächte sind, die von den USA gefördert wurden und es ablehnen, den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen. Es ist nicht auszuschließen, dass auch mittlerweile Saudi-Arabien über Pakistan in den Besitz von Atomsprengköpfen gelangt ist oder kurz davor steht. Schon aus diesem Grund ist die Entscheidung Saudi-Arabien weiterhin aufzurüsten, u. a. mit deutschem Militär-Know-how, fatal und unverzeihbar. (Die behauptete Mittäterschaft an den Anschlägen 9/11, wie sie sich aus den bisher geheim gehaltenen 28-seitigen Untersuchungsbericht der US-Regierung ergibt, wäre alleinig Grund genug, jeglichen Rüstungsexport nach Saudi-Arabien zu untersagen). Saudi-Arabien gilt als einer der konservativsten Staaten weltweit. Aufgrund der sehr strengen wahhabistischen Islam-Auslegung stehen Gesetzesverstößen brutale Strafen gegenüber bis hin zur öffentlichen Hinrichtung. Als Regionalmacht hat Saudi-Arabien ein religiöses und ökonomisches Interesse den Iran als auch seine Verbündeten, z.B. Jemen, auch mittels radikaler islamischer Bewegungen auf breiter Front zu bekämpfen. Die aktuelle Aggression Saudi-Arabiens gegen Jemen und deren verheerenden Folgen für die Zivilbevölkerung (ausbrechende Seuchen, verheerende Hungersnöte, zerstörte Infrastrukturen etc. sind das Ergebnis) – auch mittels westeuropäischer/deutscher Waffen – sollte für die Bundesregierung Anlass sein, seine Beziehung zu Saudi-Arabien schleunigst zu überdenken. Riad unterstützt

weltweit islamistische Terrorgruppen/Zellen, um ihren politischen/ökonomischen Einfluss auszuweiten. Dies gilt u.a. auch für Indonesien und andere asiatische Staaten mit einem größeren islamgeprägten Bevölkerungsanteil.

Nach offizieller Schätzung rekrutieren sich mehr als 2.200 saudische Dschihadisten zwischenzeitlich in den Reihen des IS im Kampf gegen den Nachbarstaat Syrien und den Irak.

Im Vordergrund saudischer Außenpolitik steht wie bereits angemerkt der Kampf gegen den Erzrivalen Iran auch aufgrund seiner großen Erdöl- und Erdgasvorkommen. Auch für Saudi-Arabien gilt, dass der Weg nach Teheran über Damaskus führt. Zwischenzeitlich wird Saudi-Arabien mit einer vermehrten Welle der Gewalt im eigenen Land – auch an ihren heiligen Stätten – konfrontiert und der „Gefahr“ des Sturzes des Hauses Saud und ist daher selbst ein erhebliches Sicherheitsrisiko für die Region und den globalen Handel mit Erdöl und Erdgas, d. h. somit auch für die Weltwirtschaft. Ein Krieg zwischen Saudi-Arabien und Iran wäre der Ausgangspunkt einer ökonomischen globalen Apokalypse, die in einem Dritten Weltkrieg münden würde.

Es geht somit nicht nur im Umgang mit Saudi Arabien, um die Verletzung der Menschenrechte im eigenen Land, sondern um einen global finanzierten und personell unterstützten Terrorismus, der nunmehr noch mit einem 110 Mrd. Militär-Deal mit den USA und parallel mit weiteren westeuropäischen Staaten zu einer verheerenden Eskalation im Nahen und Mittleren Osten – primär dem Iran – mit großer Wahrscheinlichkeit führen wird, sofern kein Umdenken – auch in dieser Frage – erfolgt. Aufschlussreich ist diesbezüglich auch die Rede Donald Trumps 2016, als damaliger US-Präsidentschaftskandidat vor den Mitgliedern der AIPAC. Inhaltlich stellt Trump den Iran als das Reich des Bösen dar und erklärt seine Solidarität und Freundschaft mit Israel im Kampf gegen den Iran (mit allen Mitteln). Um die Gefahren der Neuzeit zu verstehen sollte jeder Parlamentarier diese Rede inhaltlich kennen. Die Logik vieler militärischer, politischer und geheimdienstlicher Winkelzüge offenbart sich erst immer, sofern der ökonomische Gesichtspunkt in die Analyse der aktuellen Ereignisse einbezogen wird. Die Ereignisse um Katar sind ohne das weltweit größte erkundete Erdgasfeld auf unserem Planeten nicht zu verstehen. Die ökonomischen/geostrategischen Interessen tangieren in dieser Frage auch die Bundesrepublik, z. B. bezogen auf die 100%ige Tochter der BASF, Wintershall.

a)

Das Bundesverwaltungsgericht hat in einer richtungsweisenden Entscheidung (2. Wehrdienstsenat vom 21. Juni 2005 BVerwG 2 WD 12.04) folgende Feststellung zum Irakkrieg 2003 ff. zur Grundlage seiner Entscheidungsfindung getroffen:

„Nach den vom Senat getroffenen Feststellungen steht fest, dass die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang mit diesem am 20. März 2003 begonnenen Krieg insbesondere die Zusage machte und erfüllte, den USA und dem UK für den Luftraum über dem deutschen Hoheitsgebiet "Überflugrechte" zu gewähren, die Nutzung ihrer "Einrichtungen" in Deutschland zu ermöglichen sowie für den "Schutz dieser Einrichtungen" in einem näher festgelegten Umfang zu sorgen; außerdem hatte sie im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg dem weiteren Einsatz deutscher Soldaten in AWACS-Flugzeugen "zur Überwachung des türkischen Luftraums zugestimmt". Gegen die völkerrechtliche Zulässigkeit dieser Unterstützungsleistungen bestehen gravierende rechtliche Bedenken [...].“

Zu Recht verweist in diesem Zusammenhang das Bundesverwaltungsgericht auch auf den Schutz von US-Militärstützpunkten seitens der Bundeswehr auf deutschem Hoheitsgebiet. Die Bundesrepublik Deutschland hat offiziell 2003 ca. 3000 Bundeswehrsoldaten abgestellt mit dem Befehl, US-amerikanische Militärobjekte auf deutschem Hoheitsgebiet vor terroristischen Anschlägen zu bewachen/zu schützen und hat somit zugleich personelle Kapazitäten der US-Armee für ihren Aggressionskrieg im Irak freigesetzt (völkerrechtswidrig).

Das Bundesverwaltungsgericht führte weiterhin in seiner Urteilsbegründung aus:

„Ein Verstoß gegen das völkerrechtliche Gewaltverbot kann nicht ohne weiteres deshalb verneint werden, weil die Regierung der Bundesrepublik Deutschland öffentlich wiederholt zum Ausdruck gebracht hatte (vgl. u.a. Erklärung von Bundeskanzler Schröder am 19 März 2003, 15. WP, 34. Sitzung, Verh. des Deutschen Bundestages, Bd. 216 S. 2727 C), "dass sich deutsche Soldaten an Kampfhandlungen nicht beteiligen werden".

Unterstützung zu einer völkerrechtswidrigen Militäraktion kann nach herrschender Rechtsprechung demnach nicht nur durch die militärische Teilnahme an Kampfhandlungen erfolgen, sondern auch auf eine andere Art und Weise. Ein völkerrechtliches Delikt kann durch ein Tun oder - soweit eine völkerrechtliche Pflicht zu einem Tun besteht - durch Unterlassen begangen werden. (vgl. dazu u.a. von Münch, Das völkerrechtliche Delikt, 1963, S. 134 m.w.N.).

Dies gilt sowohl für die Hindurchführung von Truppen, Munitions- oder Verpflegungskolonnen (Art. 5 Abs. 1 i.V.m. Art. 2 V. HA; Nr. 1115 ZDv 15/2: Truppen- oder Versorgungstransporte dürfen auf neutralem Staatsgebiet „nicht stattfinden“; Heintschel von Heinegg in Horst Fischer/Ulrike Froissart/Wolff Heintschel von Heinegg/Christian Raap<Hrsg.>, Krisensicherung und Humanitärer Schutz - Crisis Management and Humanitarian Protection, Festschrift für Dieter Fleck, 2004, S. 221 [226]) als auch für die Einrichtung oder Nutzung einer „funkentelegraphischen <,radiotélégraphique'> Station oder sonst irgend eine(r) Anlage, die bestimmt ist, einen Verkehr mit den kriegführenden Land- oder Seestreitkräften zu vermitteln“ (Art. 5 Abs. 1 i.V.m. Art. 3 Buchst. a) und b) V. HA). Den Konfliktparteien ist es weiterhin „untersagt, mit Militärluftfahrzeugen, Raketen oder anderen Flugkörpern in neutralen Luftraum einzudringen“ (Nr. 1150 ZDV 15/2 unter Bezugnahme auf Art. 40 der Haager Regeln des Luftkrieges vom 19. Februar 1923 (HLKR - Teil 14 der ZDv 15/3); Bothe, AVR 2003, 255 [267]). Im Verhältnis zu einer Konfliktpartei, die den Verboten der Art. 1 bis 4 V. HA zuwiderhandelt, im Sinne des V. HA Territorium eines neutralen Staates mithin als Basis für militärische Operationen im weitesten Sinne nutzt, ist der „neutrale Staat“ zum aktiven Tätigwerden und damit zum Einschreiten verpflichtet, um die Neutralitätsverletzung zu beenden (vgl. dazu u.a. Nr. 1109 ZDV 15/2 unter Bezugnahme auf Art. 5 V. HA sowie Art. 2, 9 und 24 XIII. HA; Bothe, ebd.; Heintschel von Heinegg in Festschrift für Dieter Fleck, a.a.O., S. 224).

Eine Beihilfe zu einem völkerrechtlichen Delikt ist ebenfalls eine völkerrechtlich strafbare Handlung.

In diesem Kontext sei darauf verwiesen, dass das Bundesverwaltungsgericht letztendlich zu der rechtlichen Beurteilung kam, dass von den „... völkerrechtlichen Verpflichtungen die Bundesrepublik Deutschland im Falle des am 20. März 2003 begonnenen Krieges, gegen den gravierende völkerrechtliche Bedenken bestehen, nicht dadurch freigestellt wurde, dass sie

Mitglied der NATO war und ist, der auch die Krieg führenden USA und das UK (sowie weitere Mitglieder der Koalition) angehören.“

Ein gegen die UN-Charta verstoßender Angriffskrieg eines NATO- Staates oder eine permanente Provokation von Drittstaaten auf die vom vermeintlichen Gegner adäquat reagiert wird, kann mithin selbst durch die Ausrufung des „NATO-Bündnisfalles“ nicht zu einem Verteidigungskrieg werden.

Diese Tatsache/Feststellung ist aktuell für alle politischen, militärischen und geheimdienstlichen Entscheidungen von erstrangiger Bedeutung im Rahmen Ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit.

Alle Strafanzeigen gegen die Kriegsbefürworter nach dem Jugoslawienkrieg und den Militäreinsätzen gegen die „Achse des Bösen“ hatten bisher keine rechtlichen Konsequenzen, z.B. gegen den ehemaligen US-amerikanischen Präsidenten G. Bush und dem ehemaligen britischen Premier Tony Blair.

Aus völkerrechtlicher Sicht werden Kriegshandlungen des u. a. von den USA und ihrer Verbündeten im Nahen/Mittleren Osten geduldeten, finanzierten und direkt/indirekt ausgebildeten global agierenden Terrorismus`, u. a. in Gestalt des IS, nicht anders zu beurteilen sein. Es muss daher jedem Entscheidungsträger, der indirekt oder direkt terroristische Organisationen unterstützt, bewusst sein, dass er völkerrechtswidrig handelt, indem er mittels eines Geflechts von Personen, die sich aus unterschiedlichen Motiven heraus zu den Kriegshandlungen/ Kriegsverbrechen ihrer verdeckt agierenden Dienstherren bereit erklärt.

b)

Eine Kriegsführung mittels des internationalen Terrorismus (als Mittel zum Zweck) dient u.a. den USA der Umgehung völkerrechtlicher Normen und wurde zwischenzeitlich zur praktizierten Außenpolitik. (Verweis auf die zitierte Rede des Georg Bush von September 2001).

„Wir werden die Finanzquellen der Terroristen austrocknen, sie gegeneinander ausspielen, sie von Ort zu Ort jagen, bis es keinen Ort der Zuflucht oder der Ruhe mehr für sie gibt. Und wir werden Staaten verfolgen, die ihnen Hilfe oder Unterschlupf gewähren.“

Den Militärstrategen des Pentagons ist sehr wohl bewusst, dass jeder getötete „Terrorist“ oder Zivilist ein mehr an Hass, Wut und Entmenschlichung hervorbringt und die von ihnen geplante Konfrontation/Eskalation und das hieraus entstehende Chaos in ihrem Sinne beschleunigt. Eine Spirale der Gewalt wird aufgrund dieser Politik mit fatalen Konsequenzen in Gang gesetzt, wie wir sie in Syrien und dem Irak tagtäglich miterleben mit der permanenten Gefahr einer ausufernden/unkontrollierbaren militärischen Eskalation/einem Dritten Weltkrieg.

Das Kalkül der US-Amerikanischen Militärstrategie und ihrer NATO-Verbündeten umschrieb George Friedman 2009 wie folgt: **„Das Ziel war kein militärischer Sieg, das Ziel war [und ist] lediglich die islamische Welt aus dem Gleichgewicht zu bringen, sie zu spalten und auf diese Weise die Entstehung eines islamischen Reiches zu verhindern. Die Vereinigten Staaten müssen keine Kriege gewinnen. Es reicht aus, wenn sie die andere Seite aus dem Gleichgewicht bringen...“**

c)

Es dürfte Ihnen bekannt sein, dass das Verbot der Folter ein absolutes Verbot ist und nicht verhandel-/ relativierbar. Die UN-Antifolterkonvention aus dem Jahr 1987 wurde auch von den USA unterzeichnet, sodass Verstöße hiergegen zwingend eine internationale Ächtung und Bestrafung der Täter/der befehlsgewährenden Vorgesetzten erfordert.

Zum besseren Verständnis sei auf Artikel 2, Ziffer 2 der Antifolterkonvention verwiesen, in der es heißt: *„Außergewöhnliche Umstände – gleich welcher Art – bei Krieg oder Kriegsgefahr, innenpolitische Instabilität oder ein sonstiger öffentlicher Notstand, dürfen nicht als Rechtsgrund für Folter geltend gemacht werden.“*

Trotz medienwirksamer Willensbekundungen hierzu hat sich auch unter der Obama-Regierung nichts Grundlegendes in diesem Segment von Kriegsverbrechen geändert. Nach wie vor werden Menschenrechte sowie das nationale Verfassungsrecht ignoriert und einem vermeintlich höheren Ziel der Zerstörung, der „Achse des Bösen“ etc. geopfert.

Den Ausführungen von Wolfgang Neskovic in seinem „CIA Folterreport“ kann ausdrücklich beigespflichtet werden, sofern er ausführt: *„Der 11. September taugt nicht als Rechtfertigungsgrund für schwere Menschenrechtsverletzungen. Wer das nicht verstanden hat, hat die Funktion des Rechts nicht verstanden.“*

Unsere eigene Geschichte lehrt, dass jede Abkehr von staatlichen/völkerrechtlichen Normen und möge eine Straftat noch so grausam erscheinen, neues Unrecht mit fatalen Folgen für unsere demokratische Grundordnung hervorbringt. Jeder der hierzu schweigt oder lediglich Lippenbekenntnisse abgibt aus Angst - berufliche oder finanzielle Nachteile zu erleiden – ist ein Garant dafür, dass derartige verbrecherische Handlungen die demokratische Grundordnung sukzessive zerstören. Die Lektüre des CIA-Folterreports sollte für jeden einzelnen Bundestagsabgeordneten eine Pflichtlektüre sein.

VII.

Nunmehr zu den tatsächlichen/wahrhaftigen Ursachen dieser verheerenden globalen Entwicklung. Tatsächlich ist der „Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ (Carl Philipp Gottlieb von Clausewitz).

Vorangestellt sei ein Zitat des Bankiers Alfred Lansburgh:

„Geld ist die Verkörperung eines Güteranspruchs, der dadurch entstanden ist, dass jemand etwas geleistet, die Gegenleistung aber noch nicht erhalten hat.“

Aus dieser simple Wahrheit über die Funktion des Geldes wurde im Rahmen des kapitalistischen Finanzsystems ein hochkomplexes, vielschichtiges, auf Eigennutz einiger weniger orientiertes und sich von der Realwirtschaft abkoppelndes, alle Bereiche des gesellschaftlichen Seins beherrschendes, monströses System, das nachfolgend im Gesamtkontext der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung ansatzweise aufgezeigt werden muss zur Beantwortung der Eingangs gestellten Frage.

Ein Blick auf die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen unserer kapitalistischen Gesellschaftsformation ist hierfür unabdingbar ohne auf jede einzelne Gesetzmäßigkeit/Entwicklung einzugehen.

Die sich vollziehende globale Transformation unserer Gesellschaft – hauptsächlich für die wachsende Gefahr eines 3. Weltkrieges - ist letztendlich nur auf der Grundlage einer Analyse der innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung wirkenden ökonomischen Gesetzmäßigkeiten und nicht in der Person des russischen oder chinesischen Staatsoberhauptes oder eines Staatsoberhauptes/Despoten des Nahen Ostens zu analysieren.

Die **kapitalistische** Gesellschaftsformation/Epoche ist u.a. dadurch gekennzeichnet, dass das erzeugte Kapital zum Zwecke seines existenziellen Fortbestandes/seiner Mehrung im ständigen Wettbewerb mit allen vergleichbaren Marktteilnehmern steht. Es überschreitet nationale und kontinentale Grenzen in immer kürzeren Zeitabständen. Der Prozess der Konzentration von immer mehr Kapital in den Händen immer weniger Profiteure entspringt dem stetigen Existenzkampf gegenüber den Mitbewerbern auf den globalisierten Finanz- und Wirtschaftsmärkten. Dieser systemische, stetige Überlebenskampf ist darauf ausgerichtet, Marktteilnehmer zu verdrängen/zu zerstören oder mit ihnen zu fusionieren. In diesem existenziellen Konkurrenzkampf wird unser Planet mit einem gigantischen Geflecht an Produktionsstätten, Verkehrsadern, zu Land, zu Wasser und in der Luft, und riesiger „Verkaufstempel“ überzogen. Diese rasante, auf Profit orientierte Entwicklung geht einher mit der Gefahr der Zerstörung jahrtausendalter kultureller Besonderheiten einzelner Regionen auf unserem Planeten und der Dezimierung der Artenvielfalt in Fauna und Flora der Ausrottung/ Verdrängung indigener Völker und der schonungslosen Ausbeutung unseres Planeten im Rahmen der Förderung fossiler und mineralischer Bodenschätze mit noch unabsehbaren Folgen/Konsequenzen (z.B. Fracking) als auch einer profitorientierten Forschung/Entwicklung, z.B. im Bereich der Grundversorgung der Bevölkerung (Optimierung genmanipulierter Grundnahrungsmittel) und der gezielten Manipulation jedes einzelnen Bürgers im Rahmen der medialen/geistigen zweckorientierten Vereinnahmung eines jeden Individuums. In seiner Dynamik kennt dieser ökonomische Prozess keine geschichtlichen Vorbilder.

Karl Marx formulierte die Entwicklung in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung u.a. wie folgt:

„Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren. Unveränderte Beibehaltung der alten Produktionsweise war dagegen die erste Existenzbedingung aller früheren industriellen Klassen. Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeois-Epoche vor allen früheren aus. Alle festen, eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst, alle neugebildeten veralten, ehe sie verknöchern können. Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen.

Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muss sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen.

Die Bourgeoisie hat durch die Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. Sie hat zum großen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen. Die uralten nationalen

Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierte Nationen wird, durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten, und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden. An die Stelle der alten, durch Landeserzeugnisse befriedigten Bedürfnisse treten neue, welche die Produkte der entferntesten Länder und Klimate zu ihrer Befriedigung erheischen. An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander. Und wie in der materiellen, so auch in der geistigen Produktion. Die geistigen Erzeugnisse der einzelnen Nationen werden Gemeingut. Die nationale Einseitigkeit und Beschränktheit wird mehr und mehr unmöglich, und aus den vielen nationalen und lokalen Literaturen bildet sich eine Weltliteratur.“

Aktuell hat dieser ökonomische Prozess, die Anhäufung des Mehrwerts in immer weniger Händen, ein Stadium erreicht, in dem nationale Volkswirtschaften/Nationalstaaten zum Hemmnis dieses globalen Entwicklungsprozesses des Großkapitals mit fatalen Folgen für alle Völker/Staaten werden. Begünstigt wird diese Entwicklung durch staatliche Förderprogramme/der Schaffung von Rahmenbedingungen, die den globalen Warenaustausch und den Finanztransfer ungehindert/unkontrollierbar zulassen. Der Nationalstaat schafft sich letztendlich aufgrund dessen tendenziell selbst ab und jeder, der sich dieser verheerenden Entwicklung entgegenstellt, wird als Nationalist/rechtsextrem eingestuft. Ich verweise ausdrücklich in diesem Zusammenhang bereits jetzt auf das in der Anlage I wiedergegebene/erhellende Interview des Journalisten Greg Palast.

Die Negation dieser, unsere Epoche bestimmenden gesellschaftlichen Entwicklung/Triebkräfte im Bereich der Produktion und letztendlich Konsumtion und des ständig wachsenden Einflusses des Finanz- und Wirtschaftssektors auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Seins, ist primär ursächlich für Fehleinschätzungen von Entwicklungsprozessen einhergehend mit letztendlich katastrophalen Folgen für den Fortbestand unserer Zivilisation. Bei aller Differenziertheit der ökonomischen/politischen/religiösen „Elite“ werden seit Jahrhunderten bestehende wirtschaftliche Rahmenbedingungen nachweislich von einem Teil dieser primär für eigene egoistische, gegen die Schöpfung gerichtete Ambitionen unter dem Deckmantel einer obskuren religiösen und weltlichen Sichtweise unterschiedlichster Ausprägung, teilweise mit pervertierten Zügen, zur Profitmaximierung genutzt.

Ohne auf die mannigfaltigen geschichtlichen Hintergründe der führenden systemprägenden Industriestaaten im Rahmen der Kürze meiner Ausführungen einzugehen, kristallisiert sich bereits auf dem ersten Blick heraus, dass sich riesige Geld- und Sachkapitalvermögen in immer weniger Händen primär in den führenden Industriestaaten konzentrieren. 1% der Weltbevölkerung nennt an Vermögen sein Eigen, das dem Vermögenswert von 99% der Weltbevölkerung in Summe entspricht. Der Prozess der Konzentration von Finanz- und Sachkapital in immer weniger Händen ist längst nicht abgeschlossen, wie u.a. die aktuelle globale Fusionswelle von Konzernen unter Beweis stellt. (Bayer, Monsanto u.v.m.)

Dieses systembedrohende/-vernichtende und sich weiter forcierende Ungleichgewicht ist auch den Wirkmechanismen eines uns in allen Belangen des gesellschaftlichen Lebens tangierenden Geldsystems geschuldet. Der systemische Fehler unseres Geldsystems beruht zum einen auf dem in ihm implantierten Zins- und Zinseszinsystem und zum anderen auf der Geldschöpfung aus dem Nichts mittels der westlichen Zentralbanken ohne kapitalisierenden

Gegenwert und der seit Jahrhunderten praktizierten Geldschöpfung auf der Grundlage der Vergabe von Krediten/Darlehen in dem vorgeschriebenen Rahmen (sehr geringe Rücklagen und Hebelwirkung). Diese, für notwendig erachteten, geldpolitischen Instrumentarien entspringen letztendlich der sich potenzierenden unersättlichen Gier Einzelner nach ökonomischer/politischer Macht/Profit und sind hauptursächlich (da Systemfehler) für den ungerechtfertigten Reichtum auf der einen und der zunehmenden Verelendung immer größerer Massen der Bevölkerung im globalen Maßstab auf der anderen Seite. Die exponentielle Entwicklung, die das Zinseszinsystem im Geldkreislauf hervorruft und die Geldschöpfung der Zentralbanken aus dem Nichts sind der explosive Sprengstoff/Katalysator, der u.a. ursächlich ist für die Zerstörung unserer demokratischen Grundordnung.

Sie werden mir sicherlich beipflichten, dass Ihre parlamentarischen Entscheidungen zu 99% direkt oder indirekt einen finanziellen Hintergrund haben und dass seit dem Beginn Ihres Bundestagsmandats, die Staatsverschuldung stetig im Anstieg begriffen ist und dies trotz einer aktuellen „schwarzen Null“ im Bundeshaushalt. Die Staatsverschuldung der Bundesrepublik Deutschland beziffert sich aktuell auf mehr als 2,293 Billionen EUR, die tatsächlich niemals nur ansatzweise gegenüber den Gläubigern – dem 1% der Weltbevölkerung - abgetragen werden können. Die hieraus entstehende ökonomische und politische Abhängigkeit ist zwischenzeitlich systemimmanent. Besonders stark ausgeprägt sind diese Symptome in den USA, Japan, Großbritannien und vielen anderen Industriestaaten.

Allen Bundestagsabgeordneten und Finanzexperten sollte diese Tatsache in dem stetigen Kampf um das finanzielle Überleben unter den Rahmenbedingungen des jetzigen globalen Geldsystems zur Wahrung der über Jahrhunderte unter großen Opfern erstrittenen demokratischen Grundrechte hinlänglich bekannt sein und ihr Handeln verantwortungsbewusst maßgeblich mitbestimmen (die demokratischen Grundrechte sind stetig und in dieser Phase unserer gesellschaftlichen Entwicklung vehement zu verteidigen, da sie in akuter Gefahr sind). Aufgrund der technischen Möglichkeiten und perfiden Manipulationsmöglichkeiten eines jeden Einzelnen existiert die Gefahr einer allumfassenden Diktatur des Kapitals. Selbstgefälligkeit, Ignoranz und Unkenntnis sowie eine ausufernde mediale zweckorientierte Beeinflussung sind die Totengräber unserer demokratischen Grundwerte.

VIII.

Innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung haben alle industriellen Revolutionen u.a. das Arbeitsleben grundlegend verändert, einhergehend mit vielfältigen technischen Arbeitserleichterungen, jedoch mit dem Ergebnis, dass es zu keiner allgemeinen globalen stetigen/unumkehrbaren Verbesserung der Lebensverhältnisse der großen Masse der Bevölkerung dauerhaft kam. Große Teile der Bevölkerung unterliegen leider der Illusion, dass der wissenschaftlich-technische Fortschritt mit einem stetigen unumkehrbaren Wachstum an Lebensqualität/Selbstentfaltung innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung einhergeht. Auch im Rahmen der sich anbahnenden neuen technischen Revolutionen in fast allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, wird sich für die große Mehrheit der Bevölkerung der sich anbahnende technische Fortschritt/Quantensprung nicht auszahlen, sofern keine grundlegenden gesellschaftlichen/ finanztechnischen Veränderungen verbunden mit ethisch-moralischen Grundsätzen zugunsten Aller und keine Monopolstellung auf neue Patente (zur Vermeidung von dauerhaften Abhängigkeiten) hiermit einhergehen. Unter den jetzigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen – insbesondere des Finanzsektors – wird sich der Reichtum einzelner und der ihrer Emissäre planmäßig/unaufhörlich vergrößern und dies beschleunigt in immer weniger Händen. Dieser Prozess wird flankiert u. a. von der Abschaffung sozialer Grundrechte und somit der Demokratie, der Erhöhung der

Lebensarbeitszeit, der schrittweisen Abschaffung des Bargeldes und der absoluten Kontrolle über jedes einzelne Individuum und seiner Gedanken und Willensbildung. Ziel der tatsächlichen Profiteure dieses Geld-, Finanz- und Wirtschaftssystems ist eine neue Qualität und Quantität der globalen Ausbeutung des Menschen durch den Menschen in absehbarer Zeit, einhergehend mit einer absoluten Kontrolle der Bevölkerung in ihrer Gesamtheit zum Zwecke der Profitmaximierung, der individuellen Einflussnahme, des Machterhalts, der existentiellen Demütigung und dies in der obskuren Annahme rechtmäßiger Vertreter der menschlichen Genesis zu sein. Arbeitslosigkeit und Hoffnungslosigkeit haben auch in der BRD massiv zugenommen. Hierfür sprechen die aktuell 4.307.576 Sozialgeldempfänger nebst ihren Familien, die ca. 3 Millionen Arbeitslosen, die seit 1992 stetig anwachsende Anzahl von Tafeln für Bedürftige (aktuell ca. 2.100), die Zunahme von Kinderarmut und, und, und (und dies in einem der reichsten Staaten auf unserem Planeten).

a)

Entwicklungsprozesse in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung unterliegen Zyklen, in denen immer wiederkehrende Krisen und Konjunkturerinbrüche Phasen der allgemeinen Stabilität aufeinander folgen.

Hochkonjunkturphasen, in denen es zu einer gewaltigen Kapitalanhäufung kam, folgten Konjunkturerinbrüche einhergehend mit sinkenden Zinsen und einer verminderten Verwertungsmöglichkeit der produzierten Güter. „Reinigungs- und Gesundschumpfungskrisen“ waren und werden auch zukünftig mit einer gigantischen Vernichtung von Kapital und eines deutlichen Rückgangs der Kapitalvermehrung einhergehen. Diesem Prozess folgten erneut steigende Zinsen und ein neuer Konjunkturzyklus bis zur nächsten ökonomischen, globalen Krise. Inflation und Deflation sowie kriegerische Auseinandersetzungen zwischen Staaten – eingebunden in Bündnisse - säumten den Weg in die globalen Krisen/Kriege einhergehend mit gewaltigen Materialschlachten im 20. Jahrhundert.

Spätestens seit 2008 befinden wir uns erneut in einer grassierenden globalen Wirtschaftskrise, die gekennzeichnet ist von einer gewaltigen Kapitalvernichtung. Dieser Entwicklungszyklus geht einher mit gigantischen Investitionen und Anlagegeschäften und der Renaissance einer „marktfremden“ Güterproduktion, d.h. der Aufblähung des globalen Militärssektors/des militärisch-industriellen Komplexes und der exorbitanten Zunahme von privat geführten Unternehmen, die als Dienstleister des Militärs global agieren, mit Milliardenumsätzen zu Lasten der Steuerzahler. Ein weiteres Symptom hierfür sind kriegerische Auseinandersetzungen und die Zerstörung ganzer Volkswirtschaften, wie wir es aktuell in der Ukraine, in Griechenland, in Syrien, Irak, Libyen, Jemen, Somalia und in der Zukunft in vielen weiteren Staaten noch aus einer sicheren Distanz registrieren. Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise – wie die ihrer Vorgänger – entlädt sich auch zukünftig, d. h. unter gleichbleibenden ökonomischen/finanztechnischen Rahmenbedingungen in einer gewaltsamen Lösung/Eruption von aufgestauten antagonistischen Widersprüchen, erneut darauf ausgerichtet, das gestörte Gleichgewicht innerhalb des Finanz- und Wirtschaftssystems wiederherstellen mit dem Ziel, ein weiteres Segment zur Vollendung der Errichtung einer neuen Weltordnung im Sinne des 1 % der Superreichen auf unseren Planeten und ihrer Emissäre. Dieser Prozess wird im Großen und Ganzen von den Gundersmanns dieses Planeten gesteuert (in Anlehnung an die Figur in dem Roman „Das Geld“ von Emile Zola). **Sie wetten aktuell gegen die Deutsche Bank, gegen den Euro, setzen auf fallende Aktienkurse und manipulieren die Märkte zum eigenen Vorteil, sie täuschen Handlung/Ereignisse vor, provozieren kriegerische Auseinandersetzungen, unterstützen alle Kriegsparteien gleichzeitig, verursachen Hungersnöte durch steigende Lebensmittelpreise und dies nur mit einem Ziel der Profitmaximierung. Die Manipulation und permanente Täuschung**

der breiten Volksmassen ist ihr tägliches Geschäft. Es ist dem ähnlich, wie es auf dem Finanzsektor Gang und Gebe ist, dem wirtschaftlichen Konkurrenten u. a. im Rahmen der Täuschung/Erpressung/des informellen Vorlaufs finanzielle Verluste zum eigenen Vorteil zuzufügen auch mittels militärischer Konflikte.

Globale Krisen und militärische Konflikte dienen den oftmals im Hintergrund agierenden Profiteuren, der Festigung und Erweiterung ihrer Herrschaftsansprüche gegenüber vorrangig rohstoffreichen Ländern (noch ist Öl und Gas der primäre Schmierstoff unserer parasitären Lebensweise) und der systematischen Ausbeutung von Arbeitskräften als auch der Erweiterung der Absatz- und Wachstumsmärkte.

b)

Der Deutsche Sparkassenverband positionierte sich im Jahr 1891 zur Frage sinkender Zinsen u.a. wie folgt:

"Die Ursache für das Sinken des Zinsfußes wird vorzüglich darin gefunden, dass die besonders rentablen Kapitalanlagen großen Maßstabes heute erschöpft sind und nur Unternehmungen von geringer Ergiebigkeit übrig bleiben." Um den damals auf drei Prozent gesunkenen Zinssatz vor einem weiteren Fall zu bewahren, wurde die Empfehlung ausgesprochen, dass "... die neuen Länder, beispielsweise Afrika, sehr rasch durch europäische Kapitalien erschlossen werden, damit einem solchen Sinken begegnet werde." Zur sinkenden Zinsentwicklung schließt der Artikel aus der Sparkassenzeitung mit folgender inhaltsschwerer Aussage: **"Nur ein allgemeiner europäischer Krieg könnte dieser Entwicklung Halt gebieten durch die ungeheure Kapitalzerstörung, welche er bedeutet."**

1891 sank der Zinssatz auf 3%. Die aktuellen Zinssätze sind Ihnen hinlänglich bekannt. Dieser Analyse des Deutschen Sparkassenverbandes folgten zwei Weltkriege mit einer ungeheuren Zerstörung an Wirtschaftsgütern und unsäglichem Leid unter den betroffenen Völkern, jedoch verbunden mit dem kurzfristigen Aufbau einer gewaltigen Militärmaschinerie und dem Anstieg der Zinssätze in lukrative Höhen.

Hochdotierte Ökonomen haben sich in den letzten 100 Jahren mit der Frage des Zusammenhangs zwischen Kriegen und fallenden sowie steigenden Zinsen und Wirtschaftszyklen dezidiert auseinandergesetzt mit dem Ergebnis, dass es letztendlich stets um den Kampf um das goldene Kalb, d.h. der Mehrung des materiellen Reichtums innerhalb unseres aktuellen Geld- und Wirtschaftssystems ging. Ein Blick auf die Aktienmärkte und Vermögenszuwächse der tatsächlichen Gewinner der Finanz- und Wirtschaftskrisen sowie des aktuellen Brexit offenbart, dass dieser Prozess soweit wie möglich zielgerichtet vorangetrieben wird (Folge stets der Spur des Geldes). Aktuell sind es G. Soros und seinesgleichen und primär die Profiteure des amerikanischen Dollars in seinem stetigen Überlebenskampf, die von dieser orchestrierten zeitweiligen Schwäche des englischen Pfunds und des Euros aufgrund des Brexit massiv profitieren (dies ist eine Form/Variante des Handelskrieges). Weltweit werden Kapitalanleger aufgrund von Enthüllungen, wie bei den Panama-Papern und der hiervon ausgehenden Signalwirkung regelrecht genötigt/gezwungen ihr, dem Fiskus ihrer Herkunftsländer vorenthaltenes Vermögen in die USA oder in andere von ihr beherrschten Offshore-Bereiche umzuleiten (ein Beleg für das Scheitern staatlicher Kontrollmechanismen zur Vermeidung der Steuerhinterziehung). Nach Andrew Penny, einem geschäftsführenden Direktors des Rothschild Trust, ist die USA das effektivste und größte Steuerparadies der Erde. Im US-Bundesstaat Delaware ist eine Vielzahl von Großunternehmen aller Branchen angesiedelt, um Steuern zu hinterziehen. In Wilmington, einer Kleinstadt des vorbenannten Bundestaates (hier, in der North Orange-Street # 1209 in

Wilmington, hat die CT Corporation ihre Niederlassung) sind tausende Firmen registriert, unter ihnen auch deutsche. Finanzexperten gehen davon aus, dass allein im zweitkleinsten Bundesstaat der USA mehr als eine Million Firmen registriert sind, um Steuern zu hinterziehen, so auch ein Großteil der 500 weltweit größten börsennotierten Konzerne. **Solange dem so ist und bleibt, kann keiner von Ihnen sich ernsthaft dafür entscheiden, dass TTIP oder CETA vom deutschen Bundestag oder in Brüssel ratifiziert wird.** Eine Vielzahl weiterer Gründe spricht ebenfalls gegen die vorgenannten Handelsabkommen.

In Delaware ansässige Offshore-Gesellschaften werben offen mit Diskretion, der Firmengründung innerhalb von zwei Tagen, wettbewerbsfähigen Preisen, mit voller Transparenz und Vertraulichkeit, zugeordneter Verwalter, die ganzjährig zur Verfügung stehen, und für Dritte unzugänglichen Bankkonten usw.

Peter A. Cotorceanu, Mitarbeiter in einer Anwaltskanzlei in Zürich, formulierte es in einem Rechtsjournal aufgrund der Enthüllung der Panama-Papers wie folgt: *„Hören Sie dieses gewaltige Schlurfgeräusch? Es ist der Klang des Geldes, das in die USA strömt.“*

Hinter diesen medienwirksamen Enthüllungen verbirgt sich der Plan der Finanzoligarchie, das weltweite Kapital u. a. in den USA zu konzentrieren zur Schaffung einer globalen Zentralbank und der Gleichschaltung des Weltfinanzmarktes unter einer digitalisierten/bargeldlosen Weltwährung. Somit werden die nationalen Banken letztendlich zeitnah überflüssig und die finanzielle Hoheit über jeden einzelnen Marktteilnehmer kontrollier- und beeinflussbar. Eine zwingende Voraussetzung hierfür ist die Oberhoheit über den massiv vorangetriebenen digitalisierten Handel aller Güter und Informationen/Dienstleistungen. Hierfür werden internationale Handelspartnerschaften wie TTIP, TISA, CETA und TPP zwingend benötigt. Diese Prozesse verlaufen parallel und werden den jeweils aktuellen Rahmenbedingungen angepasst/modifiziert. Objektiv können die Globalplayer weder diese Entwicklung zur Vermeidung ihres eigenen Untergangs negieren noch im Rahmen der Umsetzung ihrer selbstdefinierten Ansprüche außer Acht lassen.

c)

Offenkundig ist, dass fast alle Kriege der USA seit 1944 und der erbittert geführte Währungskrieg, der seit Jahrzehnten tobt, nur einem Ziel untergeordnet sind, den seit 1971 nicht mehr mit Gold gedeckten Dollar (sondern mit Rohstoffen/Erdöl) fortwährend Leben einzuhauchen, um eine von den USA bzw. einer global agierenden Finanzoligarchie dominierte unipolare Welt unter einer bargeldlosen neuen Weltwährung dauerhaft zu etablieren.

Bereits John Maynard Keynes schrieb in seinem Werk „Krieg und Frieden“, dass der einzige wahre ökonomische/militärische Nutznießer des 1. und 2. Weltkrieges die USA waren. Diese ökonomische Tatsache lässt bei einigen einflussreichen Hardlinern die verheerende Hoffnung aufkeimen, dass mit einem Dritten Weltkrieg dauerhafte, unumstößliche Eckpfeiler für die neue Weltordnung in ihrem Sinne errichtet werden können. Gerade auch im Hinblick auf die häufig praktizierte Sanktionspolitik der westlichen Staaten und deren verheerenden Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung sollte Anlass sein, aus dem Erfahrungsschatz J.M. Keys die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen.

Die aktuelle Sanktionspolitik gegen Russland, deren maßgeblicher Vorreiter die Bundesrepublik zum Nachteil ihrer eigenen Wirtschaft ist, wird hingegen von den USA für eigene profitable Handelsbeziehungen mit Russland aufgrund der wegbrechenden Märkte für die Europäer ohne Scham oder moralische Bedenken genutzt. Dennoch sprach sich die Bundeskanzlerin erst jüngst erneut für verschärfende Sanktionen gegen Russland aus, mit weiteren verheerenden wirtschaftlichen Folgen zu Lasten der deutschen/europäischen Wirtschaft. Parallelen zu den Sanktionen gegenüber dem Iran und weiterer Staaten sind unverkennbar (eine Form des Wirtschaftskrieges von vielen ohne eine nennenswerte europäische Gegenwehr). Verschärfte Sanktionen gelten als ein Instrument der US-Außenpolitik (hegemoniales Krisenmanagement) und sind gleichzeitig Bestandteil des Überlebenskampfes des US-Dollars vor seinem drohenden Niedergang (aufgrund seiner völligen Überbewertung).

d)

Hoffnungen/strategische Ziele, welche die westlichen Staaten mit der Sanktionspolitik gegen Russland verbanden (Schwächung/Zerstörung des russischen Finanzsystems und des ökonomischen und militärischen Sektor Russlands und die inneren Unruhen aufgrund der Verschlechterung der Lebensverhältnisse, Finanzierung von Oppositionsparteien und „Widerstands“gruppen zum Zwecke der Provokation/eines Regimchanges usw.), haben sich nicht erfüllt, ganz im Gegenteil. Diese gravierende Fehleinschätzung im Rahmen der Wahl der Mittel hat primär Westeuropa geschwächt und war für Russland ein Katalysator, die eigenen Ressourcen besser zu nutzen, die eurasische Karte auszuspielen und eigene Reformen in fast allen Bereichen des gesellschaftlichen Seins, primär auch in der Landwirtschaft voranzutreiben, trotz parallel wachsender gravierender innerstaatlicher Probleme.

Autarkie spielt in der strategischen Planung Russlands seit dem unerklärten Finanz- und Wirtschaftskrieg eine wachsende Rolle. Deutsche/europäische Unternehmen geraten stattdessen durch diese Politik ins Abseits, wohingegen die britische BP weitere große Milliardenverträge mit Russland/Rosneft schlossen. Im Kampf um die Energieressourcen kommt niemand – auch nicht die USA - an Russland, Kasachstan und weiteren mit ihnen verbündete Staaten vorbei. Der Vormarsch der so genannten BRICS-Staaten ist trotz der Entwicklung in Brasilien nicht aufzuhalten. Die Annäherung Russlands und Chinas an Australien, Neuseeland, Indonesien, Pakistan und aktuell den Philippinen dokumentiert sich bereits in einer Vielzahl von bilateralen und multilateralen Verträgen auch mit dem Ergebnis der Eindämmung der Dollarhegemonie.

e)

Trotz aller schmerzlichen Erfahrungen und begründeter Warnungen wurde das heutige Geldsystem innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung bisher keiner grundlegenden Neuausrichtung vorrangig zur Vermeidung der Verschwendung von Ressourcen – einhergehend mit einer Überproduktion und einer flächendeckenden geplanten Obsoleszenz - einem sich verselbständigenden Geldsystems (Schattenbanken) und weiterer verheerender Kriege schlussendlich unterzogen.

Verheerende Kriege wären im Rahmen eines straffen auf Stabilität ausgerichteten Geldsystems vom Grundsatz her nur begrenzt führbar und ließen sich für den Fall des Ausbruchs zeitlich begrenzen oder gänzlich vermeiden.

Hüter eines stabilen Geldsystems in der Bundesrepublik Deutschland wurden spätestens in den 70-er/80-er Jahren des 20. Jahrhunderts ihrer Rechte und Möglichkeiten an historisch definierten Ansprüchen an eine harte Währung/DM beschnitten, aufgrund der Einflussnahme

von „Realpolitikern“ unter Vorgabe behaupteter ökonomischer, politischer Zwänge. Unbeugsam und somit Ausnahmen im Rahmen dieser verheerenden Geldpolitik waren Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland, wie Alex Möller und Karl Schiller. Sie haben unmissverständlich öffentlich erklärt, nicht entgegen ihrer historisch begründeten Grundüberzeugung der Notwendigkeit der Stabilität der deutschen Währung zu handeln, nach dem Motto: <Nach mir die Sintflut>.

Seinen Ausgangspunkt hatte diese aktuelle inflationäre Geldpolitik bereits 1971 als die USA vertragswidrig, einseitig den globalen Goldstandard zum Schutz ihrer ökonomischen Interessen medienwirksam durch Richard Nixon aufkündigen ließ. Es war gleichzeitig auch der Beginn einer globalen Abkehr von den Lehren der Notwendigkeit des Bestehens eines stabilen Geldsystems, u.a. zur Vermeidung von zukünftigen Weltkriegen. Das zweite Glass-Steagall-Gesetz wurde mehrfach modifiziert und 1999 unter Präsident Bill Clinton mit dem Gramm-Leach-Bliley Act schließlich komplett aufgehoben und aufgrund dessen wurden dem ungezügelten – für unseren Planeten in allen Bereichen nachteiligen - Handel mit Finanzprodukten der global agierenden Finanzinstitute Tür und Tor geöffnet. Bestimmt wird die aktuelle Geldpolitik in Europa von „Währungshütern“, die vorrangig aus Schülern der Wall Street und/oder der City of London und weiteren systemrelevanten Banken bestehen.

Zur Umsetzung ihrer im Geheimen gehaltenen Agenda werden seit Jahrzehnten tendenziell zunehmend Schaltstellen der Finanzpolitik und Finanzverwaltung mit ehemaligen Wirtschaftsmanagern bzw. vorrangig Mitarbeitern großer Finanzkonzerne u.a. mit politischen Ämtern betraut und das mit verheerenden/existenziellen Folgen (da ausschließlich profitorientiert und auf eine neue bargeldlose Weltwährung eingeschworen). Beispielhaft sei auf **Horst Köhler**, ehemaliger Bundespräsident und ehemaliger geschäftsführender **Direktor des IWF**, **Henry Paulson**, **ehemaliger Vorsitzender und CEO der Investmentbank Goldman Sachs** und unter Präsident George Bush Finanzminister der USA, **Mario Monti**, **ehemaliger Ministerpräsident Italiens** und zugleich **internationaler Berater bei Goldman Sachs** und **Coca-Cola** und u.a. Mitglied der Trilateralen Kommission, **Loukas Papadimos**, **ehemaliger griechischer Premierminister** und Chef der damaligen **griechischen Übergangsregierung** verwiesen. Von 1994 bis 2002 war Papadimos Gouverneur der Bank von Griechenland. In seine Amtszeit fiel der Übergang von der **Griechischen Drachme** zum **Euro** in enger **Zusammenarbeit mit Goldman Sachs**. **Paul Wolfowitz**, von 2005 bis 2007 **Präsident der Weltbank** mit engen Verbindungen zu Goldman Sachs, **Robert Zoellick** war bis 1997 Vizepräsident der **Hypothekenbank „Fannie Mae“** (*Federal National Mortgage Association*) und u.a. *Professor für National Security* und forschte am Belfer Center for Science and International Affairs der **Universität Harvard** und war ebenfalls **Berater für die internationale Agenda der Investmentbank Goldman Sachs** und **Präsident der Weltbank**. **Petros Christodoulou**, seit dem 19. Februar 2010 ist er **Chef der staatlichen griechischen Schuldenagentur** in der damaligen Regierung des Ministerpräsidenten **Giorgos Papandreou**. Er **arbeitete bei der Credit Suisse First Boston in London, bei Goldman Sachs** und **JP Morgan**. Ab 1998 war er Vizepräsident der National P&K Securities und der **National Bank of Greece**.

Philip D. Murphy, **US-amerikanischer Diplomat und Investmentbanker** - von 2009 bis 2013 war er **Botschafter der Vereinigten Staaten in Deutschland**. Von 1993 bis 1997 leitete Murphy das **Frankfurter Büro von Goldman Sachs**, wo er für die Aktivitäten in Deutschland, der Schweiz und Österreich sowie in den damals aufstrebenden Volkswirtschaften Mitteleuropas verantwortlich war. **Robert Edward Rubin** war der **Finanzminister der USA** von 1995 bis 1999. In seiner Amtszeit kam es u. a. zur Aufhebung des **Glass-Steagall Act**, dem Gesetz zur Trennung von Kredit- und Investmentbanken. Diese verheerende Entscheidung ermöglichte u.a. diverse Fusionen z.B. der **Travelers Group**, der

Citicorp zur Citigroup und ungehinderte Spekulationen. Rubin **arbeitete** von 1964 bis 1992 **bei der amerikanischen Investmentbank Goldman Sachs**. **Timothy Franz Geithner** war von Januar 2009 bis Januar 2013 **US – Finanzminister** und zuvor von Oktober 2003 **Präsident der Federal Reserve Bank of New York**. Seit 2006 ist er Mitglied der in Washington gelegenen und einflussreichen Finanzberatungsstelle Group of Thirty und des Council on Foreign Relations.

Mario Draghi ist seit dem 1. November 2011 **Präsident der Europäischen Zentralbank** (EZB). Draghi war der **ehemalige Vizepräsident von Goldman Sachs** International und ist derzeit zudem Vorstandsmitglied der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel und Mitglied in der von der Rockefeller-Stiftung gegründeten privaten Lobbyorganisation der Finanzwirtschaft, der Group of Thirty.

Die Liste weiterer Emissäre der global agierenden Finanzwirtschaft wäre mehrere Seiten lang und bestätigt, dass die systemrelevanten Banken direkten Einfluss auf die Finanzpolitik der noch souveränen Staaten zur Umsetzung ihrer finanzpolitischen Interessen nehmen. Das größte Finanzexperiment der Geschichte ist aktuell in vollem Gange und wird ohne Zweifel zeitnah in einem letztendlich gesteuerten oder außerplanmäßigen Desaster enden, jedoch mit dem definierten Ziel der Errichtung einer alternativlosen global kontrollierten Herrschaft des Finanzkapitals im neuen Gewand. Mit der britischen Premierministerin Theresa May (als ehemalige Mitarbeiterin der Bank of England und als finanzielle Beraterin für die UKPA-Association for Payment Clearing Services) und dem nunmehrigen französischen Präsidenten Emmanuel Macron, als ehemaliger Investmentbanker bei der Pariser Investmentbank Rothschild & Cie, hat die global agierende Finanzoligarchie ihre Emissäre/Vertreter (Identität der Sichtweisen und Denkstrukturen) nunmehr auch in den höchsten Staatsämtern integriert. Es wird sich zeitnah bewahrheiten, dass diese vorgenannten Damen und Herren ihre Sicht der Dinge über die Funktion des Finanz- und Wirtschaftsmarktes in die Tat umsetzen werden, mit verheerenden sozialen Einschnitten und eines ungehinderten Transits von Vermögen von unten nach oben (Griechenland lässt grüßen).

f)

„Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit, wie die Natur von der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. 10% sicher, und man kann es überall anwenden, 20% es wird lebhaft, 50%, positiv und waghalsig, für 100% stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinem Fuß, 300% und es existiert kein Verbrechen, dass es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens.“ (ein Zitat von P. J. Dunning, das Karl Marx in seinem Hauptwerk „Das Kapital“ bekannt machte) und bestätigt somit das Zitat Bertold Brechts in seinem Werk „Der unaufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui“ – „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.“

Aktuell bestimmen nachgerückt folgende Vermögensverwalter/Heuschrecken den Kapitalmarkt. Primus unter ihnen ist Blackrock mit einem verwalteten Vermögen von mehr als 4652 Mrd. US-Dollar, gefolgt von Vanguard mit einem verwalteten Vermögen von mehr als 3148 Mrd. US-Dollar, State Street mit einem verwalteten Vermögen von mehr als 2448 Mrd. US-Dollar, Fidelity Investments mit einem verwalteten Vermögen von mehr als 1974 Mrd. US-Dollar, Capital Group mit einem verwalteten Vermögen von mehr als 1397 Mrd. US-Dollar, Northern Trust mit einem verwalteten Vermögen von mehr als 934 Mrd. US-Dollar usw.

Alle vorgenannten Vermögensverwalter haben Ihren Stammsitz in den USA. Unter den Top 10 befindet sich lediglich ein europäisches Finanzinstitut - Amundi mit einem verwalteten Vermögen von mehr als 1053 Mrd. US-Dollar mit Sitz in Frankreich.

Hinzu kommen Private Equity (außerbörsliche Eigenkapitalverwalter) wie Blackstone, Carlyle, Apollo Global Management, KKR Kohlberg Kravis Roberts, CVC Capital Partner, Texas Pacific Group, Warburg Pincus usw. Unter den Top 10 der Welt haben wiederum 9 hiervon ihren Stammsitz in den USA.

Oftmals entziehen sich diese vorgenannten Finanzverwalter jeglicher staatlicher Kontrolle und steuern dennoch - aufgrund ihrer erworbenen, nicht selten erpressten Vermögensanteile - die globale warenproduzierende Industrie, Versicherungen aller Branchen, den Freizeit- und Entertainmentsektor, die Pharmazie, den militärisch-industriellen Komplex, die Logistik, die High-TEC-Industrie, die Energie- und Rohstoffgewinnung, die Automobilbranche, den Bankensektor bezüglich ihres Marktwertes und ihrer strategischen Ausrichtung. Tatsache ist, dass z. B. Blackrock, aufgrund seiner Anteile an den DAX-notierten Unternehmen mit ca. 5-8% je Unternehmen, die deutsche Wirtschaft maßgeblich mitbestimmt.

Ihre Emissäre in öffentlichen Ämtern des Finanz- und Wirtschaftssektors und innerhalb der Schaltstellen der Politik in fast allen Industriestaaten haben deren Probleme lediglich verstärkt/vertieft und den Reichtum und die Macht des Finanzkapitals gemehrt und das Abhängigkeitsverhältnis von diesem einen Prozent der Weltbevölkerung und ihren Hochburgen an der Wall Street, der City of London und den größtenteils in privater Hand befindlichen Zentralbanken in Großbritannien und den USA vergrößert. Die vermeintlichen „Hüter“ unserer Geldsysteme, primär im angelsächsischen Raum, vertreten die Auffassung, dass die enormen Verschuldungen von Staaten, Privathaushalten, Industriezweigen usw. dadurch gemanagt werden können, indem die Schulden letztendlich den wahren Schöpfern materiellen Reichtums, den Bürgern aufgebürdet werden.

Spätestens seit 2008 wurden im globalen Maßstab von den vorgenannten Damen und Herren Maßnahmen zum Zwecke des Hinauszögerns einer globalen Kernschmelze des Finanz- und Wirtschaftssystems in einem geschichtlich einmaligen, auf dem ersten Blick selbstzerstörerischen Ausmaß getroffen. Hierzu gehören u.a. auch der in Planung befindliche Zugriff auf die Bankkonten eines jeden Bürgers, die Zwangsbeteiligung von Sparern und Anlegern zur Rettung eines parasitären Finanzsystems mit dem Ziel der Durchsetzung eines bargeldfreien Geschäftsverkehrs und der bereits erwähnten absoluten individuellen/kollektiven Kontrolle im Interesse einer nimmersatten Finanzoligarchie (mitnichten zugunsten der arbeitenden Bevölkerung).

Unter Zugrundelegung der Gewaltenteilung in der Bundesrepublik Deutschland und allen demokratischen Staaten muss konstatiert werden, dass sowohl die Legislative, Exekutive und Judikative durch die Herrschaft einer weiteren Gewalt, der des Groß- und Finanzkapitals, maßgeblich mitbestimmt wird. Dass diese Ausführung einen tieferen Hintergrund hat, zeigt sich wie z. B. die EZB oder die City of London, die Wall Street auf politische Entscheidungen Einfluss nehmen und die Exekutive und Legislative im Rahmen ihrer Entscheidungsfindung auch massiv unter Druck setzen. So war es die EZB unter Trichet und Dragi, die massiven Einfluss auf politische Entscheidungen des griechischen Ministerpräsidenten Papandreou oder des italienischen Ministerpräsidenten Berlusconi im Zusammenhang mit dem Begehren, die europäische Union zu verlassen, bzw. ein Referendum hierzu zuzulassen, genommen hat.

IX.

Seit den 70-er und 80-er Jahren des 20. Jahrhunderts vollzog sich parallel zu der veränderten Geldpolitik in der westlichen Hemisphäre auch ein Wandel im Umgang mit den ehemaligen Kolonien der führenden Industriestaaten. Diese Staaten dienten/dienen den ehemaligen

Kolonialmächten und nunmehr auch den USA als Absatzmärkte und Rohstofflieferanten. Einige bezeichnen es als den Fluch ihres natürlichen Rohstoffreichtums. Letztendlich ist es jedoch die Ausbeutung von Staaten/Völkern in kolonialer Manier. Die von den Zentralbanken der USA und Großbritannien sowie dem IWF und der BIZ vorgegebenen „Allgemeinen Geschäftsbedingungen“ der Kreditierung von unterschiedlichsten Entwicklungsprojekten waren und sind mit einer Vielzahl von Rahmenbedingungen verknüpft, die eine erneute exorbitante Verschuldung der noch jungen Nationalstaaten/der Dritten Welt zur Folge haben. Der - teilweise auch aufgezwungenen - Kreditgewährung folgten vertragsgemäß auch der Import von Industriegütern und die Verpflichtung zur Aufrüstung ihres Militärs in einer unverhältnismäßigen Größenordnung zum einheimischen BIP, die letztendlich den wahren Interessen dieser Staaten diametral entgegenstanden (u.a. auch um neue Absatzmärkte des Militärisch-Industriellen-Komplexes zu sichern und längerfristig in Planung befindliche kriegerische Auseinandersetzungen auch militärisch, entsprechend der jeweiligen Interessenlagen, umzusetzen/zu steuern). Diese Form der Finanz- und Wirtschaftspolitik orientiert sich nicht auf den Zeitraum von Legislaturperioden, sondern ist letztendlich auf Jahrzehnte/Jahrhunderte ausgerichtet. Unverhältnismäßig wurde - auch seitens der BRD - der afrikanische Kontinent im Großen und Ganzen mit Waffen und Munition aller Waffengattungen im Rahmen der Entwicklungshilfe aufgerüstet. Die Entwicklungshilfe diente letztendlich auch diesem ökonomischen/außenpolitischen Ziel, der Sicherung des permanenten Rohstoffzuflusses.

Logische Folge/Konsequenz war eine erneute Auslandsverschuldung dieser ehemaligen Kolonien in einem unverhältnismäßigen/gigantischen Ausmaß, auch aufgrund der Wirkmechanismen des aufgezwungenen Zins- und Zinseszinsystems.

Eingegangene/aufgezwungene Zinsverpflichtungen sind für die Staaten der Dritten Welt tödlich und brachten sie in eine wirtschaftliche/politische Abhängigkeit, die wir zu Recht als neue Finanzkolonialisierung definieren können.

Ausnahmen bestätigen die Regel. So war es Anliegen des ehemaligen Chefs der Deutschen Bank - Alfred von Herrhausen -, der in Kenntnis der dauerhaften fatalen Folgen dieser Finanzpolitik gegenüber den Staaten der Dritten Welt, deren maximale Entschuldung einforderte.

Dieses edle Ziel wurde nur marginal - auch aufgrund seines gewaltsamen Todes und globaler Interessenlagen - umgesetzt, einhergehend mit einer erneuten stetigen fortschreitenden Finanzkolonisierung. Profiteure dieser verheerenden Politik sind wiederum primär der Wirtschafts- und der Finanzsektor der Industriestaaten westlicher und fernöstlicher Prägung. Die Finanzpolitik der kreditierenden Banken ist u.a. auch auf die Lieferung billiger Rohstoffe und auf die Eroberung neuer Binnenmärkte ihrer westlichen Kunden ausgerichtet und auch auf einen nicht versiegenden Strom an finanziellen Rückflüssen, einhergehend mit der Gewährung von notwendig werdenden Überbrückungskrediten auch aufgrund der exorbitanten erzwungenen Zinsverpflichtung und der stetigen Manipulierung der Rohstoffpreise zu Gunsten der Industriestaaten, die die Verelendung immer größerer Bevölkerungsschichten in diesen Staaten zur Folge hat. Der Finanzterrorismus geht auch in der Dritten Welt einher mit einer wachsenden Korruption, Kriminalität, Prostitution, Kinderarmut, einer hohen Kindersterblichkeit, sinkenden Lebensstandards und Lebenserwartungen, epidemischen Erkrankungen (wie z.B. AIDS, Cholera) Hoffnungslosigkeit, einer massenhaften Abwanderung auch von sehr gut ausgebildeten Arbeitskräften, Stammesauseinandersetzung, dem Zerfall familiärer Strukturen, dem Raubbau an den natürlichen Ressourcen in diesen Staaten, einer stetig steigenden Verschuldung,

humanitäre Katastrophen größten Ausmaßes, d. h. dem Zerfall gesellschaftlicher/staatlicher Strukturen, usw. Denen, die an diesem Elend der Dritten Welt verdienen, wurde bereits in mehreren Filmen ein „Denkmal“ gesetzt, wie z.B. „The Wolf of Wall Street“.

Susan George, eine bekannte US-Publizistin, setzte sich mit dieser Entwicklung des Öfteren kompetent auseinander und betitelte eines ihrer Bücher mit den Worten „Sie sterben an unserem Geld“. Zu unterstreichen ist insbesondere ihre Feststellung, **„Der [wahre] Terrorismus der heutigen Welt ist der Terrorismus des Geldes.“**

Eine Folge des Finanzterrorismus ist – wie bereits dargelegt - das weitere unvermeidbare, spannungsgeladene Auseinandertriften vermeintlich armer und reicher Staaten, wobei die Konzentration von ökonomischer Macht in den Händen einiger weniger sich immer weiter verstärkt zu Gunsten der „Eliten“, d.h. diesen Ebenezer Scrooges, den Gundermanns, den W. Buffetts, G. Soros und vieler Weiterer, deren Einfluss mit ihrem „Blutgeld“ auf die Politik und die ökonomische Entwicklung ganzer Nationen/Kontinente immer stärker zunimmt, auch in den Staaten, in denen ihr Raubrittertum seinen Ursprung hatte. Vereint sind diese Raubritter vorrangig angelsächsischer Prägung in dem Ziel, das bestehende Dollarsystem vorerst mit allen ökonomischen, politischen, juristischen, militärischen und kriminellen Mitteln zu erhalten oder für den Fall des Niedergangs in ihrem Sinne zu perfektionieren.

Herr Barnett, ein einflussreicher „Vordenker/Visionär“ der US-amerikanischen Machteliten definierte die ökonomische und militärische Machtentfaltung der USA zu Lasten Dritter u. a. wie folgt:

„Amerika hat sich darauf spezialisiert, seine Staatsschulden zu exportieren und fast alles andere zu importieren. Wie schaffen wir es, derart über unsere Verhältnisse zu leben und dabei riesige Defizite einzufahren? Wir bringen eben die Welt dazu, unsere Schuldscheine zu kaufen, weil sie Uncle Sam vertraut und der Dollar verhältnismäßig billig ist... Das Geschäft mit unseren Schuldscheinen „treasurybills“ ist umwerfend einfach. Wisst ihr, was es kostet, diese kleinen Papierfetzen zu drucken? Fast nichts! Und wisst ihr, was wir als Gegenleistung bekommen? Videorecorder, Autos, Computer und so weiter! Hört auf zu jammern, denn sollte die Welt jemals darauf kommen, welch großartiges Luftgeschäft wir betreiben, könnten wir in arge Schwierigkeiten geraten.“ Doch wie sollen die USA die Globalisierung durchsetzen? **„Mangel Erkennens eines klar umrissenen Feindbildes, beschlossen wir einfach, die Rolle der größten Bedrohung dem radikalen Islam zuzuschieben. „Meine Vermutung ist, dass es einen Auslöser geben wird, der ähnlich ist wie 9/11, um das Endspiel in Bewegung zu setzen – ein Ereignis, durch das das Weiße Haus überall Unterstützung erhält.“**(Verschwörungstheorie oder Vorwissen?)

Offenkundig wurde der Export von Staatsschulden und „faulen“ Krediten im Zusammenhang mit der so genannten Suprime-Krise, spätestens 2008 ff. Ein juristisches Nachspiel hatten diese strafbewährten Handlungen US-amerikanischer Banken, wie z. B. von Fannie Mae und Freddie Mac, auch zu Lasten des deutschen Steuerzahlers/Kapitalanleger bisher nicht. (Dies war die Geburtsstunde von Bad Banks und horrenden Konjunkturprogrammen und Hilfspaketen usw.) Stattdessen werden aktuell z. B. europäische Banken mit Schadensersatzklagen von Übersee überhäuft, da sie auf dem US-amerikanischen Markt Finanzprodukte verkauft haben, die den Anlegern, aufgrund unzureichender Hinweise auf den Grad des eingegangenen Risikos, erhebliche Verluste einbrachten. Der Vorwurf bezieht sich auch auf die Nichtbeachtung von Sanktionslisten oder der Beihilfe der Steuerhinterziehung usw. So ist zumindest die offizielle Darstellung der US-Behörden. Die erneut hiervon

betroffene Deutsche Bank oder andere große Globalplayer in diesem Segment könnten aufgrund dessen der Auslöser eines weltweiten Finanztsunamis werden, dem die Völker/Regierungen aufgrund der Dimensionen gelinde gesagt hilflos gegenüber stehen würden. Auf die Deutsche Bank bezogen wäre der tatsächliche Auslöser die in ihren Büchern verbrieften OTCs in einer Höhe, die die Vorstellungskraft der meisten Bürger übersteigt (ca. 46 Billionen Euro). Gegenwärtig hat es den Anschein, dass die Deutsche Bank gezielt sturmreif geschossen wird (keine Unterstützung seitens der Bundesregierung oder dem IWF, Milliardengeldstrafen ausgehend von den USA usw.).

Der Finanzweltkrieg hat nunmehr eine Phase erreicht, in der jederzeit der künstlich, kontrollierte Zufluss an „gedrucktem“ Geld und eine Veränderung der Zinspolitik zu einer gewollten globalen Kernschmelze des Finanz- und Wirtschaftssystems führen kann. Den meisten unwissenden Finanzexperten steht neuerdings die Angst über einen globalen Finanzcrash ins Gesicht geschrieben – und dies zu Recht (laut dem ehemaligen Finanzminister Steinbrück waren die globalen Erschütterungen 2008/2009 unseres Finanzsystems bereits ein Blick in den Abgrund).

Der dem Kapitalismus wesenseigene permanente Überlebenskampf geht letztendlich einher mit einem stetigen Wachstumszwang, um die zinslastbedingte Verarmung durch eine stetige Steigerung der Wirtschaftsleistung der betreffenden Staaten/aller Marktteilnehmer (Erhöhung des Bruttosozialprodukts) in den westlichen Industriestaaten abzuwenden/hinauszuzögern. Die verheerenden Auswirkungen gleichen denen in der Dritten Welt, jedoch auf einem höheren Niveau. Folgeerscheinungen dieser verfehlten Finanz- und Wirtschaftspolitik widerspiegeln sich auch in der Zunahme an sozialen Ungleichgewichten und der Zunahme von Gewalt, Korruption (Kriminalität in allen Schattierungen) und drohenden bürgerkriegsähnlichen Entwicklungen.

Ungeachtet dieser Entwicklung ist für den designierten Bundespräsidenten, Herrn Gauck, nicht die Elite das Problem unserer Tage, sondern die Bevölkerung (dem Schöpfer allen materiellen und kulturellen Reichtums).

X.

a.

Es dürfte unstrittig sein, dass die Gier der Finanz“Eliten“ sowie der Patriarchen großer Wirtschaftsunternehmen nach noch mehr materiellen Reichtum (da systemimmanent) auch mit dem Ziel der ungebremsten Einflussnahme auf die Weichenstellung der regierenden Parteien/Personen einhergeht. Sie bedienen sich des stetigen Kampfes der widerstreitenden global agierenden Staaten – gepaart mit der Forderung nach weiterem politischen/ökonomischen Einfluss unter Ausnutzung aller geldpolitischen/steuerlichen Möglichkeiten und dem Versagen der Politik in diesem Segment. Die Liste der Beispiele hierfür - nur auf Deutschland bezogen - wäre seitenlang. Erinnerung sei an die erst jüngst bekannt gewordenen Cum-Ex- und Cum-Cum-Geschäfte, die den deutschen Steuerzahler zu Gunsten einiger weniger im großen Haifischbecken um mehrere Milliarden an Steuereinnahmen erleichterten/betrogen. Ungerechtfertigte steuerliche Vorteile, auch aufgrund gewählter Standorte von Großunternehmen, zeigen auf, dass es diesen bevorteilten Milliardären, die sich auch gern als Mäzenen für Kunst und Kultur und als Experten zu den drängendsten Problemen auf unserem Planeten öffentlich darstellen, primär jedoch darum geht, ihren unverschämten Reichtum zu legitimieren und gegenüber ihren Kunden und den Regierenden zu rechtfertigen. Im Blendwerk dieser selbsternannten „Mäzen“ bewegt sich ein Teil unserer Politiker und huldigen sie aufgrund ihres Engagements im Interesse der

Gesellschaft. Wer hat nicht die Fotos von Politikern mit Herrn Maschmeyer vor Augen oder Friede Springer sowie Liz Mohn, den Größen der Deutschen Bank und vieler weiterer Einflüsterer.

„Wir leben letztendlich im Zeitalter des organisierten Diebstahls; eines so raffinierten Diebstahls, dass der Geschädigte kaum merkt, wie er bestohlen wird, und der Dieb seine Finger gar nicht zu beschmutzen braucht, um fremdes Gut an sich zu bringen.“
(Lansburgh)

b.

Als Bundestagsabgeordneter ist Ihnen die Struktur der informellen Kommunikation in Berlin, Brüssel und anderen Hauptstädten sicherlich hinlänglich bekannt. Einige von Ihnen haben sicher schon an Hintergrundgesprächen in Hintergrundkreisen teilgenommen. Es existiert ein umfassendes Geflecht, in dem Journalisten und Politiker Informationen austauschen und Absprachen über deren Gebrauch und dem Kontext/der Interpretation der Veröffentlichung treffen. Neben der informellen Kommunikation gibt es parallel eine formelle Kommunikation. In diesem Geflecht entstehen/bestehen Abhängigkeitsverhältnisse und es werden Vereinbarungen getroffen über Umfang und Kontext der Freigabe vertraulicher Informationen.

Gespräche (Vier-Augen-Gespräche im Rahmen exklusiver Hintergrundkreise) werden u. a. im Café „Einstein“ im Restaurant „Borchardt“, im „Cinque“ im „Bocca di Bacco“ und „Chez Moritz“ geführt. Je nach politischer Ausrichtung und parteipolitischer Ebene/Hierarchie stehen Zirkel, wie Der Gelbe Kreis, Der Brückenkreis, Die Millionäre, Das Rote Tuch, Enklave, Das Kartell, Das Korrespondentenkollektiv KOKO, Der Dresslerkreis, Der Provinzkreis, Berliner Zimmer, U30, Tacheles, Vino Rosso, Vier Sterne Kreis, Salon Wissen, Antenne, unter Ausschluss der Öffentlichkeit den Politikern und Journalisten im Rahmen ihrer konspirativen Treffen zur Verfügung.

Erklärlich wird daher auch, dass bei dieser Form der Informationspolitik (auch unter den inhaltlichen Vorgaben/Kriterien der Eigentümer der Medien/Medienvertreter) es zu einer Gleichschaltung der Presse/der Medien zwangsläufig kommen muss mit dem Ergebnis einer bewusst herbeigeführten Fehl-/Desinformation. Hinlänglich wird in diesen Kreisen die Auffassung vertreten, dass der Souverän überfordert ist, die Zusammenhänge zu erfassen. Aufgrund dessen sind die Entstehung neuer Strömungen im politischen Segment unserer Republik, wie z.B. der Pegida oder der AfD, der Piraten usw., nicht verwunderlich, sondern eine Konsequenz dessen.

XI.

Der Einfluss der Finanz- und Wirtschaftsstrukturen auf die aktuelle Politik ist, wie bereits unter Beweis gestellt, tendenziell zunehmend. Über ihre Lobbyisten und Anwaltskanzleien fordern sie u.a. ein mehr an gesetzlich konformen Möglichkeiten zum Zwecke der Optimierung ihrer Profite/Absatzmärkte/globalen Konkurrenzfähigkeit ein. Gemeint ist nicht die Vielzahl von Lobbyisten, die für regional oder auch international tätige mittelständische Unternehmen in Ihrem Hause vorsprechen.

Dieser Prozess ist jedoch in ein Stadium getreten, sodass von einer Symbiose zwischen Politik und den maßgeblichen Finanz- und Wirtschaftsstrukturen (too big to fail) in unserer Gesellschaft zum Vorteil Letzterer gesprochen werden muss (ca. 3000 Lobbyisten in Berlin und ca. 30.000 in Brüssel).

Vorrangig sind es diejenigen, die aufgrund ihrer enormen finanziellen Ressourcen maßgeblich auf die Wahl der Entscheidungsträger innerhalb der Gesellschaft Einfluss nehmen, um sie für ihre Zwecke im Rahmen der Errichtung einer neuen Weltordnung nach ihrem Bilde und ihren Wertmaßstäben zu vereinnahmen. Auf den Punkt gebracht, hat diese Entwicklung der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer, indem er ausführte:

„Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.“

Solange sich an dieser Tatsache/den teilweise obskuren Auffassungen der politischen „Eliten“ nichts ändert, werden die Finanzoligarchie, die Vertreter des militärisch-industrielle Komplexes und der Großkonzerne in ihrer gesamten Breite im Rahmen ihres bisherigen Handelns auch als Großspekulanten den Weg nach einem mehr an Profit suchen bzw. hierfür den Weg ebnen, indem sie den Politikern weltweit suggerieren, das eine globale militärische Ausrichtung, wie wir sie aktuell in einem erschreckendem Ausmaß erleben, zwingend erforderlich ist, z. B. um den Herausforderungen gegenüber Russland und China usw. Rechnung tragen zu können.

Nutznießler des 1. und 2. Weltkrieges waren – wie bereits angemerkt - große Teile der Finanzoligarchie in den USA und deren Rüstungskonzerne. Wer diese Lektion nicht verstanden hat, wird das aktuelle Handeln und Streben dieser Kreise fehlinterpretieren.

Der Erfahrungsschatz des 1. und 2. Weltkrieges hat unmissverständlich offengelegt, dass der Appell an Moral und Ethik auch in der Wirtschaft bei denen, die stetig systembedingt nach Maximalprofit streben, förmlich abprallt.

Daher ist die Einschätzung Berthold Brechts, dass „Der Schoß, aus dem es kroch, noch fruchtbar ist.“, 100-fach zu unterstreichen.

Systemrelevant ist auch, dass geschichtliche Zusammenhänge oftmals verfälscht und nicht ursachenbezogen aufgearbeitet werden. Die Folgen sind letztendlich auch auf die aktuelle Situation bezogen dramatisch. Dies betrifft insbesondere die Ursächlichkeit des 1. und 2. Weltkrieges und auch die aktuellen Ereignisse, die stets interessenbezogen geschichtlich „interpretiert“ werden.

Krieg in all seinen Facetten - und hierunter fallen der Währungs-/ Wirtschaftskrieg, der Bürgerkrieg, der Krieg der Medien, der Cyberkrieg, der Rohstoffkrieg, der initiierte Krieg der Kulturen, der Krieg der Geheimdienste und auch die Entfesselung eines heißen Krieges – stellt auch zukünftig eine Option im Rahmen der Profitmaximierung, auch unter den heutigen militärischen Bedingungen dar.

Die in ihrer ökonomischen Vormachtstellung bedrohte Finanz- und Wirtschaftselite der USA und anderer Orts (nicht das Volk, da es selbst Opfer ist und ein Großteil bereits hochverschuldet, verarmt und ausgegrenzt ist) hat bereits mehrfach unter Beweis gestellt, dass sie keine Skrupel kennt, einen Krieg vom Zaun zu brechen. Keine Lüge ist ihnen zu groß, ihr Handeln zu bemänteln. (9/11, Brutkastenlüge, chemische Waffen im Irak - Rafid Ahmed Alwan alias Curveball lässt grüßen).

Zur Wahrung ihrer finanziellen Vorteile und ihrer globalen „Visionen“ nehmen sie unermessliches Leid vieler Völker auf diesem Planeten wissentlich in Kauf.

Nur ein Beispiel von vielen steht hierfür stellvertretend.

Madeleine Korbel Albright, die ehemalige Außenministerin der USA, äußerte sich in einem Interview im Zusammenhang mit den Sanktionen in den 90er Jahren gegen den Irak zu nachgerückt folgender Frage wie folgt:

Frage: *"Wir haben gehört, dass eine halbe Million Kinder (im Irak) gestorben sind. Ich meine, das sind mehr Kinder als in Hiroshima gestorben sind. Und ist dies den Preis wert?"*

Hierauf Albright: *"Ich denke, das ist eine schwierige Entscheidung. Der Preis, wir denken, dass es den Preis wert war."*

Diese Antwort bedarf keines Kommentars, da sie unmissverständlich aufzeigt, welcher Gesinnung die Verantwortlichen für den hunderttausendfachen Tod von Kindern im Irak und anderenorts tatsächlich sind und derer, die hierzu schweigen.

XII.

Nunmehr zu denjenigen, die Herr Seehofer auf nationaler und globaler Ebene indirekt anspricht und die maßgeblich über die Fragen von Krieg und Frieden auf unseren Planeten entscheiden.

Seit mehreren Jahren sind wir Zeugen von Regime-/Regierungsumstürze, die primär von außen in die betroffenen Staaten hineingetragen werden, vorrangig durch westliche Nichtregierungsorganisationen und Geheimdienste. Betroffen waren hiervon in jüngster Vergangenheit u. a. Jugoslawien/ Serbien, der Irak, Georgien und die Staaten, die unter dem sogenannten „arabischen Frühling“ medienwirksam begleitet wurden, als auch die Ukraine, Moldawien, nunmehr auch Argentinien, Brasilien, Venezuela usw. Ziel ist stets die innerstaatliche Destabilisierung, z. B. die territoriale Neuaufteilung eines Staates oder einer Region herbeizuführen, wie wir es gerade im Nahen Osten erleben oder eines Regime-Change oder der Verdrängung von wirtschaftlichen Mitbewerbern, ein Roll-Back, wie wir es in mehreren Staaten Afrikas beobachten können. Betroffen sind hiervon u.a. wiederum China und Russland, verbunden mit Milliardenverlusten an Investitionen in diesen Staaten (auch dies aus reinem ökonomischen Kalkül).

John F. Kennedy sprach am 27. April 1961 in New York vor den einflussreichsten Zeitungsverlegern der USA. Der folgende Inhalt seiner Ausführungen ist ein Beleg dafür, dass die weiterfolgenden Ausführungen meinerseits keinesfalls eine „Verschwörungstheorie“ darstellen. Seit dieser denkwürdigen Rede hat sich jedoch der Einfluss/die Macht derer, die das Licht der Öffentlichkeit scheuen und die Geheimhaltung zu ihrer obersten Maxime ihres Handelns erklärt haben, stetig zugenommen. Ein weiterer Beleg sind die aktuellen Enthüllungen von WikiLeaks und Edwards Snowden. Aufgrund dessen, dass der drohenden Gefahr, die von den von John F-Kennedy beschriebenen Kräften ausgeht, bisher - auch nicht durch die Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte – vehement erkennbar entgegengetreten wurde, leben sowohl die Parlamentarier als auch die Mehrzahl der Bevölkerung in unserer Republik/weltweit in einem Zerrbild der Wirklichkeit. Nunmehr das Zitat aus der Rede John F. Kennedys, das an Aktualität nichts aber auch wirklich nichts verloren hat.

„Ich möchte über unsere gemeinsame Verantwortung im Angesicht einer Gefahr reden, die uns alle betrifft. Die Ereignisse der letzten Wochen haben vielleicht geholfen, diese Herausforderung für einige zu erhellen (to illuminate); aber die Dimensionen der Bedrohung waren seit Jahren am Horizont zu erkennen. Was auch immer unsere Hoffnungen für die Zukunft sind – diese Bedrohung zu reduzieren oder mit ihr zu leben –, es

gibt kein Entkommen vor ihr, weder vor der Schwere noch der Totalität ihrer Herausforderung für unser Überleben und unsere Sicherheit – es ist eine Herausforderung, die uns auf außergewöhnliche Weise in jeglicher Sphäre menschlicher Aktivitäten konfrontiert.

Diese tödliche Herausforderung stellt an unsere Gesellschaft zwei Anforderungen, die den Präsidenten und die Presse direkt betreffen – zwei Ansprüche, die fast widersprüchlich zu sein scheinen, die aber in Einklang gebracht und denen wir gerecht werden müssen, damit wir dieser nationalen und großen Gefahr begegnen können. Ich spreche zuerst über die Notwendigkeit weit größerer öffentlicher Information; und zweitens über die Notwendigkeit weit größerer amtlicher Geheimhaltung.

Allein das Wort Geheimhaltung ist in einer freien und offenen Gesellschaft unannehmbar; und als Volk sind wir von Natur aus und historisch Gegner von Geheimgesellschaften, geheimen Eiden und geheimen Beratungen.

Wir entschieden schon vor langer Zeit, dass die Gefahren exzessiver, ungerechtfertigter Geheimhaltung sachdienlicher Fakten die Gefahren bei Weitem überwiegen, mit denen die Geheimhaltung gerechtfertigt wird. Selbst heute hat es wenig Wert, den Gefahren, die von einer abgeschotteten Gesellschaft ausgehen, zu begegnen, indem man die gleichen willkürlichen Beschränkungen nachahmt.

*Selbst heute hat es kaum Wert, das Überleben unserer Nation sicherzustellen, wenn unsere Traditionen nicht mit ihr überleben. **Und es gibt die schwerwiegende Gefahr, dass ein verkündetes Bedürfnis nach erhöhter Sicherheit von den Ängstlichen dazu benutzt wird, seine Bedeutung auf die Grenzen amtlicher Zensur und Geheimhaltung auszuweiten.** Ich beabsichtige nicht, dies zu erlauben, soweit es in meiner Macht steht, und kein Beamter meiner Regierung, ob sein Rang hoch oder niedrig sei, zivil oder militärisch, sollte meine Worte von heute Abend als Entschuldigung dafür interpretieren, die Nachrichten zu zensurieren, Widerspruch zu unterdrücken, unsere Fehler zu vertuschen, oder von der Presse oder der Öffentlichkeit Fakten fern zu halten, die sie zu wissen begehren. Aber ich bitte jeden Herausgeber, jeden Chefredakteur und jeden Nachrichtenmann der Nation, seine Gepflogenheiten erneut zu untersuchen und die Natur der großen Bedrohung für unsere Nation wahrzunehmen.*

In Zeiten des Krieges teilen Regierung und Presse für gewöhnlich das Bemühen, hauptsächlich auf Selbstdisziplin beruhend, nicht autorisierte Enthüllungen an den Feind zu vermeiden. In Zeiten von »deutlicher und präsenter Gefahr« haben selbst die Gerichte entschieden, dass sich sogar die privilegierten Rechte des ersten Verfassungszusatzes der nationalen Notwendigkeit öffentlicher Sicherheit unterordnen müssen. Heute ist jedoch kein Krieg erklärt worden – und wie heftig der Kampf auch sein mag, vielleicht wird er nie in traditioneller Weise erklärt werden. Unsere Lebensweise wird angegriffen. Jene, die sich selbst zu unseren Feinden gemacht haben, schreiten rund um den Globus voran. Das Überleben unserer Freunde ist in Gefahr. Dabei ist bisher kein Krieg erklärt worden, keine Grenze wurde von Truppen überschritten, kein Schuss ist gefallen.

Wenn die Presse auf eine Kriegserklärung wartet, bevor sie die Selbstdisziplin unter Kampfbedingungen annimmt, so kann ich nur sagen, dass kein Krieg jemals eine größere Gefahr für unsere Sicherheit darstellte. Wenn Sie auf einen Beweis »deutlicher und präsenter Gefahr« warten, dann kann ich nur sagen, dass die Gefahr niemals deutlicher und ihre Präsenz niemals spürbarer war.

Es bedarf einer Änderung der Perspektive, einer Änderung der Taktik, einer Änderung der Mission – seitens der Regierung, seitens der Menschen, von jedem Geschäftsmann oder Gewerkschaftsführer und von jeder Zeitung.

Denn wir stehen rund um die Welt einer monolithischen und ruchlosen Verschwörung gegenüber, die sich vor allem auf verdeckte Mittel stützt, um ihre Einflussosphäre auszudehnen – auf Infiltration anstatt Invasion; auf Unterwanderung anstatt Wahlen;

auf Einschüchterung anstatt freier Wahl; auf nächtliche Guerillaangriffe anstatt auf Armeen bei Tag.

Es ist ein System, das mit gewaltigen menschlichen und materiellen Ressourcen eine eng verbundene, komplexe und effiziente Maschinerie aufgebaut hat, die militärische, diplomatische, geheimdienstliche, wirtschaftliche, wissenschaftliche und politische Operationen kombiniert. Ihre Pläne werden nicht veröffentlicht, sondern verborgen, ihre Fehlschläge werden begraben, nicht publiziert, Andersdenkende werden nicht gelobt, sondern zum Schweigen gebracht, keine Ausgabe wird infrage gestellt, kein Gerücht wird gedruckt, kein Geheimnis wird enthüllt. Sie dirigiert den »Kalten Krieg« mit einer, kurz gesagt, Kriegsdisziplin, die keine Demokratie jemals aufzubringen erhoffen oder wünschen könnte... Kein Präsident sollte eine öffentliche Prüfung seines Programms fürchten. Denn aus so einer Prüfung kommt Verstehen und vom Verstehen kommt Unterstützung oder Opposition und beides ist notwendig. Ich bitte Ihre Zeitungen nicht, die Regierung zu unterstützen, aber ich bitte Sie um Ihre Mithilfe bei der enormen Aufgabe, das amerikanische Volk zu informieren und zu alarmieren, weil ich vollstes Vertrauen in die Reaktion und das Engagement unserer Bürger habe, wenn sie über alles uneingeschränkt informiert werden. Ich will die Kontroversen unter Ihren Lesern nicht nur nicht ersticken, ich begrüße sie sogar. Meine Regierung will auch ehrlich zu ihren Fehlern stehen, weil ein kluger Mann einst sagte, Irrtümer werden erst zu Fehlern, wenn man sich weigert, sie zu korrigieren.

Wir haben die Absicht, volle Verantwortung für unsere Fehler zu übernehmen, und wir erwarten von Ihnen, dass Sie uns darauf hinweisen, wenn wir das versäumen. Ohne Debatte, ohne Kritik kann keine Regierung und kein Land erfolgreich sein, und keine Republik kann überleben. Deshalb verfügte der athenische Gesetzgeber Solon, dass es ein Verbrechen für jeden Bürger sei, vor Meinungsverschiedenheiten zurückzuweichen, und genau deshalb wurde unsere Presse durch den ersten Verfassungszusatz geschützt. Die Presse ist nicht deshalb das einzige Geschäft, das durch die Verfassung spezifisch geschützt wird, um zu amüsieren und Leser zu gewinnen, nicht um das Triviale und Sentimentale zu fördern, nicht um dem Publikum immer das zu geben, was es gerade will, sondern um über Gefahren und Möglichkeiten zu informieren, um aufzurütteln und zu reflektieren, um unsere Krisen festzustellen und unsere Möglichkeiten aufzuzeigen, um zu führen, zu formen, zu bilden, und manchmal sogar die öffentliche Meinung herauszufordern. Das bedeutet mehr Berichte und Analysen von internationalen Ereignissen, denn das alles ist heute nicht mehr weit weg, sondern ganz in der Nähe und zu Hause. Das bedeutet mehr Aufmerksamkeit für besseres Verständnis der Nachrichten sowie verbesserte Berichterstattung, und es bedeutet schließlich, dass die Regierung auf allen Ebenen ihre Verpflichtung erfüllen muss, sie mit den bestmöglichen Informationen zu versorgen und dabei die Beschränkungen durch die nationale Sicherheit möglichst gering zu halten...

So ist es die Presse, die Protokollführerin der Taten des Menschen, die Bewahrerin seines Gewissens, die Botin seiner Nachrichten, in der wir Stärke und Beistand suchen, zuversichtlich, dass mit Ihrer Hilfe der Mensch das sein wird, wozu er geboren wurde: frei und unabhängig.“

Das wichtigste Instrumentarium der von US-Präsident Kennedy beschriebenen Kräfte ist die ausgeklügelte Manipulation jedes einzelnen Bürgers weltweit mittels der Massenmedien in jeglicher Form und deren Gleichschaltung. Die Selbstbestimmung des einzelnen Individuums sollte bestenfalls ein Einzelfall sein.

Ein Großteil dieser J. F. Kennedy angesprochenen Kräfte rekrutieren sich u. a. auch in Nichtregierungsorganisationen (Non Governmental Organisations/ NGOs). Eine einflussreiche Minderheit von NGOs folgt der Agenda im Namen ihrer sehr wohlhabenden

Financiers mittels Regierungsgegnern in Staaten, die sich ihren wirtschaftlichen/politischen Interessen widersetzen u. a. mit finanzierten „Revolutionen“ Untertan/gefällig zu machen oder sie zu stürzen. Ein Instrument von vielen ist in diesem Zusammenhang die gezielte Herbeiführung eines totalen wirtschaftlichen und politischen Chaos, indem sie die vermeintlichen Diktaturen in geschickter Manier mit Massenunruhen und Demonstrationen konfrontieren, und dies im Namen der Demokratie. Sollte das angestrebte Ziel aufgrund des erbitterten Widerstands sich nicht ohne weiteres umsetzen lassen, folgen planmäßig unter Vorgabe des Schutzes der Zivilbevölkerung vor ihren „eigenen Diktatoren“ der Terrorismus und anschließend die militärische Intervention (vereinfachte Darstellung). Dieses Muster entspricht der „Chaostheorie“ des Herrn Leo Strauss, die zum Inhalt hat, dass Strukturen zerstört werden, um eigene strategische Ziele ohne Einschränkung umzusetzen. Ein im Chaos versinkender Staat verfügt über keine effizienten Möglichkeiten, seine natürlichen Ressourcen sowie seinen geistigen und materiellen Reichtum zu schützen. Condoleezza Rice als ehemalige US-Außenministerin sprach 2006 im Zusammenhang mit dem Nahen Osten davon, ein „kreatives Chaos“ zu säen, aus dem ein neuer Naher Osten (zur Plünderung freigegeben) entsteht. Die chaotischen Zustände und deren Folgen auch für Deutschland hat jeder von Ihnen bezogen auf die Kriegsfolgen im Irak und in Syrien vor Augen. Diese Form der Kriegsführung verfolgt das Ziel, dass von den betroffenen Staaten kein militärisches/ökonomisches Risiko mehr ausgeht, sofern sie nicht, wie im Falle Syriens, von Verbündeten sowohl militärisch als auch ökonomisch unterstützt werden. Gleichzeitig ist das gesteuerte Chaos ein Ablenkungsmanöver und eine Verschleierung der wahren Ziele/Interessen seiner Initiatoren. Es lässt jegliche Art der Interpretation im Falle einer völkerrechtlichen Diskussion zu und verhindert eine strafrechtliche Beurteilung dieser pervertierten Kriegsführung.

Der gewählte Deckmantel der Aggressoren ist stets derselbe. Im Mittelpunkt steht die Wahrung der Menschenrechte und die Errichtung einer demokratischen Grundordnung in diesen bedauernswerten Staaten.

Diese menschenverachtende Politik ist ursächlich für die dramatische Flüchtlingswelle, die das westliche Europa seit geraumer Zeit überzieht. Größtenteils unbemerkt, da verschleiert, bleibt, dass die aktuellen Formen der Kriegsführung in ihrer Dimension von bisherigen kriegerischen Auseinandersetzungen erheblich abweichen. Aufgrund dessen ist es möglich, große Teile der Bevölkerung zu desinformieren.

Mächtige/einflussreiche global agierende NGOs agieren in der Machthierarchie über den nationalen Regierungen und bilden ein fast unüberschaubares globales Netzwerk.

Sie sind nicht selten Kriegstreiber, die im Eigeninteresse unter Einbeziehung ihrer Herkunftsstaaten Revolutionen/Kriege führen und hierbei auf das Engste mit dem militärisch-industriellen Komplex/den privaten militärischen Unternehmen/den militärischen Geheimdiensten und den ihnen hörigen Massenmedien der westlichen Hemisphäre abgestimmt zusammenarbeiten und schwache, jedoch legitime Regierungen vor sich hertreiben.

Inzwischen gibt es konkrete Analysen zu der Vernetzung dieser global agierenden NGOs und daher den Nachweis, dass deren Geburtshelfer Teil der Elite der Hochfinanz sind. Auf die Analysen der renommierten Soziologie-Professoren Hans-Jürgen Krysmanski und George William Domhoff sei ausdrücklich verwiesen. Krysmanski stellt u. a. fest, „...die Durchsetzung zentraler politischer Entscheidungen und Strategien“ sei nicht, „wie in der öffentlichen Mythologie propagiert“ das „Ergebnis parlamentarisch-demokratischer

Prozesse, die letztlich vom Wähler, vom Volkssouverän, ausgehen. In Wirklichkeit bestimme ein anderer Souverän, nämlich diejenigen Gruppen, die über die größte Geldmacht verfügen“.

(http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/167/167krysmanski.pdf).

Das Licht der Öffentlichkeit scheuende undemokratische NGOs lassen sich in 5 Kategorien einordnen. Hierzu zählen 1. globalistisch orientierte Think Tanks, 2. die NGOs, die für die Finanzierung und Umsetzung von Regime-Change verantwortlich sind, 3. westliche Menschenrechts-Stiftungen mit dem Ziel, die Öffentlichkeit über den wahren Charakter dieses angestrebten Transformationsprozesses zu täuschen, 4. „Internationale Organisationen“ sowie 5. die lokalen operativ handelnden Akteure. Hierzu nunmehr einige kurze Ausführungen.

Zu den NGOs, die einem globalen Einfluss ausüben, gehört u.a. das Brookings-Institut. Es vereinigt in sich die Führungskräfte von einflussreichen Banken, Versicherungen, Erdölkonzernen, Stiftungen und Führungskräfte des militärisch-industriellen Komplexes und auch Megakonzerne.

Ein weiterer Think Tank der ersten Kategorie ist das 1921 von den jüdischen Bankiers Paul Warburg und Otto Hermann Kahn gegründete Council on Foreign Relations. Es vereinigt ca. 4.500 Mitgliedern des Big Money, Big Oil, diverser Kommunikations-, Pharma-, Rüstungs- und Industrie-Großkonzerne usw. Federführend sind Mitglieder, wie David Rockefeller, George Soros, Mitt Romney, John McCain, George Herbert Walker Bush, Bill Clinton, Hillary Clinton, Jimmy Carter, Al Gore, Henry Kissinger, Zbigniew Brzezinski, der erste Chef aller 17 US-amerikanischen Geheimdienste zusammen: John Negroponte, die Präsidentin der FED: Janet Yellen, der Chef von Goldman-Sachs: Lloyd C. Blankfein, ABC-News-Präsident: Benjamin Sherwood, der Gründer und CEO von News Corp und Fox News: Rupert Murdoch, der Präsident des Jüdischen Weltkongresses: Ronald Lauder, der 11. Präsident der Weltbank: Robert Zoellick, der Präsident von Time Warner: Jeffrey Bewkes, oberste US-Richter wie John Roberts, Ruth Bader Ginsburg, Stephen Breyer, höchste Generäle und Geheimdienstchefs der USA wie Stanley A. McChrystal, David Petraeus, John R. Allen, der Filmproduzent Lawrence Bender, die Filmstars Angelina Jolie und George Clooney.

(https://en.wikipedia.org/wiki/Members_of_the_Council_on_Foreign_Relations#Notable_current_council_members)

Der CFR ist gleichzeitig Pate/Geburtshelfer von Einrichtungen, wie der UNO, NATO, Weltbank, dem IWF und dem Marshallplan.

Ein weiterer, global operierender Think Tank ist das Chatham House, das in sich Vertreter von ca. 75 Großkonzernen und 2.770 Einzelpersonen als Mitglieder vereinigt und unter der Schirmherrschaft der Queen Elizabeth II steht. (https://de.wikipedia.org/wiki/Chatham_House)

Die Schlüsselprojekte werden u. a. von der Rockefeller-Stiftung, der Bill & Melinda Gates Foundation, der Konrad Adenauer Stiftung, der NATO oder der EU finanziert und gesponsert. Die vom Chatham House publizierten Zeitschriften „International Affairs“ und „The World Today“ zählen zu den führenden Fachorganen der internationalen Politik und sollten zur Pflichtlektüre derer gehören, die einen Einblick über die wahren Ziele der Finanzeliten/Wirtschaftsmagnaten erhalten/entwickeln möchten.

Die „Chatham House Rule“, eine Verschwiegenheitsklausel, ist eine Grundmaxime, auch auf den untergeordneten Bilderbergerkonferenzen (die letztmalig 2016 in Dresden tagte) und gilt

gleichwohl für die Mitglieder des Council on Foreign Relations. Sie besagt, dass die Teilnehmer keine Namen und Identitäten zu internen Absprachen nennen dürfen (Daher diejenigen, die das Licht der Öffentlichkeit scheuen).

Vorgenannte und weitere global, operierende Think Tanks bestimmen nachweislich die westliche Politik über Außenposten, wie z.B. der Atlantik-Brücke, in der auch mehrere Bundestagsmitglieder eingebunden sind.

Souveräne Staaten, die sich dem Diktat dieser vorgenannten „wohltätigen“ NGOs nicht unterstellen, werden von NGOs der Kategorie 2 „Finanzierung und Training“ mit entsprechenden Mitteln zum Handeln genötigt.

Nur beispielhaft sei hierzu wie folgt ausgeführt. George Soros gründete u. a. die Open Society Foundations mit dem Ziel, sogenannte Revolutionen in Staaten zu initiieren, wie z.B. die georgische „Rosenrevolution“, die zur Machtübergabe an den US-Günstling Micheil Saakaschwili führte. Die „Orange Revolution“ 2004 in der Ukraine sowie das „Ukrainian Crisis Media Center“, das die westlichen Leitmedien mit aktuellen Informationen über die Entwicklung in der Ukraine versorgt, wurden gleichfalls durch eine Soros' Stiftungen finanziert. Das von Herrn Soros errichtete National Endowment for Democracy (NED) fördert über 1.000 Projekte mit „demokratischen Zielen“ in über 90 Staaten. Bei praktisch jedem Regierungsumsturz der jüngsten Vergangenheit hat George Soros seine „blutigen“ Hände im Spiel in Zusammenarbeit mit dem CFR und Vertretern von Großkonzernen, die Mitglieder der o.g. Think Tanks sind. Der NED-Gründer Allen Weinstein erklärte hierzu: *„Eine Menge von dem, was wir heute tun, wurde vor 25 Jahren von der CIA verdeckt getan.“*

G. Soros errichtete zwischenzeitlich ein gigantisches Meinungs- und Bildungsimperium und ist Inhaber von hunderten von Zeitungen und Magazinen in mehr als 150 Ländern. An 80 Privatuniversitäten in 28 Ländern studieren über eine Million junge Bürger und werden in seinem Geiste und die der Hochfinanz zu Vollstreckern ihrer elitären Pläne ausgebildet.

Die New York Times räumte ein, dass das NED den arabischen Frühling maßgeblich orchestrierte. Auf Jugendkrawalle spezialisierte Demokratisierungs-NGO nutzen primär Facebook, um ihre Bewegung zu koordinieren und in „Revolution“ einmünden zu lassen. Bewusst herbeigeführte Destabilisierungskampagnen in einer Vielzahl von Staaten wurden und werden finanziert von den Mitgliedern der erstgenannten Think Tanks, wie z.B. Google, Facebook, CBC News, MSNBC, Pepsi usw.

Weitere NGOs in der Kategorie 2, die für die „Finanzierung und Trainings“ von geplanten „Revolutionen“ stehen, sind die Ford Foundation, OAK Foundation, Sigrid Rausing Trust, die Rockefeller Foundation usw. Sie finanzieren und trainieren lokale Vereinigungen/Gruppierungen, auch mit rechtsradikaler Gesinnung, wie z. B in der Ukraine, mit dem Ziel, unliebsame Regierungen zu stürzen.

Hierfür bedienen sie sich Gruppierungen, wie OTPOR/CANVA aus Serbien. OTPOR inszenierte den Sturz der serbischen Regierung im Jahr 2000. CANVAS, die Nachfolgeorganisation, unterstützt mit US-Geldern bis heute sogenannte Farbenrevolutionen in einer Vielzahl von Staaten.

Weitere Beispiele von lokalen NGOs mit destabilisierenden Zielen sind z.B. Free Malaysia, Today Prachatai, PussyRiot, Open Russia, Demokratische Alternative DA, Arab Commission for Human Rights und Bahrain Centre for Human Rights.

Vorgenannte NGOs und viele weitere sind Teil einer größeren, auf Jahrzehnte ausgerichtete Planung zur Schaffung einer neuen Weltordnung mit dem Ziel, der Errichtung undemokratischer Strukturen weltweit, d.h. die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, sowohl körperlich als auch geistig auf eine neue unzivilisierte Ebene mit diktatorischen Zügen zu heben unter Verweis, dass die aktuellen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen einer Änderung aufgrund der Vielzahl von Problemen/antagonistischen Widersprüchen bedürfen. Was sie verheimlichen ist ihr wahres Ziel.

Darüber hinaus gibt es noch eine Vielzahl religiöser Gruppierungen, die eine überragende Rolle in diesem Konglomerat spielen und einen überdurchschnittlichen Einfluss auf die aktuelle Politik der westlichen Hemisphäre ausüben.

Eine der einflussreichsten religiösen Strömung mit einer messianischen Weltsicht ist der Lubawitscher Chabad. Eine Vielzahl hochrangiger Politiker weltweit sind mit ihnen engstens bekannt/verwoben und ziehen sie als Berater/Gesprächspartner in ihre politische/ökonomische Entscheidungsfindung ein. Ihr politischer Einfluss ist nicht nur ihrer Weltsicht, sondern auch Ihren Gönnern und Förderern mit gewaltigen finanziellen Ressourcen geschuldet. Neben ihrer religiösen Weltsicht sind für sie die Numerologie und kosmische Konstellationen (23.09.2017) und die Auslegung heiliger Schriften und deren vermeintlich verdeckte Botschaften Grundlage ihres Denkens, Handelns und ihrer Entscheidungsfindung im Rahmen von zu erteilenden politischen Ratschlägen/Vorgaben. Erwähnenswert sind des Weiteren noch Geheimbünde, wie der Malteser Ritterorden, die Freimaurer, der Jesuitenorden, Skull and Bones und viele andere, die je nach ihrem Grad in ihrer Hierarchie und somit ihren „Wissensstand in die tiefsten Geheimnisse unserer Existenz“ für sich in Anspruch nehmen, die Geschicke unserer Zivilisation entsprechend ihrer Weltsicht/Berufung ohne demokratische Legitimation zu steuern/lenken.

In diesem Kontext sind wir eingebunden in einem an Dynamik unvergleichbaren globalen Prozess, der sich u.a. in folgenden aktuellen Schwerpunkten/Merkmalen manifestiert und unsere Gegenwart maßgeblich bestimmt.

Aktuell streben einflussreiche Kräfte eine Politik an, die auf die Errichtung einer neuen Weltordnung ausgerichtet ist, die gegenwärtig von den Finanz- und Wirtschafts“eliten“ inhaltlich geprägt ist. Eine neue Weltordnung wird ohnehin entstehen, jedoch in einem Kontext, der auf Gleichberechtigung und einer universellen Moral und Ethik ausgerichtet ist, die jedes einzelne Individuum die gleichen Chancen seiner Vervollkommnung garantiert. (gleich einem universellen Wesenszug des Schöpfungsaktes)

Aktuell sieht es jedoch wie folgt aus:

1. Weltweit nehmen die Flüchtlingsströme – auch aufgrund der als Vorreiter agierenden NGOs und ihrer menschenverachtenden Strategie und Planung und der nachrückenden Militärmaschinerie zum „Schutz“ der westlichen Wertegemeinschaft und der bedrohten Völker massiv zu. Vorsichtige Schätzungen beziffern den aktuellen Flüchtlingsstrom global auf 50 Millionen Menschen. Allein 2015 hat die Bundesrepublik Deutschland ca. 850.000 Personen die Staatsgrenze passieren lassen mit dem ursprünglichen Ziel, sie zu integrieren ohne Angabe einer Obergrenze. Die Entwicklung in dieser Frage ist fließend und bestimmt die Medienlandschaft maßgeblich. Skeptiker, Gegner, Besorgte und Differenzierende dieser Politik werden stigmatisiert und gleichzeitig wird die Gesellschaft aufgrund dieser verantwortungslosen Politik im Umgang mit Andersdenkenden planmäßig gespalten. Noch 1989/1990 forderten die jetzige

Bundeskanzlerin und der designierte Bundespräsident - Herr Gauck - vehement den „Runden Tisch“ zum Zwecke des Dialogs ein.

Aufgrund der Vielzahl kriegerischer Auseinandersetzungen und der Verarmung immer größerer Bevölkerungsschichten weltweit, einhergehend mit einer zunehmenden Umweltzerstörung wird der globale Flüchtlingsstrom größer, d.h. sich zukünftig zwangsläufig noch vergrößern. (je mehr kriegerische Auseinandersetzungen = mehr Flüchtlinge)

- 1.2. Der globale Flüchtlingsstrom ist in Wahrheit dem Terrorismus des Geldes geschuldet. Kriege im Nahen/Mittleren Osten und in Afrika können mit Fug und Recht als Stellvertreterkriege charakterisiert werden, da es sich um Auseinandersetzungen unterschiedlichster ökonomischer, lokaler/globaler Akteure handelt, die um die Vorherrschaft über den Ressourcenreichtum dieser Staaten an Erdöl und Erdgas und anderer Bodenschätze Krieg führen, einhergehend mit der Zerstörung eines Bankensystems, dass die Zinsnahme auch aus religiöser Sicht ablehnt.

Der Krieg in Syrien z.B. steht u.a. im engsten Zusammenhang mit dem größten Gasfeld auf unseren Planeten, dem South-Pars, das sich geographisch in der Grenzregion Iran und Katar befindet. Syrien wurde letztendlich Opfer des Kampfes um die Vorherrschaft am globalen Energiemarkt. Baschar Hafiz al-Assad wäre heute ein Partner der USA, Saudi-Arabiens, Katars und Israels, sofern er sich für den Vorschlag Katars (2009) zur Errichtung einer Pipeline über das syrische Territorium, aufgeschlossen gegenüber gezeigt hätte, um sowohl die Türkei als auch Europa mit „katarischen“ Gas zu beliefern. Stattdessen entschied sich Assad, dass Syrien als Transitland für ein iranisches Pipeline-Projekt zur Verfügung steht mit russischer Unterstützung (sein Todesurteil und das des syrischen Volkes).

Seine Bestätigung erfährt diese Aussage von einem Insider, dem Sohn des ermordeten Robert Kennedy (ehemaliger Justizminister der USA), Robert Francis Kennedy Junior. Dieser formulierte in einem von ihm verfassten Artikel im Magazin „POLITICO“ die aktuelle Situation/Hintergründe in Syrien wie folgt.

„[...] Unser Krieg gegen Baschar al-Assad begann nicht 2011 mit den friedlichen zivilen Protesten im Zuge des „Arabischen Frühlings“. Vielmehr nahm er im Jahr 2000 seinen Anfang, als Katar den Vorschlag unterbreitete, eine 1.500 km lange Pipeline (Kosten 10 Milliarden) durch Saudi-Arabien, Jordanien, Syrien und die Türkei zu bauen. Katar teilt mit dem Iran das Süd-Pars-Gasfeld, das als größtes Erdgasvorkommen der Welt gilt. Bis vor kurzem wurde der Iran durch ein Embargo am Verkauf seines Gases nach Übersee gehindert. Erdgas aus Katar kann den europäischen Markt nur via Schiff im verflüssigten Zustand erreichen – dies ist jedoch sehr kostenaufwendig, und nur eine beschränkte Menge des Gases kann auf diese Weise transportiert werden.

Die vorgeschlagene Pipeline würde Katar über Verteilungsterminals in der Türkei, welche durch den Erhalt von Transitgebühren profitieren würde, direkt mit dem europäischen Energiemarkt verbinden. Die Katar/Türkei-Pipeline würde den sunnitischen Königreichen des Persischen Golfs eine entscheidende Dominanz über die Erdgasmärkte der Welt verschaffen und Katar, Amerikas engsten Verbündeten in der arabischen Welt, stärken. Katar beherbergt zwei massive amerikanische Militärbasen sowie das Hauptquartier des US-Zentralkommandos für den Mittleren Osten.

Auch die EU, welche 30 Prozent ihres Bedarfs an Erdgas aus Russland bezieht, war begierig nach dem Bau dieser Pipeline. Ihre Mitgliedsstaaten könnten billiges Gas beziehen und so unabhängig von Russland werden. Die Türkei, der zweitgrößte Konsument des russischen Gases, war besonders erpicht darauf, sich aus der Abhängigkeit von seinem alten Rivalen zu lösen und sich selbst als Umverteilungszentrum des Gases aus dem Mittleren Osten zu positionieren.

Die Katar-Pipeline wäre auch Saudi-Arabiens konservativer sunnitischer Monarchie zugute gekommen, indem ihr auf diese Weise ein Standbein im schia-dominierten Syrien verschafft worden wäre. Das geopolitische Ziel der Saudis ist es nämlich, die wirtschaftliche und politische Macht seines Hauptrivalen,

des Iran, der ein enger Verbündeter Assads ist, einzudämmen. In der von den USA initiierten Machtübernahme der Schiiten im Irak– und kürzlich in der Beendigung des über den Iran verhängten Embargos – sah die saudische Monarchie eine Herabstufung seiner regionalen Machtstellung.

Die Russen, welche 70 % ihres Gases nach Europa transportieren, sahen freilich in der Katar/Türkei-Pipeline eine existentielle Bedrohung. Aus Putins Sicht stellt die Katar-Pipeline einen NATO-Plot zur Änderung des Status Quo dar, indem Russland seines einzigen Standbeins im Mittleren Osten beraubt, seine Wirtschaft stranguliert und sein Einfluß auf den europäischen Energiemarkt beendet wird. Im Jahr 2009 jedoch erklärte Baschar al-Assad, daß er die Vereinbarung zum Bau der Pipeline durch Syrien nicht unterzeichnen würde, um dadurch „die Interessen unseres Verbündeten Russlands zu schützen“.

Assad erzürnte die Golfstaaten noch weiter, indem er eine von russischer Seite gebilligte Pipeline vom Iran durch Syrien befürwortete, die in libanesischen Häfen enden sollte. Diese Pipeline hätte den schiitischen Iran und nicht das sunnitische Katar zum Hauptlieferanten des europäischen Energiemarktes gemacht und auf diese Weise den Einfluß Teherans im Mittleren Osten dramatisch erhöht. Auch Israel war von der Aussicht auf den Bau dieser Pipeline wenig erbaut, welche Iran und Syrien und vermutlich auch deren Protégés Hizbollah und Hamas stärken würde.

Geheime Depeschen und Berichte von US-, saudischen- und israelischen Nachrichtenagenturen weisen darauf hin, daß kurz nachdem Assad den Bau der Katar-Pipeline abgelehnt hatte, Militär- und Geheimdienststrategen zu dem Konsens kamen, die Anfachung eines sunnitischen Aufstands in Syrien gegen den unkooperativen Assad könne ein sinnvolles Mittel sein, um den Bau der Katar-Pipeline zu verwirklichen. Enthüllungen von WikiLeaks zufolge begann die CIA 2009, kurz nachdem Assad den Bau der Pipeline abgelehnt hatte, damit, Oppositionsgruppen in Syrien zu finanzieren. **Zwei Jahre vor den Aufständen gegen Assad, wohlgemerkt.**

Die sunnitischen Königshäuser wünschten ein tieferes Eingreifen von Seiten der USA. Am 4. September 2013 sagte John Kerry bei einer Anhörung des Kongresses, daß die sunnitischen Königreiche angeboten hätten, die Rechnung für eine US-Invasion Syriens zur Beseitigung Assads zu übernehmen. [...] Obama jedoch ignorierte weise die republikanischen Forderungen, Fußtruppen nach Syrien zu entsenden oder den „moderaten Aufständischen“ weitere Unterstützung zukommen zu lassen.

2011 schlossen sich die US, Frankreich, Katar, Saudi-Arabien, die Türkei und Großbritannien zu der „Freunde Syriens“-Koalition zusammen, welche formal die Entfernung Assads forderte. Die CIA ließ dem TV-Sender „Barada“ 6 Millionen Dollar zukommen, um Anti-Assad-Beiträge zu produzieren. Von WikiLeaks veröffentlichte saudi-arabische Nachrichtendienstdokumente zeigen, daß **um 2012 die Türkei, Katar und Saudi-Arabien radikale sunnitische Jihadisten bewaffneten, trainierten und unterstützten, um die Assad-Regierung zu stürzen.** Katar, welches am meisten zu gewinnen hatte, investierte drei Milliarden in den Aufbau des Aufstands und lud das Pentagon ein, Aufständische in US-Basen in Katar zu trainieren. Einer Recherche Seymour Hershs vom April 2014 zufolge wurden (auch) die Kanäle, durch welche die Rebellen Waffen erhielten, von der Türkei, Saudi-Arabiens und Katars finanziert.

Die Idee, einen sunnitisch-schiitischen Bürgerkrieg zur Schwächung der syrischen und iranischen Regierungen anzufachen, um die Kontrolle über die petrochemischen Vorräte der Region aufrechtzuerhalten, war nicht neu. Ein vom Pentagon finanzierter RAND-Bericht aus dem Jahr 2008 liest sich wie eine Blaupause zu den Vorgängen in Syrien. Der Bericht erklärt, die Kontrolle über die Öl- und Gasvorkommen des Persischen Golfs würde für die US eine „strategische Priorität“ bleiben, welche „stark mit der Verfolgung eines langen Krieges interagieren“ würde. Rand empfiehlt die Anwendung verdeckter Operationen, „Information Operation“ und unkonventioneller Kriegsführung, um eine „teile und herrsche“-Strategie durchzusetzen.

„Die USA und ihre lokalen Verbündeten könnten die nationalen Jihadisten benutzen, um einen Stellvertreterkrieg anzuzetteln“ und „Die US-Führung könnten auch aus dem sunnitisch-schiitischen Konfliktpotential Kapital schlagen, indem sie die Seite der konservativen sunnitischen Regimes wählen“. [...]

Diese Sicht auf die aktuelle Entwicklung in Syrien kommt den tatsächlichen Ursachen sehr nahe und bestraft somit gleichzeitig die öffentlichen Verlautbarungen der Bundesregierung und der Medien der Lüge. Wohlwissend, dass dieser

Stellvertreterkrieg das Potenzial eines Dritten Weltkrieges in sich birgt. Der Abzug der Bundeswehr aus diesem Kriegsgebiet ist nicht nur Pflicht, sondern eine unumstößliche Notwendigkeit im Interesse Europas/ Deutschlands zur Vermeidung weiterer völkerrechtlicher Kriegsverbrechen und der Gefahr mitursächlich für einen dritten Weltkrieg zu sein. Die Situation hat sich in den letzten Wochen dramatisch verschärft, auch aufgrund dessen, dass die Befreiung Mossuls vom IS hunderten, wenn nicht gar tausenden IS-Anhängern zielgerichtet die Möglichkeit gab, zu fliehen, um in Syrien einzusickern. Die zwischenzeitliche Stationierung und Aufstockung auch chinesischer Kampfverbände in Syrien zeigt zum einen die gestärkte Allianz zwischen Russland, China und dem Iran auf und zum anderen, dass es kurz vor Zwölf ist.

Klarstellend sei nochmals ausgeführt, dass der Terrorismus der Neuzeit, der uns über die Medien vermittelt wird, seinen Ursprung in der Außenpolitik/Militärdoktrin u.a. der USA und seiner Verbündeten hat. Höchstpersönlich hat Frau Hillary Clinton in einer Anhörung vor dem US-Congress die Geburt des globalen Terrorismus wie folgt beschrieben: *„Um ehrlich zu sein, muss man zugeben, dass wir uns das Problem (Terrorismus) selber erzeugt haben, mit dem wir uns jetzt konfrontiert sehen. Als die Sowjetunion mit ihren Streitkräften in Afghanistan einmarschierte, hatten wir plötzlich eine brillante Idee, im benachbarten Pakistan militante Einheiten der Islamisten zu organisieren, sie mit Raketen „Stingers“ und anderem Militärzeug auszustatten und sie zum Kampf nach Afghanistan gegen die Sowjetunion zu schicken [...] Aber wir ließen diese gut ausgebildeten, erfahrenen, religiös fanatischen und bestens bewaffneten Islamisten in Pakistan und Afghanistan, es war eine ganze Armee von ihnen dort geblieben, ausgerüstet mit Waffen und allem Equipment. Das haben wir getan, weil zu der Zeit wir uns keinerlei Gedanken über diese dort verbliebenen Islamisten gemacht haben, denn wir haben uns gedacht, diese bewaffnete Armee von Islamisten würde immer weiter die Streitkräfte der Sowjetunion verfolgen, bis der Krieg das Territorium der UdSSR erreichen würde und wir haben uns damals gesagt: „Ok! Wunderbar! So ist es noch besser!“ [...]*“

Die beschriebene Vorgehensweise ist vom Grundsatz her nicht neu und den Strategien des ehemaligen britischen Empires im Rahmen seiner globalen Ambitionen im 18. bis 20. Jahrhundert entlehnt, jedoch aufgrund der nunmehrigen technischen Möglichkeiten und Gefahren auf einem Stand, das die Existenz allen Lebens auf unserem Planeten massiv bedroht.

Globale Immigration und die aktuelle europäische Flüchtlingsfrage, die unsere Gesellschaft in Atem hält, ist sehr vielschichtig. Das Zauberwort ist auch hier: Differenzierung. Jedem, der in Not geraten ist und um sein Leben fürchtet, ist Hilfe zu gewähren. Dieser ethische/christliche Grundsatz gilt universell. Die bisher beschriebenen Ziele gewisser elitärer Kreise im globalen Maßstab machen jedoch nicht davor halt, bewusst/zielgerichtet Immigrationsströme zu planen/zu organisieren, um unliebsame Staaten aus politischen/wirtschaftlichen Gründen heraus zu destabilisieren. Ranghohe CIA-Mitarbeiter haben bereits 2008 ff. verlautbaren lassen, dass z. B. Deutschland spätestens im Jahr 2020 nicht mehr regierbar sein wird. Es gibt in Europa eine Vielzahl eingeschleuster Islamisten/Gotteskrieger, die im Auftrage ihrer Geldgeber bereit und willens sind, dem Prinzip der Chaostheorie folgend, zum gegebenen Zeitpunkt Unruhe und Chaos zu säen, um die Hauptpfeiler der europäischen Kultur und deren Werte zu zerstören. Ziel ist die bereits beschriebene Agenda der Neuen Weltordnung im Sinne ihrer Profiteure zum Nachteil der Weltbevölkerung umzusetzen. Warnende Hinweise diesbezüglich, dieser unmenschlichen Politik ein Ende zu setzen

und die wahren Ursachen in den Fokus zu nehmen, gab es genügend. Dennoch werden keine Obergrenzen für Flüchtlinge gesetzt, die Bevölkerung über den Nachzug der Familien in Unkenntnis gelassen und somit eine Stimmung erzeugt, die mit christlicher Nächstenliebe nicht einmal ansatzweise vereinbar ist. Um es klar und deutlich zum Ausdruck zu bringen, ist jeder wahre Flüchtling dem deutschen/ den europäischen Volk/Völkern näher als diejenigen, welche die Ursachen für die bewussten und zielgerichteten Immigrationsströme aus niederen Beweggründen heraus zu verantworten haben. Es sind auch die Personenkreise, die meinen, dass es großartig sei, dass Deutschland an jedem Tag immer mehr verschwindet und Deutschland von außen eingehegt und von innen durch einen Zustrom heterogenisiert, quasi verdünnt werden muss oder für die Deutsche lediglich Nichtmigranten sind und mehr nicht bzw. die die meinen, dass das Wahlrecht für Ausländer aufgrund ihres enormen Stimmanteils die Grundlage wäre, unsere Republik zu verändern!

2. Der Konkurrenzkampf auf den Rohstoffmärkten und die Manipulierung der Rohstoff-/Nahrungsmittelpreise hat ein Stadium erreicht, das selbst ökonomisch starke Staaten mit erheblichen Devisenreserven – wie Norwegen, Russland, Saudi Arabien, letztendlich alle erdölfördernden und rohstoffreichen Staaten – früher oder später in arge finanzielle Bedrängnis bringen wird. Mit diesen von den Finanzmärkten gesteuerten und von widerstreitenden Förderländern initiierten Überproduktionen an Erdöl und Erdgas wird die Destabilisierung und die Kernschmelze des gesamten globalen Finanzsystems beschleunigen (gleich einem Katalysator). Finanz- und Wirtschaftseliten fordern immer dreister ihr Recht ein, dass nicht ein einzelner souveräner Nationalstaat über seine natürlichen Ressourcen allein verfügen darf. Seit dem Verbrechen am 11. September 2001 werden Kriege im Nahen/Mittleren Osten geführt, um ursprünglich relativ stabile Staatsstrukturen zu zerstören und sich den Reichtum dieser Region und deren strategische Lage zu eignen zu machen. Profiteure dieser nicht endenden Kriege sind der militärisch-industrielle-Komplex in den USA und seine Verbündeten in dieser Region (primär Israel) sowie die erdöl- und erdgaserschließenden und –fördernden Großkonzerne der westlichen Hemisphäre, die Finanzoligarchie als Financiers dieses Krieges und des Wiederaufbaus der zerstörten Infrastrukturen und Industriezweige und der rechtswidrigen Aneignung der Goldreserven dieser Völkerrechtssubjekte als auch die Abschaffung des Islamisch geprägten Finanzwesens usw. Nutznießer dieser Politik sind vor allem Staaten wie Israel und Saudi-Arabien, jedoch primär die USA, die in ihrem ökonomischen Überlebenskampf die Vormachtstellung des Dollars zwingend benötigt und hierfür alle Register der verdeckten und offenen Intervention gegen souveräne Staaten zieht. Nach dem Selbstverständnis der USA und seiner Verbündeten kann es nicht sein, dass Staaten, wie Libyen, der Irak, Syrien, der Iran, Afghanistan und primär Russland und China (seltene Erden) u.a., mittels ihres strategisch wichtigen Rohstoffreichtums und des hieraus erwachsenden ökonomischen und politischen Einflusses, sich den elitären nimmersatten Finanz- und Wirtschaftsstrukturen der westlichen und fernöstlichen Hemisphäre entgegen stellen. Hierfür wurden bereits in den letzten Jahrzehnten verheerende Aggressionskriege, mit Millionen von getöteten Zivilisten geführt. Dem gingen in der Regel Sanktionen voraus, verbunden mit unzähligen Opfern/ unermessliches Leid für die Zivilbevölkerung. Auch diese Kriegsverbrechen wurden bisher vor keinem internationalen Strafgericht geahndet und hatten daher keine personellen Konsequenzen ihrer geistigen Urheber.

Ein Erfordernis zum besseren Verständnis unserer heutigen globalen Gesamtsituation ist die längst überfällige Aufarbeitung der Ereignisse des 11.09.2001. Selbst die

Veröffentlichung der ursprünglich unter Verschluss, jedoch bisher nicht verbreiteten, befindlichen 28 Seiten des Abschlussberichtes der Regierungskommission der USA zu den Ursachen der Ereignisse des 11. Septembers 2001 würde nicht endgültig den tatsächlichen Hintergrund dieses schicksalhaften Verbrechens offenbaren. Eine unabhängige/wissenschaftliche/juristisch fundierte Untersuchung der wahren Hintergründe von 9/11 würde die Verlogenheit und die Skrupellosigkeit der wahren Akteure dieses Verbrechens und ihrer geistigen Väter als auch die der Mitwisser entlarven und die aktuellen globalen Ereignisse im Rahmen der Errichtung einer neuen Weltordnung in ihrem wahren Licht erscheinen lassen

In diesem Zusammenhang sei auch an die öffentlichen Ausführungen des 4 Sternegenerals James Clark zu den Ereignissen im Zusammenhang mit 9/11 und seinen Gesprächen mit hochrangigen Militärs im Pentagon und vieler weiterer Politiker/Militärs und Wissenschaftler (siehe mein erstes Anschreiben an Sie und die beigegefügte CD zu den Ereignissen um Haus Nummer 7 des World Trade Centers) verwiesen.

3. Der parasitäre Finanzsektor wird trotz aller historischen Erfahrungen und aktuell seit 2008 nur marginal gezügelt. Über die unseren Finanzsektor herrschenden einflussreichsten, im Privatbesitz befindlichen Zentralbanken, sowie dem IWF und die BIZ wird wider jeder Vernunft die Politik der Geldschöpfung aus dem Nichts zur Vermeidung der Austrocknung des Finanzsektors seit Jahren als einziges Allheilmittel praktiziert. Ziel dieser Finanzpolitik ist letztendlich die uneingeschränkte Kontrolle/Enteignung der Vermögen derer, die sich nicht im Bereich der Schattenbanken bewegen. Die Kontrollmechanismen über die Finanzströme innerstaatlich und darüber hinaus sowie die Bestrebungen zur Abschaffung des Bargeldes in Teilschritten, oder die Begrenzung von Bargeldabhebungen, die geplante Abschaffung von 500 EUR-Scheinen, die Einführung eines Negativzinses, die Schaffung virtueller Geldsysteme u.v.m., sind Teil einer groß angelegten Enteignung/Versklavung jedes Einzelnen mit dem Endziel, frei über die Vermögenswerte aller Bürger uneingeschränkt zu verfügen. Dass tatsächlich Alternativen auch unter den aktuellen Rahmenbedingungen existieren, hat das Beispiel Island aufgezeigt. Das Modell Griechenland offenbart, dass jede Nation, die sich dem Diktat des IWF und der BIZ/ der Troika unterstellt, mit verheerenden ökonomischen/sozialen Einschnitten, zu Lasten für die eigene Bevölkerung, konfrontiert wird und mit einer Privatisierungswelle wichtiger Schlüsselbereiche der Volkswirtschaft und ihrer Rohstoff-/Erdölquellen (wie sie vor der griechischen Küste in großem Umfang vermutet/erkundet wurden). Die desaströsen sozialen Einschnitte zur Lasten der griechischen Bevölkerung zu Gunsten der Gläubiger - vorrangig ausländischer Banken - hat nicht dazu geführt, dass sich die Finanzsituation Griechenlands grundsätzlich verbessert hat. Aktuell ist eine weit höhere Verschuldung des griechischen Staates zu verzeichnen als zum Zeitpunkt des Beginns dieser Tragödie. (Der jedoch vorhersehbaren Finanzkrise/Goldman Sachs lässt grüßen).

Die aufgezeigten prägnanten Entwicklungstendenzen bestimmen maßgeblich unsere aktuelle geopolitische Entwicklung. Vielleicht ist es dem einen oder anderen von Ihnen bereits aufgefallen, dass es verblüffende Parallelen der sich seit mehreren Jahren vollziehenden tektonischen Verschiebungen und den in geheimen ausgeklügelten Plänen zur Errichtung der neuen Weltordnung neokonservativer Kräfte in den USA und auch in Europa gibt. Diese Entwicklung ist der Beleg/Nachweis dafür, dass politisch und ökonomisch einflussreiche Kreise unter Nutzung aller ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen und der von ihnen

gesteuerten allumfassenden, manipulativen, medialen, globalen Beeinflussung aller Völker ihren Plan zur Errichtung einer neuen Weltordnung auch mittels militärischer Gewalt und ihrer Emissäre sukzessive umsetzen.

Dieser Entwicklung liegt ein Masterplan zu Grunde, welcher u. a. von der Firma Cantor und Fitzgerald – einem Unternehmen, das finanziellen Reichtum und politischen Einfluss erlangte durch den Handel mit Wertpapieren und Währungsspekulationen – in Auftrag gegeben wurde. Es handelt sich bei dieser und weiteren Heuschrecken um Förderer und Stifter der vorgenannten „Think Tanks“, die Strategien auf nationaler, kontinentaler und globaler Ebene konzipieren, um ihren Einfluss im Rahmen ihrer Weltsicht - die inhuman und lediglich auf Profitmaximierung ausgerichtet ist und der Schöpfung diametral entgegensteht – weiter zu festigen/auszubauen.

Nunmehr einige kurze abschließende Worte an Ihre Person.

In Beantwortung der anfänglich gestellten Frage, ob die Befürchtung vor einem globalen Finanzcrash/ bürgerkriegsähnlicher Zustände oder gar eines Dritten Weltkrieges in immer größeren Bevölkerungsschichten unserer Republik/global real ist, muss mit „Ja“ beantwortet werden. Symbolisch wurde die Weltuntergangsuhr auf 2,5 Minuten vor zwölf gestellt.

Der Informationskrieg und das Eskalationspotenzial im Nahen/Mittleren Osten mit Russland, China, Iran und Syrien und weiteren Verbündeten auf der einen und den USA/NATO und seiner Verbündeten auf der anderen Seite gegen den IS/weiterer terroristischer Organisationen/feindlicher Staaten und in Ost- und Südeuropa/Balkan sowie der koreanischen Halbinsel und die Destabilisierung einer Vielzahl von Staaten in Afrika und Latein- und Südamerika droht aufgrund unterschiedlicher ökonomischer/politischer Interessenlagen in eine unumkehrbare verheerende globale Entwicklung – auch militärisch – zu steuern. Parallel verschärft sich unablässlich die globale Finanz- und Wirtschaftskrise zusehends. Die exponentiell ansteigende Verschuldung der Mehrzahl aller Marktteilnehmer als auch die Signale, die von weiteren wichtigen Wirtschaftsindikatoren ausgehen, sprechen für eine zeitnahe Finanz- und Wirtschaftskrise epischen Ausmaßes. Verschleiert wird diese Entwicklung lediglich aufgrund einer unverantwortlichen monetären Geldpolitik, die zu einer Scheinblüte der Märkte führt.

Daher möchte ich Sie nunmehr abschließend eindringlichst bitten/auffordern, all Ihren persönlichen, politischen Einfluss dafür einzusetzen - trotz unterschiedlicher Sichtweisen zu den Ursachen, die die Gefahr eines Dritten Weltkrieges heraufbeschwören -, dass sich die Bundesrepublik Deutschland vehement – auch über Sie - und ohne Atempause für eine friedliche Zukunft einsetzt. Dies nötigenfalls mit der Konsequenz des Austritts der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO. Es bedarf einer Vielzahl von Anstrengungen und wahrhaftiger Zeichen zur Vermeidung eines erneuten Weltenbrandes und primär einer friedlichen Koexistenz der EU-Staaten auch mit Russland und seinen Verbündeten. Die deutsche Außen- und Innenpolitik sollte grundsätzlich von Respekt und Achtung gegenüber allen Staaten geprägt sein und nicht durch leere Worthülsen, einhergehend mit der Umarmung von Diktatoren und faschistischen Akteuren oder deren Sympathisanten und denen, die ohne Skrupel einem Mehr an Profit und Macht zu Lasten des tatsächlichen Souveräns huldigen.

Ursächlich für das drohende Desaster ist u.a., dass den Globalplayern innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft immer mehr Freiraum für ihr profitorientiertes Handeln eingeräumt wird. Eine friedliche globale Lösung kann nur im Rahmen einer systemischen Neuausrichtung und Bewertung aller Vermögenswerte erfolgen, d.h. die komplette

Entschuldung aller juristischen Personen und die Reduzierung/Neubewertung finanzieller Ersparnisse. Ein gerechtes Geldsystem ist die Grundvoraussetzung für eine weitere friedliche Zukunft auch innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsformation, die ihre Existenzberechtigung im Rahmen der zivilisatorischen Entwicklung unserer Spezies hat und noch über einen längeren historischen Zeitraum haben wird. Der Finanz- und Wirtschaftssektor sollte den wahren Schöpfern allen materiellen Wohlstands dienen und nicht umgekehrt. Kooperation statt Konfrontation sollte alle Geschäftsbereiche und das gesamte gesellschaftliche Leben bestimmen in einer sich weiterhin globalisierenden Welt und zur Grundmaxime erhoben werden. Eine Vision, für die es sich zur Vermeidung zukünftiger Kriege zu kämpfen lohnt. Mit der Macht des Gedanken/Wortes und des positiven Beispiels wurden bereits des Öfteren in der Geschichte der menschlichen Zivilisation - so auch vor 500 Jahren durch Martin Luther - Entwicklungen in Gang gesetzt, die der Menschheit in ihrer universellen Entwicklung einen entscheidenden Impuls verliehen haben.

Ich wünsche Ihnen/uns allen viel Kraft und Ausdauer und auch Mut sich den Kriegsbefürwortern/Demagogen und ihren Vasallen entgegenzustellen zur Vermeidung eines Weltenbrandes und der Diktatur des Big Money/Business. Es sollte unser gemeinsames Vermächtnis an die nachfolgenden Generationen sein, dass die schmerzlichen/leidvollen Erfahrungen aus 2 Weltkriegen und einer Vielzahl weiterer Kriege mit Millionen von Toten uns vor einem drohendem 3. Weltkrieg mit seinen voraussehbaren katastrophalen Konsequenzen bewahrt haben.

In diesem Sinne verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

Frank Schöne

Anlagen

I.

Aufgrund der aktuellen Situation in der EU möchte ich noch auf einige bemerkenswerte Ausführungen des Wirtschaftsnobelpreisträgers Robert Mundell im Rahmen eines Interviews hinweisen. Sie bestätigen, dass ein „elitärer Kreis von Wirtschaftseliten“ die Zerstörung der Nationalstaatlichkeit planmäßig bereits vor Jahrzehnten in Angriff genommen hat.

Am 26.06.2012 äußerte sich der britische Journalist Greg Palast nach einem Gespräch mit dem Wirtschaftsnobelpreisträger Robert Mundell, einem der Väter des einheitlichen europäischen Währungsraumes, wie folgt: **„Die Idee, dass der Euro fehlgeschlagen sei, zeugt von gefährlicher Naivität. Der Euro ist genau das, was sein Erzeuger und die 1% Reichen, die ihn unterstützten – vorhersah und beabsichtigte.“** Der Euro, so Palast weiter, würde seinen Zweck wirklich dann erfüllen, sofern die Krise zuschlägt und die Kontrolle der Regierung über die Währung beseitigt wird und im Rahmen dessen lästige kleine Volksvertreter (hiermit sind Sie gemeint) keine Möglichkeit mehr haben, Finanzmittel einzusetzen, um Ihr Land aus einer Rezession herauszuholen. Mit dem Euro wird die Finanzpolitik aus der Reichweite der Politiker entfernt und ohne Fiskalpolitik können Nationen nur dann Ihre Arbeitsplätze erhalten, sofern sie die Marktregulierungen abbauen und aufgrund dessen wettbewerbsfähig werden (Altbundeskanzler Schröder/AGENDA 2010).

Dazu gehören für Mundell, so Palast, das Arbeitsrecht, Umweltgesetze und natürlich Steuern. All das würde vom Euro beiseite gefegt werden und der Demokratie würde man nicht mehr erlauben, dem Markt in die Quere zu kommen. **Nach Mundell ist der Euro de Facto dasselbe, wie „Reagonomics“, denn die durch den Euro ausgeübte monetäre Disziplin erzwingt von den Politikern auch finanzpolitische Disziplin. Sobald dann die Krise zuschlägt, bliebe wirtschaftlich entwaffneten Nationen nur noch die Möglichkeit, alle staatlichen Regulierungen abzuschaffen, massenhaft staatliche Industrien zu privatisieren, Steuern zu senken und den europäischen Sozialstaat auf den Müllhaufen zu befördern. Nach Palast ist der Begriff „Strukturreformen“ eine Beschönigung von der Zerschlagung der Arbeiterschaft und die Währungsunion Klassenkampf mit anderen Mitteln.**

Dieser vorstehende Prozess vollzieht sich gerade vor unseren Augen, ohne dass die Mehrzahl der Betroffenen das wahre Ausmaß nur ansatzweise erkennt.

II.

In diesem Kontext sind nachgerückt folgende öffentliche Aussagen der Bundeskanzlerin und des amtierenden Finanzministers einzuordnen. Im Rahmen einer Podiumsdiskussion führte Finanzminister Schäuble im Beisein des zwischenzeitlich verstorbenen Altbundeskanzlers H. Schmidt hierzu u.a. folgendes aus:

„Und in der Globalisierung brauchen wir übrigens [mehr] an Reformen von internationaler Governments als [als die eines] Nationalstaat. Der ist vor 100 Jahren mit seinem Regelungsmonopol an seine Grenzen gestoßen und heute schaffen wir [uns] was neues, ziemlich mühsam aber nicht so hoffnungslos. Lernen können wir aus unseren Fehlern und Irrtümern. Ich bin bei all der krisenhaften Zuspitzung im Grunde entspannt. Weil, wenn die Krise größer wird, werden die Fähigkeiten, Veränderungen durchzusetzen, größer.“

Die von Herrn Schäuble favorisierten Governments entsprechen 1:1 den Vorstellungen der „Eliten“ an einer neuen, in ihrem geistigen Sinne, Weltordnung, die im Rahmen einer globalen Finanz- und Wirtschaftskrise wie Phönix aus der Asche, als alternativlose Lösung, entstehen soll. Demnach wäre der zeitnah drohende globale Crash, nach den Vorstellungen der Finanzelite, gleichzeitig die Geburtsstunde einer neuen Weltordnung im Sinne der bereits näher beschriebenen nimmersatten Finanzelite. Der Auslöser eines Megacrashs aufgrund einer bewusst herbeigeführten unsteuerbaren Entwicklung liegt noch im Dunkeln. Infrage kommen ein Terroranschlag größeren Ausmaßes, der Zusammenbruch einer mit OTCs/ Derivaten belasteten systemrelevanten Bank oder der ökonomische Zusammenbruch eines Staates oder gar ein Krieg gegen Russland, China oder Iran, der sowohl im Nahen Osten als auch im Baltikum oder Südostasien seinen Ausgangspunkt haben kann.

Die Bundeskanzlerin positionierte sich im Rahmen des evangelischen Kirchentages in Dresden zur Errichtung einer neuen Weltordnung u. a., wie folgt:

„Wenn man eine wirkliche Weltordnung haben will, eine globale politische Ordnung, dann wird man nicht umhin kommen, an einigen Stellen Souveränität, Rechte, an andere abzugeben.“

Der wahre Souverän, der Ihnen Legitimationen und Rechte einräumt, auf der Grundlage demokratischer Grundstrukturen wird in dieser von einigen wenigen angestrebten diktatorischen Welt seiner über Jahrhunderte erkämpften Rechte letztendlich beraubt/mehr und mehr beschnitten.

Unabdingbar war und wird es zukünftig sein müssen - zur Vermeidung weiterer (hausgemachter) Katastrophen - die Geschichtsschreibung einer strengen, frei von Zwängen oder Glaubensrichtungen wissenschaftlichen Analyse und Detailtreue zu unterziehen.

Die noch aktuelle Dollardominanz charakterisierte die renommierte Finanzexpertin Catherine Austin Fitts wie folgt: „*Die Verluste aus diesen Beteiligungen stellen eine Abgabe an das Imperium dar*“.

Rohini Hensm erklärte hierzu: „*Es ist die Dominanz des Dollars, die die finanzielle Dominanz der USA als Ganzes unterstreicht und scheinbar grenzenlose Kaufkraft ermöglicht, wodurch Hunderttausende Soldaten auf der ganzen Welt stationiert werden können.*“

Die Politik der Notenpresse im Rahmen des international tobenden „Währungskrieges“ hat eine gezielte Verbilligung der eigenen Währung zur Folge, u. a. mit der Maßgabe, sich für den globalen, ökonomischen/militärischen Schlagabtausch in Stellung zu bringen. „Die Bilanz der Notenbank fungiert als Arsenal in diesem Finanzkrieg: Je größer sich die Bilanzsumme aufblähen lässt, desto besser ist ein Land in dem weltweiten Schlagabtausch gerüstet. In einer Welt mit weniger Wachstum geht es darum, welche Nationen den Rest des globalen Wohlstandsplus auf sich vereinen kann“, so *Die Welt*.

Wir befinden uns also inmitten eines weltweiten Währungskriegs – das heißt alle Staaten wetteifern darin, ihre Währungen am stärksten abzuwerten, um ihre Exporte auf diese Weise zu erhöhen.

Jim Rickards, Verfasser des New York Times-Bestellers „Währungskriege“ führt in diesem Kontext aus: „**Historisch betrachtet führen Währungskriege zu Handelskriegen, und die wiederum münden oft in wirkliche Kriege.**“ 2009 nahm Rickards im Pentagon an der ersten Kriegssimulation eines Finanzkriegs teil. Rickards erklärt, er sei zwar überzeugt, die USA könnten jedes andere Land auf dem Schlachtfeld besiegen, aber Amerika könnte in eine asymmetrische Kriegführung hineingezogen werden, sollten die Inflation und die weltweite wirtschaftliche Unsicherheit aufgrund von Währungskriegen steigen.

Eine andere Facette des US-Finanz-Weltkriegs zeigt der ehemalige Chef des österreichischen Verfassungsschutzes Gert R. Polli am 7. August 2015 in den *Deutschen Wirtschaftsnachrichten* am Beispiel der Ermittlungen der US-Behörden gegen die Deutsche Bank auf.

Die sei der erste Fall, schreibt der heutige Unternehmens- und Sicherheitsberater, in dem die Amerikaner die Befolgung der Russland-Sanktionen mit äußerster Härte durchsetzen wollen. Zugleich werde der Finanzsektor in Europa geschwächt. Als Legitimation für das Eingreifen reichte der US-Regierung die Tatsache, dass in Dollar gehandelt wurde.

Der Vorwurf der US-Ermittler: Die Kundenliste der Deutschen Bank für die Transaktionen soll auch Personen umfassen, die auf der seit 2015 implementierten Sanktionsliste der EU und der USA stehen. Es soll sich um eine Geldwäschetransaktion von 5,5 Milliarden Euro ins Ausland handeln.

Die Brisanz dieses existenzbedrohenden Vorgehens wird deutlich, sofern Sie einen Blick in die Bilanzen der Deutschen Bank für das Jahr 2014 auf Seite 114 werfen und feststellen, dass die größte Deutsche Bank in ihren Bilanzen OTC (Derivate) in einem Volumina von über 50 Billionen EUR verbucht hat. Diese Finanzkonstrukte haben weltweit ein Volumina von schätzungsweise 600-700 Billionen Dollar. Sollte die Deutsche Bank auch aufgrund dieser Vorgehensweise der USA zahlungsunfähig werden, gäbe es keine Möglichkeit mehr, den

globalen Dominoeffekt zu vermeiden. Nicht umsonst wird aktuell die Deutsche Bank als die gefährlichste Bank der Welt vom IWF bezeichnet.

Waren es nicht US-amerikanische Banken, die die Finanzkrise 2008 (US-Subprime-Krise), aufgrund des globalen Handels mit sogenannten Verbriefungen, auslösten?

Die übermäßige Kreditierung des Immobilienmarktes in den USA für fast Jeden – trotz fehlender Bonität nach deutschen Kriterien – als Antrieb für die US-Wirtschaft veranlasste Banken, diese voraussehbaren Krediteinbußen im Rahmen von Verbriefungen zu „exportieren“. Hierfür stehen u.a. Banken wie Fannie Mae und Freddie Mac.

Die unverantwortliche Finanzpolitik der USA/dieses schnellen Geldes hatte letztendlich alle hiervon infizierten Finanzteilnehmer weltweit zu tragen (primär die Steuerzahler, jedoch nicht die die über Jahrzehnte exorbitant an dieser Geldpolitik verdienten).

III.

George Friedman, Direktor der texanischen Strategie- Denkfabrik Stratfor zu den Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Russland und Deutschland:

„... Aus Sicht der Vereinigten Staaten wäre das gefährlichste potenzielle Bündnis eine Allianz zwischen Russland und Deutschland. Es wäre eine Allianz der Technologie und des Kapitals Deutschlands mit den natürlichen und menschlichen Ressourcen Russlands... Jedoch sei die Position Deutschlands unbestimmt und damit das größte Problem...“

„ Wir müssen über die Grenzen der Europäischen Union hinausdenken, und diejenigen in unserer Nachbarschaft, die unsere Werte teilen, darin unterstützen, ihren staatlichen Weg in freier Selbstbestimmung gehen zu können- also zum Beispiel die Ukraine, Moldawien oder Georgien. Wir Deutschen können anderen doch nicht vorenthalten, was wir im Zuge der deutschen Einheit gewonnen haben- im friedlichen Einverständnis mit der internationalen Staatengemeinschaft, auch der damaligen Sowjetunion, über die eigene Zukunft entscheiden zu können. Verletzungen dieses völkerrechtlichen Prinzips bedürfen einer klaren, gemeinsamen Antwort. Die Sanktionen aller 28 Mitgliedsstaaten gegenüber Russland sind eine solche klare Antwort.“

IV.

Zwei weitere Zitate sollten Ihnen im Rahmen Ihrer Entscheidungsfindung und der Ursächlichkeit unserer in Gewalt versinkenden Zivilisation mit drohenden Bürgerkriegen – auch in Deutschland und einem am Horizont bereits erkennbaren, noch vermeidbaren, 3. Weltkrieg eine Hilfestellung geben.

Zitat von Joe Biden 2014 zu den Ereignissen in der Ukraine:

„ Wir haben Putin vor die einfache Wahl gestellt: Respektieren Sie die Souveränität der Ukraine oder Sie werden sich steigenden Konsequenzen gegenübersehen. Dadurch waren wir in der Lage, die Größeren der entwickelten Staaten dazu zu bringen, finanziellen Druck auf Russland auszuüben. Es ist wahr, dass sie das nicht tun wollten. Aber wiederum war es die Führungsrolle Amerikas und der Präsident der Vereinigten Staaten, der darauf bestand – und der EU sagen musste, dass ihre Haltung nicht angemessen ist.“

Mit der Aussage von Lawrence Henry Summers, dem ehemaligen Chefökonom der Weltbank, möchte ich meine Ausführungen beenden, Zitat:

„Der IWF ist ein Instrument der amerikanischen Weltpolitik“ ... Das ist er und nichts anderes. Wer etwas anderes glaubt ist völlig naiv, das will ich hier einmal in aller Klarheit sagen.